Jeetzel-Zeitung

Amtliches Kreisblatt Lüchow-Dannenberg

Niedersächsisches Tageblatt

125. Jahrgang der Zeitung für das Wendland. Erscheint tägl. außer an Sonn- und Feiertagen. Bei Ausfall durch höhere Gewalt, Streik oder Aussperrung kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur beim Verlag bis zum 15. des Vormonats.



Foto: Dorf 1004, Mittwoch 4. Juni 1980, 20.20 Uhr: die letzten Sekunden vor dem Absturz.
Anzeigen: Elbe-Jeetzel-Zeitung in den Tagen nach der Räumung.

Ihr habt die freie Republik wie eine Pusteblume weggeblasen – jetzt werden 1000 neue wachsen. Uberall!

Peter Bauhaus, Soven

Sehr geehrter Herr Wandhoff!

Wir sind nicht w e g e n, sondern t r o t z Ihres brutalen Polizeieinsatzes friedlich geblieben.

BI Umweltschutz
Ortsgruppe Dannenberg

Eure Unterstützung war toll!

Für Eure reichlichen Spenden möchten wir hier nochmal herzlich danken. Diese Unterstützung war eine große Hilfe und gleichzeitig ein Maß für den Erfolg der Besetzung.

Die Küche und ein Teil der Einrichtung konnte nicht gerettet werden, sie wurde gewalttätig unterplaniert. Ihr Geist lebt aber im Untergrund von 1004 weiter. In den nächtlichen Geisterstunden werden die leicht angebrannten Suppengerüche in die Festung nach oben steigen.

Die Küchengruppe im Exil
i. A.
MARTHA-MARIA SCHEIBNER
NORBERT MÖLLEMANN

An die
Freie Republik Wendland
Wir solidarisieren uns mit Euch
Frauen für Frieden in Stuttgart
Anja Strecker, Stuttgart

Planierraupen und Polizeiknüppel können die FREIE REPUBLIK WENDLAND nicht zerstören!

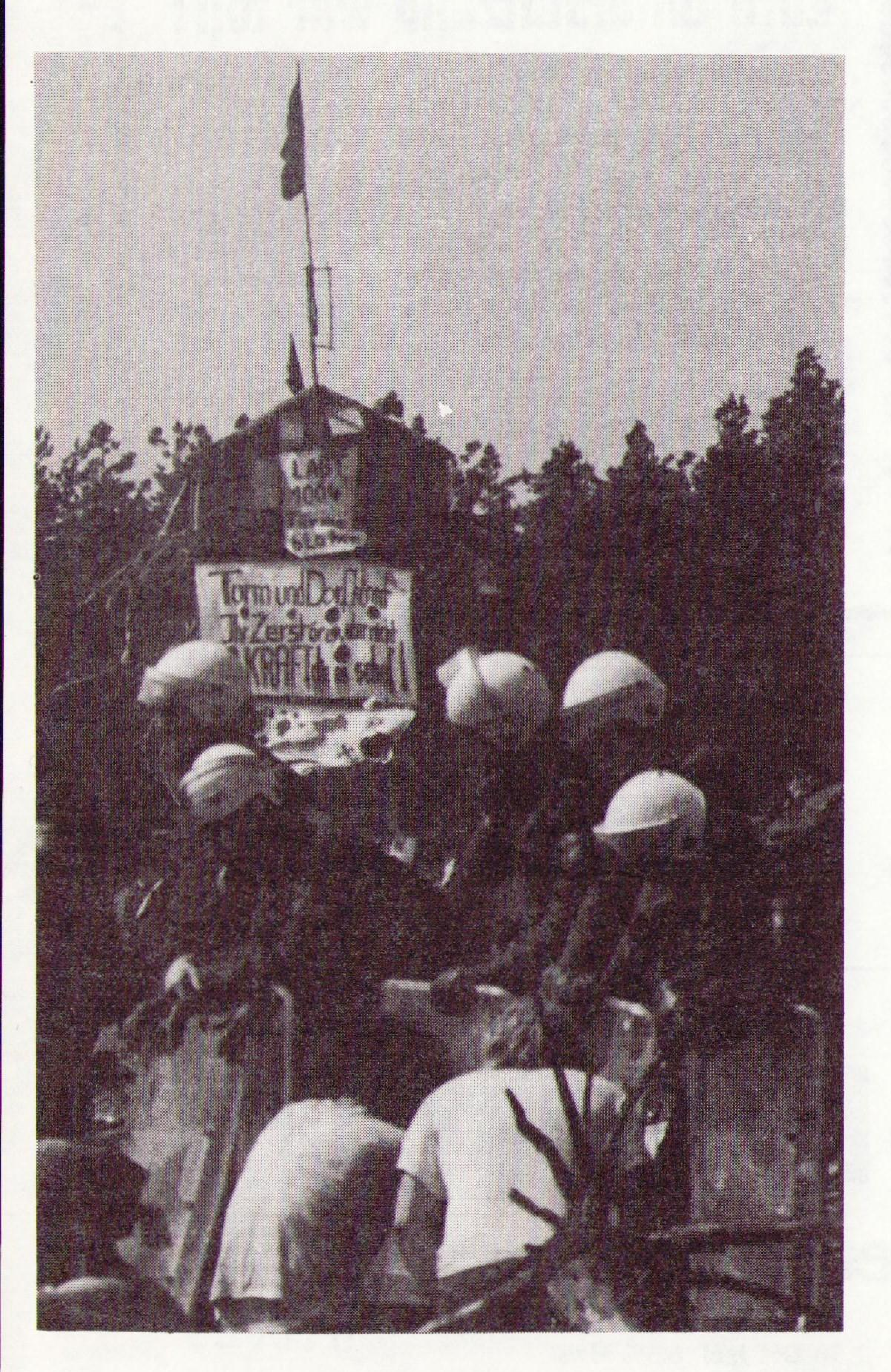
Reinhard Schemionek, Wustrow, Amselweg 5

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 339 2o. Juni 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 C





TURM UND DORF KÖNNT IHR ZERSTÖREN, ABER NICHT UNSERE KRAFT, DIE ES SCHUF.

Einen ganzen Tag lang zerstörten mammonverführte, befehlshörige Menschen das Werk von Menschen. Die Hütten, mit viel Liebe, künstlerischem und handwerklichem Geschick aufgebaut, die kleinen Gärten, das Treibhaus und das Dorfleben, auch die Probleme, zeugten von einer großen freiheitlichen, solidarischen und ideellen Kraft, die in uns allen schlummert. Die "Freie Republik Wendland" wird leben, das Dorf Nr. 1004 wurde nach 33 Tagen am 5. Juni 80 gewaltsam planiert und zur Festung 1004.

aus: Elbe-Jeetzel-Zeitung

AN DIE PLATZBESETZER

Eso, der mit zwei anderen seit den Grohnde-Prozessen immer noch inhaftiert ist, schrieb anläßlich der Räumung.

Hesepe, den 4.6.80

Mit ohnmächtiger Wut verfolgen wir drei inhaftierten Grohnde-Angeklagten Christian, Jerry und ich (Eso) hier im Knast die Räumung des Anti-Atom-Dorfes. Wieder einmal ist ein Stück Freiheit auf dem Altar der staatlichen Machtpolitik geopfert worden. Mit allen Mitteln setzt die Atommafia und ihre Erfüllungsgehilfen ihren atomaren Wahnsinn durch. Wir wären gern bei euch gewesen besonders jetzt bei der Räumung. Wir kennen das Gefühl der Hilflosigkeit so eingeklemmt zwischen einem Haufen von Schmiermicheln (Bullen) zu hocken. Wir kennen die Gefühle, die in einem hochkommen, schwankend zwischen Beklemmung, Angst, Trauer, Verzweiflung, Wut und Haß. Wir kennen das Gefühl von der Grohnde-Dorf-Räumung. Wir können von hier aus nur unsere Solidarität bekunden, da uns ansonsten die Hände gebunden sind. Wie aus dem Rundfunk zu hören war, haben die Erfüllungsgehilfen der Atommafia über 6000 Schmiermichel aufgeboten sowie schweres Gerät, um jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Trotz eurem passiven Widerstand hat die Schmiere es nicht lassen können, einige zusammenzuknüppeln sowie eine freie Berichterstattung zu verhindern. Wir möchten euch auffordern

BEZIRKSREGIERUNG LÜNEBURG
- Regierungspräsident -

JUNI 1980

Information Nr. 1
für Polizeibeamte

An alle
Polizeibeamten im Einsatzraum

Ich begrüße die Polizeibeamten des Bundes und der Länder im Regierungsbezirk Lüneburg.

Sie sind hierher gekommen, um die Polizeibeamten dieses Bezirks bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen.

Seit dem 03. Mai 1980 halten verschiedene Kernkraftgegner-Gruppen das vorgesehene Gelände der Versuchsbohrung 1004 besetzt.
Sie haben feste Bauten errichtet und sind auch nach dem Gespräch ihrer Sprecher mit Bundesinnenminister Baum und dem Niedersächsischen Minister des Innern Möcklinghoff nicht bereit, freiwillig das Gelände zu verlassen.

Durch diese Besetzung und andere vom Platz ausgehende Aktivitäten werden Gesetze im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ständig verletzt. Durch Angriffe auf die Erkundungsbohrungen 1003 und 1002, durch die Zerstörung von Feuerlöschbrunnen und von anderen hydrologischen Bohrungen verstoßen die KKW-Gegner sichtbar und eindeutig gegen das Strafrecht.

Unser Einsatz dient also der Beseitigung gesetzeswidriger Zustände und der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ich bin sicher, daß Sie mit der gleichen Umsicht und dem gleichen Selbstvertrauen diesen Auftrag lösen werden, wie Sie auch Ihre schwierigen Aufgaben anläßlich anderer Einsätze gemeistert haben.

Die Diskussion über die Verwendung von Kernenergie ist nicht Gegenstand unseres Einsatzes. Vielmehr geht es hier und in Zukunft darum, sicherzustellen, daß die Grundrechte der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG), der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) und des Rechts auf Eigentum (Art. 14 GG) im Rahmen der gesetzlichen Regelungen ausgeübt werden können. Strafbare Handlungen, Ordnungswidrigkeiten, Verstöße gegen Gesetze, die jedermann zu beachten hat, dürfen niemals zu Mitteln einer Demonstration werden.

Es ist bekannt, daß gerade in jüngster Vergangenheit radikale Gruppen das Thema Kernenergie zum Anlaß genommen haben, um im Rahmen von Demonstrationen Gewalttaten zu begehen. Solcher Art Gruppen befinden sich auch unter den Platzbesetzern. **Diesem** Personenkreis geht es weniger um die Problematik der Kernenergie, als um die Absicht, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu unterwandern.
Als Polizeibeamter stehen Sie im Blickpunkt der Öffentlichkeit, für die radikalen Gruppen sind Sie - jeder für sich - die Verkörperung der staatlichen Macht und damit das Ziel geplanter Provokationen. Sie sollen zu Überreaktionen verleitet werden, die im Nachhinein Ihre »Brutalität« beweisen und die Polizei als Ganzes diffamieren sollen.

Beachten Sie deswegen bitte folgende Hinweise:

- Reagieren Sie nicht aggressiv auf Provokationen. Freundlichkeit entwaffnet, zumal dann, wenn sie nicht erwartet wird.
- Achten Sie auch auf Ihr Bewegungsverhalten. Hektik produziert Hektik.
- Vermeiden Sie im Einsatz Diskussionen über den Wert oder Unwert von Zielsetzungen der Besetzer oder Demonstranten.
- Auskünfte über den Einsatz erteilt ausschließlich die Pressestelle.

(Wandhoff)
Regierungspräsident

trotz der brutalen Niederknüppelung eures Widerstandes erneut nach Gorleben zurückzugehen und erneut einen Platz zu besetzen oder wenn es da nicht geht, an einen anderen Platz zu gehen und den zerrissenen Faden dort wieder anzuknüpfen und ein neues Dorf zu bauen.

Wir wissen auch, wie schwer es ist, so einen Tiefschlag zu verdauen, aber gerade deshalb dürfen und können wir nicht aufgeben, sondern müssen weitermachen. Was uns besonders gefreut hat, daß sich die Leute auf den Türmen haben halten können — wenigstens ein kleiner Lichtblick.

Aber wir drei sind nicht allein mit unserem Protest gegen die Räumung, auch einige unserer Mitgefangenen stehen solidarisch zu euch. Himmel, Arsch und Zwirn, es geht mir ganz schön gegen den Strich, nur mit Worten zu hantieren und nichts Praktisches machen zu können...

"Wenn militant sein heißt, daß ich alle Möglichkeiten nutze, daß ich jeden möglichen Schritt tue und alle nur möglichen Aktionen, um ein für alle Mal die natürliche Lebensweise der Menschen wiedereinzuführen, wenn daß militant ist, dann bitte ich meinen Vater die Sonne und meine Mutter die Erde, daß ich von allen der militanteste werde".

Kontakt: Eso Oldefest, Sauerkirschenstr. 50, 4478 Geeste 4

KLEISTER GEGEN BÖSE GEISTER

Folgend eine Erklärung der Initiative „Kleister gegen böse Geister", die wir zu Dokumentationszwecken abdrucken.

BERLIN 7. Juni **Seit Mittwoch werden am Ku-Damm Ecke Joachimstaler Straße und am Messegelände Hochglanzbroschüren voller Unwahrheiten verteilt und ein Atomkraftwerk für Berlin gefordert.**
Wir, Berliner Bürger, gehen den Lügen der Atomindustrie nicht länger auf den Leim. Um dies zu verdeutlichen, haben wir heute den Stand der „Bürger für Energie" am Ku-Damm zugekleistert.
Diese scheinbar objektiven „Bürger" sind in Wirklichkeit Angestellte der Atomindustrie, die dafür bezahlt werden, hier die Lügen der Betreiber von Atomanlagen unters Volk zu bringen.

Lügen ist aber nicht ihre einzige Stärke. Die Leute, die hier stehen, sind in den gleichen Firmen angestellt, in deren Interesse in Gorleben der besetzte Bohrplatz geräumt wurde.
Was sind schon ein paar Eimer Leim gegen Tausende von Polizisten, die brutal das Wendland-Dorf zerstört haben? !
All denen, die Gefallen an solch totalitärem Atomstaat finden, rufen wir ein kräftiges: „Geh doch rüber in den Osten!" zu.
Initiative Kleister gegen böse Geister

BOTSCHAFT UND FREUNDESHAUS IN HILDESHEIM

HILDESHEIM 10. Juni **Atomkraftgegner in Hildesheim errichteten Donnerstag früh, 5.6., ein Freundschaftshaus in der Fußgängerzone an der Jacobi-Kirche. Das Freundschaftshaus ist eine Botschaft des in Gorleben auf der Bohrstelle 1004 am Mittwoch, 4.6., von der Polizei gewaltsam zerstörten und geräumten Anti-Atom-Dorfes. Die Räumung des Anti-Atom-Dorfes veranlaßte uns, diese Botschaft in Hildesheim einzurichten.**
Durch unsere Aktion seit dem 5.6. in Hildesheim versuchen wir mit verschiedenen Aktivitäten und das Gespräch mit der Bevölkerung auf die Gefahren der geplanten und bestehenden Atomanlagen in Gorleben und anderswo aufmerksam zu machen.

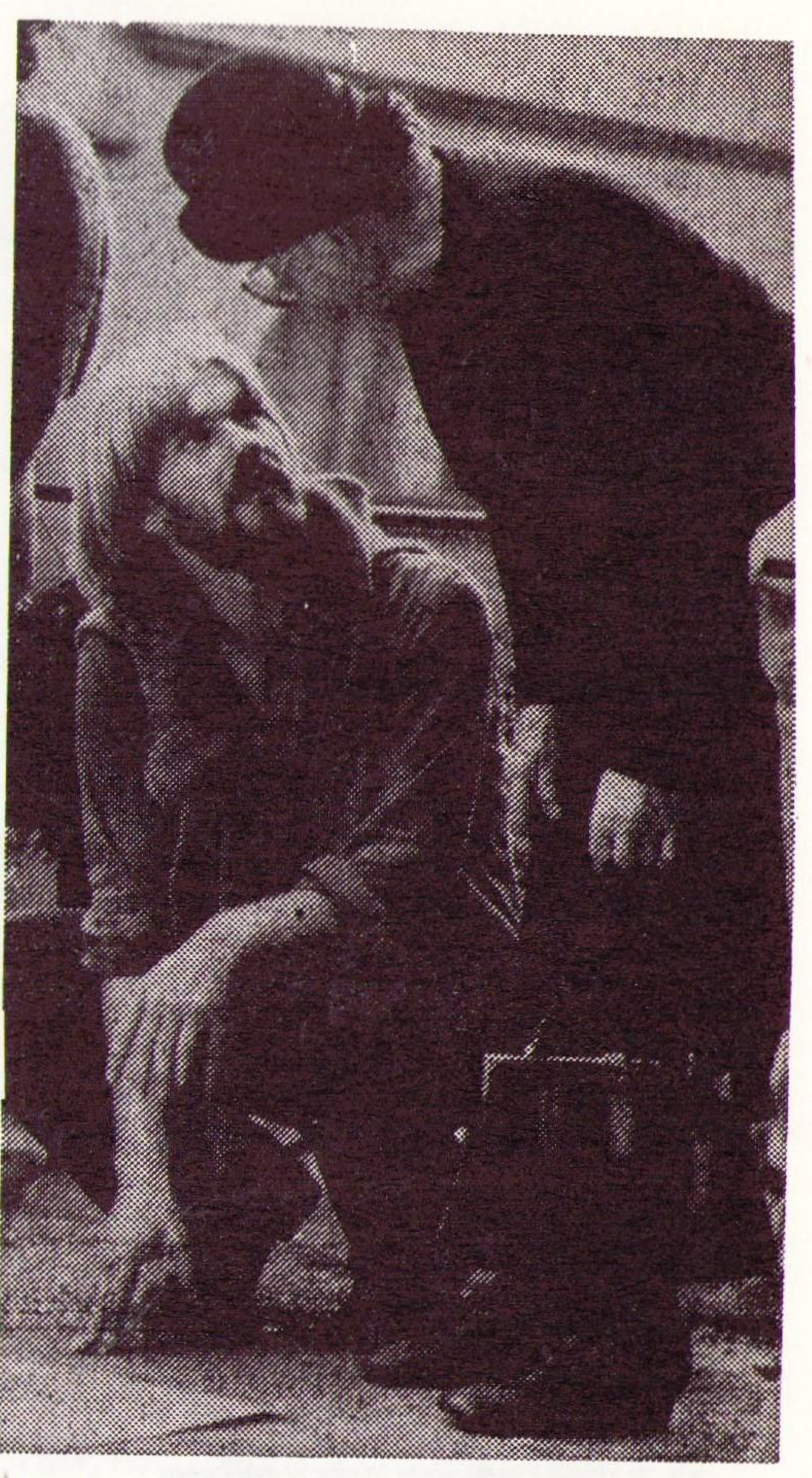
Durch unser Zusammenleben in der Hildesheimer Fußgängerzone bekunden wir unsere ernste Absicht, auch in Zukunft friedlich und ohne die Zerstörung unserer Lebensgrundlage leben zu können. Die Vernichtung des Anti-Atom-Dorfes in Gorleben wird den aktiven Widerstand der Atomgegner nicht lähmen.
Wir werden in Hildesheim für unsere Ziele eintreten und vorerst weiter unsere Aktion an der Jacobi-Kirche fortführen.

Die Atomkraftgegner an der Jacobi-Kirche. Im Auftrag verantwortlich: Martin Struthmann, Ortelsburger Str. 74, 3200 Hildesheim

SCHORNDORFS STADTKIRCHE BESETZT

SCHORNDORF 4. Juni Die für die Daimlerstadt bislang einmalige Aktion begann am Mittwoch, den 4.6. auf dem Oberen Marktplatz. Hier trafen sich rund vierzig Atomgegner mit Spruchbändern und Transparenten und machten so die Passanten auf die Räumung der Freien Republik aufmerksam. Dort entschieden sich die Demonstranten bei nur sechs Gegenstimmern für die friedliche Besetzung der 503-Jahre-alten Stadtkirche. Als der Dekan kam ("Sie haben die Kirche mit Terror besetzt"), sah daß seine Worte nichts fruchteten, ging er auf die Empore und brachte die Orgelschüler dazu, weiterzuspielen. Dadurch entstand die etwas kuriose Situation, daß in der Kirche unter Orgelklängen über die Besetzung diskutiert wurde. Außerdem waren die Demonstranten im Gegensatz zum Pfarrer der Meinung, daß durch eine Besetzung eine Kirche nicht entweiht wird. Völlig undramatisch endete die Besetzung dann am Donnerstag nachmittag.

GORLEBEN UND SO WEITER



Bei der Arbeit des von den Kirchenbesetzern eingesetzten Putzdienstes.

SKANDAL: MITGLIED der GRÜNEN DURCH GRIFF ZUR PISTOLE BEDROHT

oder:
Auch den GRÜNEN ging die Würde verloren

Folgende Presseerklärung zu den Aktionen in Frankfurt am 4.6.80 anläßlich der Räumung von 1004 in Gorleben kam vom Kreisvorstand, dem hessischen MdB-Hauptausschuß und dem Landesvorstand Hessen.
Hervorhebungen durch uns.

"Der Auftakt in Frankfurt war die gelungene, wenn auch kurze Besetzung der Paulskirche, an der *DIE GRÜNEN* teilnahmen. Mit unverhältnismässiger Heftigkeit und ohne sich auch nur auf ein kurzes Gespräch mit den Besetzern einzulassen, brach die Polizei nach ca. 1 Stunde eine Tür auf und verweigerte den friedlichen Atomkraftgegnern die gewünschte kurze Pressekonferenz über Gorleben, nach der man die Paulskirche ohne weitere Aufforderung verlassen wollte. Die sitzenden und singenden Kirchenbesetzer wurden teilweise recht grob aus der Kirche getragen oder geschleift. *Ein Vorstandsmitglied der Frankfurter GRÜNEN,* die fotografierend an der Besetzung teilnahm, konnte ihre Filme über die Räumung nur mit Hilfe eines freundlichen FR-Redakteurs in Sicherheit bringen. Ohne dieses Fotografieren und den anwesenden Redakteur wäre die Räumung der Kirche wohl doch um einiges "ruppiger" verlaufen.

Auffallend war an diesem Tag, so die Meinung der GRÜNEN, die sanfte "Taktik" des neuen Polizeipräsidenten, zumindest in den Momenten mit vielen Zuschauern, jedoch immer wieder einzelne ungerechtfertigte Übergriffe auf Demonstranten, wenn Polizeibeamte sich einer kleineren Gruppe von Atomkraftgegnern gegenübersahen. Vereinzelt beobachteten *GRÜNE Demonstrationsteilnehmer* auch neutrale, oder sogar verständnisvolle Polizeibeamte, die sich jedoch ganz offensichtlich nicht durchsetzen konnten. *DIE GRÜNEN* fordern auch innerhalb der Polizei mehr bürgerlichen Ungehorsam und mehr kritisches Nachdenken über die eigene Funktion!

Wörtliches Zitat eines offenbar einflußreichen Beamten: "... verschwindet doch, ihr Rattendreck, haut doch ab in die Schweinelöcher von Gorleben ..."

Die Frankfurter GRÜNEN, so der Vorstand heute, verwahren sich aufs schärfste gegen die beobachteten außerordentlich brutalen Verhaftungsmethoden durch die Zivilpolizei am Eschersheimer Tor um ca. 18 Uhr bis 18.50 Uhr. Unter anderem beobachtete ein *Mitglied des Bundeshauptausschusses der GRÜNEN,* wie ein willkürlich und unvermittelt

herausgegriffener Demonstrant von mindestens vier Zivilbeamten festgenommen wurde, blutig geschlagen (u.a. am Arm) und laut vor Schmerzen schreiend in einen zivilen Wagen gestoßen wurde, Schläge auf den Rücken und in die Nierengegend und ein gewaltsames Zurückreißen des Kopfes begleitete diesen Vorgang. Bei dem verbalen Versuch die Zivilpolizei von dem brutalen Vorgehen abzubringen, wurde *ein Mitglied der GRÜNEN durch den Griff zur Pistole bedroht.* Hinzukommende uniformierte Polizeibeamte schlugen den *GRÜNEN* so heftig auf den linken Arm, daß Blutergüsse, aufgerissene Haut und Bewegungsschmerzen die Folgen waren.

Einhellige Meinung aller Umstehenden und Beobachter dieser Szene war, daß der Festgenommene nichts mit den etwa 100 m entfernten Steinwürfen einiger Demonstranten zu tun hatte und überhaupt nicht zu tun haben konnte.

Es ist zu befürchten, *so die GRÜNEN,* daß dieser und andere willkürlich Festgenommene Sündenbockfunktion haben sollen, d.h. für Straftaten angeklagt werden, die sie nicht begangen haben, nur um polizeilichen "Erfolg" zu demonstrieren.

Auch am Oeder Weg konnten *GRÜNE* einzelne Polizeiübergriffe beobachten. Anlaßlos und unvermittelt wurden einzelne jüngere Leute gejagt und festgenommen, es schien als ob ein Aussehen, das dem Klischee "Atomkraftgegner" entsprach, als Anlaß für eine Verhaftung genügte. *Ein Vorstandsmitglied der Frankfurter GRÜNEN beobachtete,* wie ein — wie viele andere herumstehender — junger Ausländer gejagt und in einer Seitenstraße des Oeder Weg in einem Hinterhof festgenommen wurde. Die Begründung, so fürchten wir, wird nachgeliefert.

Für uns sind die Solidaritätsaktionen der Auftakt für einen breiten anti-atomaren Widerstand gegen die "strahlenden" Pläne der hessischen Landesregierung".

FAZIT: Ohne DIE GRÜNEN läuft nix

Kontakt: DIE GRÜNEN Frankfurt
Jutta Ditfurth Neuhofstr. 42 6 Ffm Tel.: 0611/ 59 92 70

RICHTFEST DER HÜTTE AM KRAFTWERKSTANDORT IN FECHENHEIM AM MAIN AM 21./22. JUNI 80

Fechenheim, Juni 80

Am 8.6.1980 haben hundert Menschen, Frankfurter und Offenbacher AKW-Gegner,-innen, das im Standortsicherungsplan (SSP) der hessischen Landesregierung vorgesehene Kraftwerksgelände im Mainbogen bei der Carl-Ulrich-Brücke in Fechenheim besetzt. Dieser Standort ist u.a. als möglicher Standort für zwei Atomreaktoren a 1300 MW vorgesehen.

Mit der Besetzung protestieren wir gegen die brutale Räumung des Anti-Atom-Dorfes durch Polizei und BGS in Gorleben und gegen die atomaren Wahnsinnspläne der hessischen Landesregierung, in Hessen eine Wiederaufbereitungsanlage, Zwischenlager und vorerst drei Großkraftwerke — Atomkraftwerke sind bevorzugt — zu bauen.

Diese Besetzung soll solange andauern, bis der Standort Fechenheim wieder aus dem Standortsicherungsplan gestrichen ist, und die langfristige Gestaltung des Mainbogens in einer breiten Disk ussion von den Fechenheimer Bürgern bestimmt worden ist.

Was vorläufig mit einem einfachen Zeltlager begonnen hat, soll im Laufe der nächsten Tage zu einem Anti-Atom-Dorf und Festgelände der Fechenheimer, Frankfurter und Offenbacher mit Freundschaftshaus und Informationszentrum ausgebaut werden.

Am Wochenende, den 21./22.6. wollen wir Richtfest des Freundschaftshauses feiern und laden dazu alle Atomgegner und Bürger ein. Am gleichen Wochenende wollen wir eine Fahradsternfahrt zum besetzten Gelände durchführen.

Besucht uns auf dem Platz, spendet Material; Geldspenden sind ebenfalls willkommen.

Die Besetzer, die Bürgerinitiativen und alle, die keinen Atomstaat wollen.

Kontakt: BI Fechenheim, Tel. 42 10 49, Umweltladen, Tel.: 49 62 05



SOMMER 1980 AUF DEM LARZAC
Freiwillige bauen und reparieren für den Widerstand

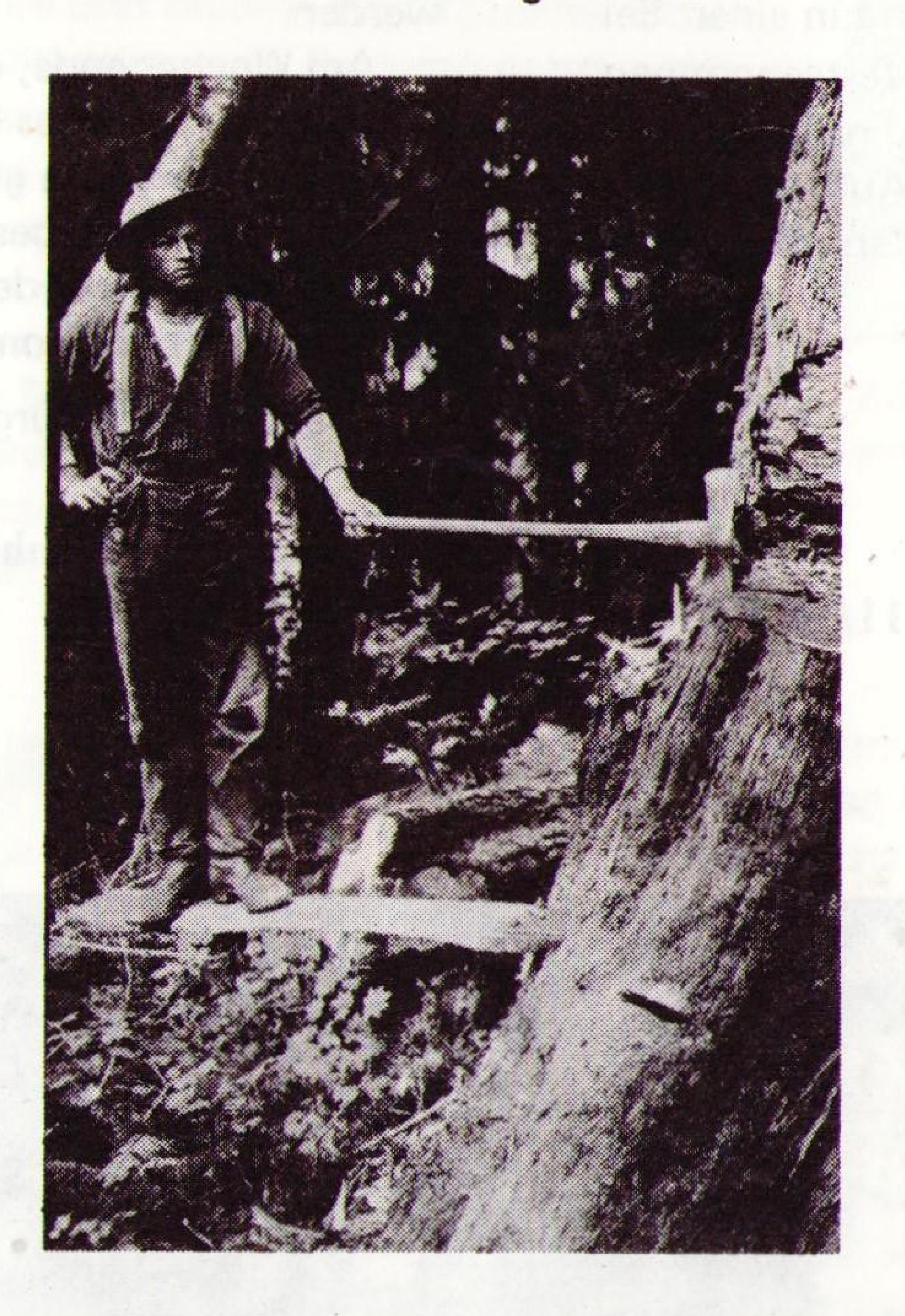
Wie im vorigen Jahr rufen die Bauern des Larzac alle Menschen guten Willens auf, ihnen auch in diesem Sommer durch freiwillige Arbeit zu helfen, damit der Widerstand unter den bestmöglichen Lebensbedingungen der Bevölkerung durchgeführt werden kann.

Seit zehn Jahren will die französische Regierung das Militärcamp auf der Larzac-Hochebene von 3.000 auf 17.000 ha erweitern, und genauso lange verweigert der Staat dort der Bevölkerung nahezu alle normalen Lebensbedingungen wie Energieversorgung, Wasserleitungen, Telefonanschlüsse, Straßen, Baugenehmigungen, Dorferneuerungszuschüsse und selbst Wegweiser und Ortsschilder. Ein Teil der Bevölkerung lebt daher in sehr harten Verhältnissen, die ganze Region ist äußerst schlecht versorgt, die Einwohner sind aber eben aus demselben Grund mehr als anderswo an Selbsthilfe und Selbstorganisation gewöhnt – und sie freuen sich über alle Leute, die ihnen dabei aktiv zur Seite stehen!

Präsident Giscard d'Estaing hat das Jahr 1980 zum "Jahr des nationalen Erbes" erklärt und will das Bewußtsein der positiven Traditionen in der französischen Bevölkerung fördern, und dafür wird eine Menge Geld ausgegeben. Auf dem Larzac existiert eine jahrtausendealte Naturstein-Architektur, deren Zeugnisse innerhalb des Militärcamps zu Zielobjekten der Geschütze und Panzer gemacht wurden und deren lebendige Teile durch die Camp-Erweiterung auf Befehl dieses Präsidenten ebenfalls den Interessen der Militärindustrie und dem Großmacht-Wahnsinn geopfert werden sollen. Die Larzac-Bauern und die Larzac-Komitees haben beschlossen, das ganze Dorf La Blaquiere im traditionellen Stil zu renovieren, und zwar aus eigener Kraft und mit der finanziellen und praktischen Hilfe von freiwilligen "Bauleuten", so wie in diesem Dorf bereits von 1973 bis 1976 ein riesiger Schafstall für die Gemeinschaftswirtschaft der Bauern errichtet wurde. Der größte Teil der Finanzierung wird wieder durch Verweigerung von mindestens 3 % der Steuern durch mehrere Tausend Franzosen aufgebracht. Die Armeeführung hat in ihrem Camp-Erweiterungsplan dieses Dorf als "Denkmal" vorgesehen – die Bauern werden stattdessen ein lebendiges Gemeinwesen darin aufbauen und immer weiter entwikkeln!

Weiterhin werden u.a. in diesem Sommer mindestens drei Weiler und Einzelhöfe mit Wasserleitungen versorgt; es werden Straßen renoviert und ausgebaut; das im vorigen Jahr installierte "wilde" Telefonnetz zwischen 25 Höfen wird verbessert; das Wegweisernetz – seit dem vorigen Sommer z.T. von den Militärs wieder demoliert – wird erneuert; das Haus der Larzac-Komitees wird repariert und renoviert ... Die Liste der Wünsche und Möglichkeiten ist nicht abgeschlossen. Es fehlt auch noch an Energieversorgung: Windräder, Sonnenkollektoren, Biogas könnten her, wenn sich Leute, Material und Geld dafür finden. Auch ganz alltägliche Arbeiten können geleistet werden: Feld-, Weide-, Hof- und Wegumrandungen aufschichten z. B., Felder urbar machen und von Steinen säubern, Dächer reparieren, Häuser renovieren, Viehtränken zu bauen.

Im vorigen Sommer wurde im Dorf l'Hospitalet ein Kulturhaus quer über die Trasse einer stillgelegten Bahnlinie gebaut, um deren Wiederinbetriebnahme durch das Militär zu durchkreuzen. Dies Haus wird fertiggestellt. Eine ständige Gorleben-Ausstellungswand ist von Bewohnern des Dorfes vorgesehen und wird bei der Einweihung da sein!



Wer kann mitmachen und was muß man mitbringen?

Mitarbeiten kann jeder Mensch, der sich irgendeine dieser Arbeiten – oder einen Beitrag dazu – zutraut. Besonders zu beachten ist jedoch, daß man/frau **völlig selbständig** sein muß, was Unterkunft (Zelt), Essen und Trinken (außer Wasser) und Fortbewegungsmittel betrifft. Um diese Probleme und das Sprachproblem zu meistern, sollten – möglichst schon vorher "zuhause" – Gruppen gebildet werden. Wer irgend kann, sollte auch Werkzeuge für die von ihr/ihm gewünschte Tätigkeit mitbringen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich; man/frau meldet sich bei der Ankunft in der Koordinationsstelle an: Haus der Komitees, Saint-Martin-du-Larzac. Dort werden alle Leute – nach eigenen Wünschen, aber auch unter Berücksichtigung von Platz-, Fahrzeug-, Sprach- und Arbeitsproblemen – auf die verschiedenen Baustellen – Zeltplätze verteilt und in die (notwendigen!) Versicherungslisten eingetragen. Die Zeltplätze sind mit fließendem Wasser und Klos versorgt; es sollte, angesichts der großen Menschenzahl, nicht irgendwoanders kampiert werden. Einkaufsmöglichkeiten bestehen nur im Tal (ca. 500 m Steigung / Gefälle auf 6 km); also ist frau/man auf motorisierte Einkäufer/innen angewiesen, während auf der Hochebene selbst auch Fahrräder gute Dienste tun können.

Wie findet man/frau den Larzac?

Auf der Michelin-Karte Nr. 80 (Rodez-Nimes) 1:200.000, oder auf den Karten 1:100.000 des Institut Geographique Nationale Nr. 58 (Rodez-Mende) und Nr. 65 (Beziers-Montpellier).

Mit der Bahn fährt frau/man bis Millau oder bis Tournemire/Roquefort, mit dem Auto (oder per Tramp) auf der Nationalstraße 9 über Lodeve (von Süden) oder Millau (von Norden). An der Nationalstraße 9, die den Larzac überquert, wird in einem alten Schafstall ("La Grande Jasse") ein Informationszentrum ganztägig den Sommer über geöffnet sein, ebenso in dem Dort La Couvertoirade und in dem Dorf l'Hospitalet (beide im Süden des Larzac), sowie auch in den Städten Creissels im Tal des Tarn und in der Kreisstadt Millau.

Baufachleute und Übersetzer besonders gefordert!

Für diese Informationszentren, für die Baustellen-Zeltlager und für die Koordinationsstelle in Saint-Martin werden dringend auch Spezialist/inn/en gesucht. **Der ganze Bau-Sommer dauert vom 6. Juli bis zum 14. September.** Während dieser ganzen Zeit sollten nach Möglichkeit jeweils für mindestens 14 Tage Leute sich verbindlich bereithalten

- in den Informationszentren für deutsche Touristen und Ankömmlinge Auskünfte zu geben, Diskussionen zu führen, Hilfen zu organisieren
- in Baustellen und Zeltlagern als Dolmetscher zu arbeiten
- in der Koordinationsstelle an der "Vermittlung" der deutschen Freiwilligen mitzuwirken.

Ganz besonders dringend gesucht werden Baufachleute und Techniker/innen, die möglichst auch für mindestens jeweils 14 Tage Koordinierungs-, Einweisungs- und Anlern-Aufgaben übernehmen können, eventuell auch jeweils in Verbindung mit einer/einem Übersetzer/in. Mau-

rer, Fliesenleger, Zimmerleute, Architekten, Elektro- und Telefonfachleute, Steinmetze, Klempner, Monteure, Kfz-Fachleute und und und: Meldet Euch möglichst schnell, unter Angabe des Berufs bzw. der Ausbildung, bei der: Coordination des Comites Larzac, Cooperative Agricole, rue de Glossop, F-12100 Millau. Gebt bitte an, von wann bis wann Ihr zur Verfügung steht! Auch die Sprach-Spezialisten sollten sich bitte recht bald dort melden!

Wie kann man/frau Unterstützung leisten, auch wenn frau/man nicht persönlich dabei ist?

Bei der Coordination des Comites Larzac (Koordinationsstelle der Larzac-Komitees) — Adresse siehe oben— sind ab sofort Postkarten zu einem Unterstützungspreis von 5 Francs das Stück (etwa DM 2,25) zu beziehen; am besten legt man/frau der Bestellung einen Euroscheck oder einen entsprechenden DM- oder Franc-Schein bei. Schecks oder Scheine sind auch gern willkommen bei der Association pour la Promotion de l'Agriculture sur le Larzac, APAL (Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft auf dem Larzac, d.h. der Verein, der die Spenden und Steuerverweigerungsgelder verwaltet), per Adresse: Gardarem lo Larzac, Potensac, F-12100 Millau, mit Vermerk "pour les chantiers" (für die Baustellen), oder direkt auf das Konto der APAL bei der Bank: Credit Agricole, Millau, No. 01 01 10640, ebenfalls mit Vermerk "pour les chantiers".

Wir lassen uns gern auch für unsere Arbei Unterstützung geben: Sonderkonto "Larzac"/Max Kunkel, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto Nr. 762 022 5, oder: Postscheckkonto Hamburg Nr. 164086-202, Volker Tonnätt, mit Vermerk "Larzac". Es wäre uns schon recht, wenn wir zu den enormen Kosten der Rundreise der Larzac- und Plogoff-Delegationen Anfang Mai etwas beigesteuert bekämen (unser Finanzloch ist vierstellig ...).

Internationale Verbindungen festigen — Informationen und Materialien mitbringen!

Die Baustellen und Zeltplätze, die Informationszentren und diversen Veranstaltungen in diesem Sommer auf dem Larzac sind eine ausgezeichnete Gelegenheit, Verbindungen herzustellen und Informationen zu verbreiten und auszutauschen. Alle sollten also überlegen, was sie von ihren Kämpfen "zuhause" mitbringen und bekanntmachen wollen: Filme, Dia-Vorträge, Wandzeitungen, Fotoausstellungen, Broschüren ... Es bietet sich an, für die anderen "Bauleute", für die örtliche Bevölkerung, aber auch für Touristen auf den umliegenden Campingplätzen in den Tälern Informationsveranstaltungen durchzuführen. Man sollte vor allem auch konkrete Verbindungen und Verabredungen mit den Larzac-Komitees und anderen Gruppen und Leuten zustande zu bringen versuchen, und auch dafür sind anschauliche Informationen und Materialien wichtig. Es handelt sich auch bei den Freiwilligen aus Frankreich und anderen Ländern nicht nur um Menschen, die mit der Umweltzerstörung im engeren Sinne zu kämpfen haben, sondern um Leute, die ihre Alltagsprobleme als Schüler, Arbeiter, Studenten, Bauern und und und haben und selbstverständlich in den "Ferien" nicht einfach abstreifen und "vergessen". Es sind darunter z.B. Kriegsdienstverweigerer und Totalverweigerer, Teilnehmer von Soldatenkomitees, Wehrpaßrücksender und Steuerverweigerer. Die Frauenbewegungen werden vertreten sein ... Zu allen Fragen des Widerstandes, des Kampfes um Demokratie und Selbstbestimmung um fortschrittliche Lebensbedingungen kann und soll diskutiert und informiert werden.

Gelungene Ferien, so sagten es im vorigen Sommer sehr viele Teilnehmer der Bau-Camps, sind es dann, wenn man/frau sich w i r k l i c h e r h o l t, und das heißt: Ruhe haben, Freundschaft geniessen, etwas Sinnvolles schaffen, etwas Neues lernen und mit gewachsenen Kräften nachhause zurückkommen.

Larzac-Freundeskreise in Stuttgart und Hamburg c/o Heidi Burmeister/Volker Tonnätt, Geschw.-Scholl-Str.11, 2000 Hamburg 20; und: Martin Wetter, Böblingerstr. 180, 7000 Stuttgart 1

NORWEGISCHES PARLAMENT BESCHLIESST BAU DES ALTA–STAUDAMMES

Oslo 18.Juni 1980 *Vor einem Jahr, im ID 287 vom 22. Juni 1979, berichteten wir zum ersten Mal von den Expansionsgelüsten der Kolonialmacht Norwegen: auf der Vidda, dem Bergland im Norden Norwegens, soll am Alta-Fluß ein Stausee für ein Kraftwerk entstehen. Die Vidda ist eines der wenigen Rückzugsgebiete, die den Samen nach dem Vordringen der Kolonialvölker Norwegen, Schweden, Finnland und Rußland noch geblieben sind. Nur hier noch finden sie das offene Land, das sie für die Wanderung ihrer Rentierherden brauchen. Der geplante Stausee würde ein existenznotwendiges Wandergebiet durchschneiden. Im ID 297 brachten wir einen Bericht aus dem Sommerlager, das im Sommer 79 dazu beitrug, die Bauarbeiten zu stoppen. Im ID 309 konnten wir den Aufschub der Entscheidung über den Bau melden. Etwa 20 Mitglieder der Samischen Aktionsgruppe waren vor dem norwegischen Parlament, dem Stortinget, in einen Hungerstreik getreten. Jetzt hat eben dieses Stortinget doch noch den Bau beschlossen.*

Für Reisende: Im Juli, vom 20. bis zum 26., findet ein Demonstrationsmarsch von Alta nach Masi statt (dazu mehr im folgenden Artikel).

Am 30.5. hatte das norwegische Stortinget (Parlament) zum letzten Male die Chancem ja oder nein zum Ausbau des Alta/Kautokeino - Flusses zu sagen und über einen Zusatzantrag abzustimmen, die Entscheidung solange auszusetzen, bis Gerichte die Rechte der durch den Bau betroffenen Samen geklärt haben ...

Der Widerstand ist heute stärker als er je zuvor war — im Stortinget, wie auch außerparlamentarisch. Nur die Mehrheit der regierenden Sozialdemokraten und die rechte Hoyre - Partei machen sich weiterhin stark für den Ausbau und leider auch die Mehrheit aus. Sogar einige Minister warnen inzwischen vor dem Ausbau, doch die starken Männer haben auf ihr Prestige gesetzt:

Energieminister Bjatmar Gjerde war erleichtert nach der Volksabstimmung in Schweden: "Ein Sieg der Atomkraftgegner hätte für Norwegen eine Katastrophe bedeutet. Jetzt können wir etwas weniger Wasserkraft fahren — aber in Nordnorwegen wird gebaut." Basta.

Der kurz vor dem Hungerstreik der samischen Aktionsgruppe neu ernannte law-and-order-Justizminister Andreas Cappelen bezeichnet den landesweiten friedlichen Widerstand als "kollektive Kriminalität". Wörtlicher Auszug aus einer Antwort, von ihm im Parlament gegeben:

"Ich verstehe nicht, mit welchem Recht einige den Ausbau verhindern können sollten. Wie würde sich unser Energieausbau ausnehmen, wenn bestimmte Gruppen einen festen Standpunkt einnehmen und Stortingetsbeschlüsse verhindern. Wie würde es dann am Ende hier im Lande aussehen? Wenn einzelne Gruppe sich über Beschlüsse hinwegsetzen, die von Behörden getroffen wurden, welche durch Generationen hier im

Lande als national und übergeordnet angesehen werden — dann ist das eine undemokratische Haltung. Wir würden in einem vollständigen Chaos enden.

Wo endet es, wenn bestimmte Gruppen mit übergesetzlichen Normen operieren? Denkt an die Konsequenzen. Diese Einstellung haben auch Terroristen. Die haben auch ihre übergeordneten Normen,"

Der dritte in diesem Energiebunde, Umweltschutzminister Rolf Hansen, läßt sich noch kürzer vorstellen — als vorheriger Verteidigungsminister pflegte er sich gegenüber Protesten gegen den westdeutschen Militärnachschub so zu verteidigen: "Westdeutschland ist der Eckstein unserer Demokratie." Daß sie nicht nur so reden, haben sie unter Beweis gestellt. Inzwischen liegen — im Detail — fertige Pläne für die verschiedensten Formen des Einsatzes von Polizei und Militär im Justizministerium.

(...)

Ein Major des Heeres hat in einem Ausbildungsheft für Offiziere den Volksaufstand gegen den Alta-Ausbau als eine vom russischen KGB gesteuerte Aktion dargestellt. Die Errichtung einer nationalen samischen Befreiungsbewegung sei Teil der russischen Untergrabungspolitik. Einer wachen norwegischen Wochenpresse ist es zu verdanken, daß dieser Schwachsinn öffentlich, im Parlament "bedauert" werden mußte.

Doch alle in die Öffentlichkeit lancierten Provokationen und Verdrehungen — durch die Staatskraftwerke NVE und Regierungsmitglieder samt ihrer Alliierten in den Medien — haben auch den Willen der Volksaktion gestärkt, nicht aufzugeben. Schon im Januar gabs die Generalprobe einer Blitzaktion im alten Stilla-Lager (das Widerstandslager des letzten Sommers, die Red.), u.a., um neu angeschaffte Ausrüstung — Öfen, Schneescooter, Informationsgeräte usw. zu testen. Später, im April, mußten die "entrüsteten" Minister zur Kenntnis nehmen, daß die Volksaktion (so heißt der Zusammenschluß des Widerstandes, die Red.) imstande ist, wenn es notwendig wird, mehrere Lager gleichzeitig zu organisieren — und dann, im Mai, trafen sich alle Teile der Volksaktion gegen den Alta-Ausbau zu einer Landeskonferenz in Alta. Hier wurden Seminare abgehalten und der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß sogar kleine Flugzeuge und Helikopter, Jeeps und spezielle Terrain-Fahrzeuge zum Transport der Demonstranten zur Verfügung stehen. "Das ist eine Provokation. Man kriegt den Eindruck, daß diese Menschen Krieg führen zu wollen", rief der Justizminister. Über 20.000 Demonstranten sind zu jeder Zeit bereit, in Stilla an Aktionen teilzunehmen. Unabhängig von dieser Bereitschaft ist vom 20. - 26. Juli ein Demonstrationsmarsch geplant, zu dem auch das Ausland eingeladen ist. Wer hier mitmachen will, sollte wissen, daß es ein anstrengender 4 — 5-Tagemarsch wird und unbedingt Berg-Ausrüstung mitbringen — und sich anmelden bei:

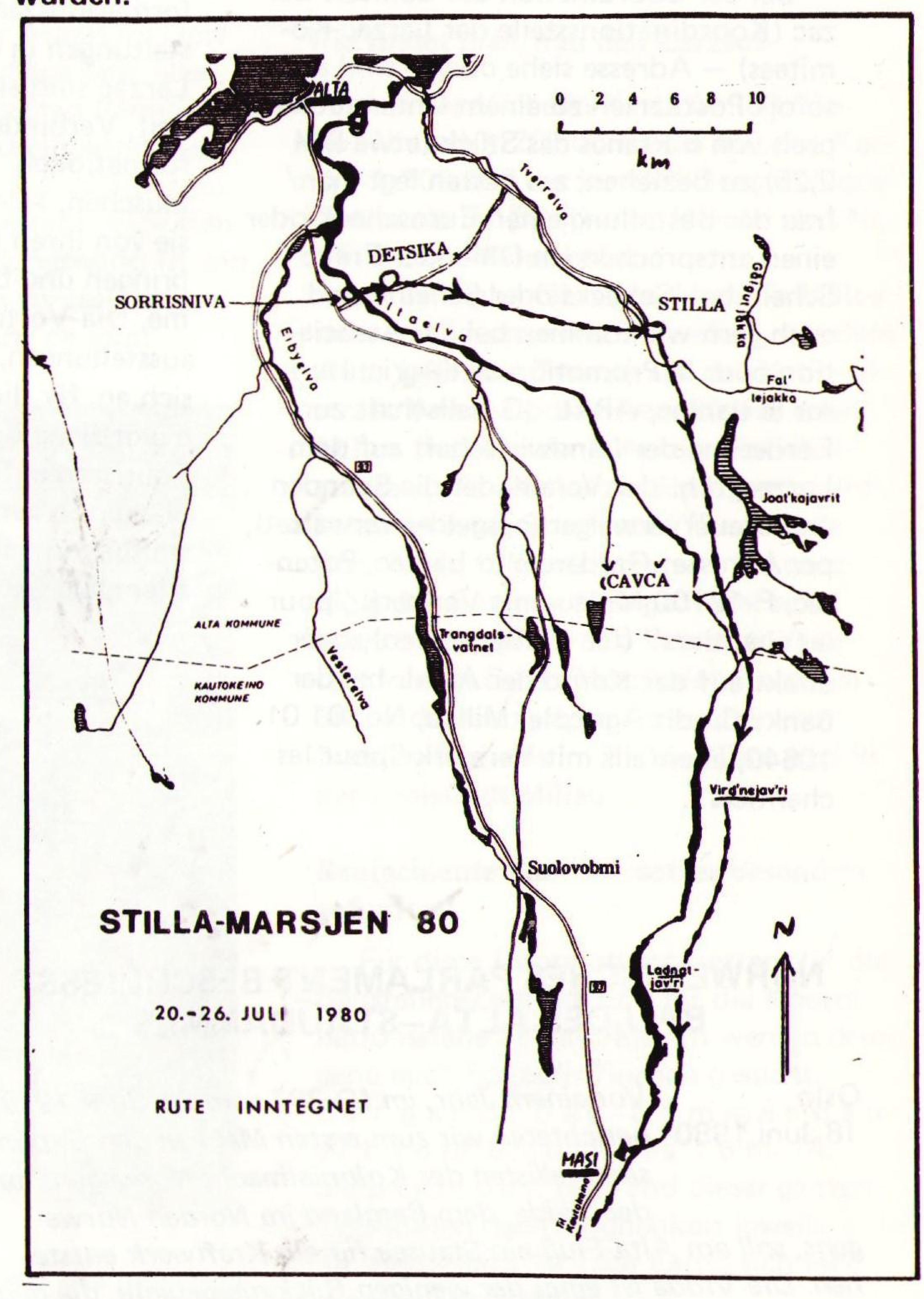
Folkeaksjonen Oslo — Tollbugste 7 — N-Oslo I oder: Folkeaksjonen — Postboks 2236 — 9510 Elvebakken — tel: 084/ 37450

Der Weg geht von Stilla nach Masi, jener Stadt, die nach den ersten Plänen der Staatskraftwerke schon unter Wasser liegt und von der vor über 10 Jahren der Widerstand gegen das Projekt ausging.

Mitte Mai startete die Volksaktion eine Anzeigenkampagne im Osloer Dagbladet, um in 7 Textanzeigen den Parlamentsmitgliedern zum x-ten Male vor Augen zu führen, daß alles, aber auch alles vernünftige, soziale und sachliche Denken gegen diesen Ausbau spricht.

Am 23. Mai demonstrierten ca. 50 Bauern aus dem Alta-Tal mit Traktoren im Protest durch Alta. Die größte Aktion, die je von Juristen gemeinsam durchgeführt wurde, sprach sich in Sammelanzeigen gegen den Bau aus. Jede Woche wird irgendwo in Norwegen protestiert. Die Volksaktion wächst täglich. Spezialzeitschriften von Juristen und anderen Fachbereichen haben Sondernummern zu den Problemen der Samen herausgegeben. Die Zeitung der Menschenrechtsgruppe Charta 79 wird jetzt fest — 6 Mal jährlich — erscheinen und in enger Zusammenarbeit mit anderen Nationen der 4.Welt kämpfen, z.B. bei der Durchführung des kommenden Russell-Tribunals.

Und: es warten ja noch 3 Rechtssachen gegen den norwegischen Staat, die abzuwarten den Behörden und Betreibern zu gefährlich scheint, Die Sache selbst wird möglicherweise Jahre dauern. Der samische Anwalt Leif Dunfjeil klagt auf 2 Ebenen: dem norwegischen Staat das Recht abzusprechen, Eingriffe auf samischem Grund vorzunehmen und, im Falle des gewalttätig durchgesetzten Baus, muß er im Auftrag der betroffenen Rentiersamen die Erstattungssummen berechnen. Mit den Unterlagen zu diesem Prozeß hielt sich Dunfjeil diese Woche in Oslo auf. Am Mittwochabend teilte er der Presse mit, daß ihm alle Dokumente in einem Hotel gestohlen wurden.



Ein unersetzlicher Verlust war der Tod des Aktivsten aller Aktiven, des Leiters der Volksaktion von Beginn an, hakon Henriksen. In der letzten Sitzung des Stadtrates von Alta brach er an Herzversagen zusammen und starb kurz darauf.

Freitag, am 30.5., spät in der Nacht, beschloß das Stortinget, den Kautokeino/Alta - Fluß auszubauen. Die Arroganz der (amerikanischen) Macht in Norwegen hat einen weiteren Scheinsieg errungen. Es liegt nun an der Regierung, den Termin des Starts der Arbeiten zu bestimmen. Dieses Signal — egal, wann es kommt — wird Norwegen in zwei Teile spalten. Die letzte große Demonstration in Oslo, am Donnerstag, wo trotz strömenden Regens Tausende Kampflieder singend am Parlament vorbeizogen, hat die Präsenz des Widerstandes sehr deutlich und schön manifestiert.

Und übrigens, es steht fest, der Staudamm wird nicht gebaut.

Jürgen Wierzoch, Oslo

WIRD EIN 16JÄHRIGER TÜRKE HINGERICHTET?

Ankara / Juni 1980

Am 19. März 1980 wurde der 16jährige Antifaschist Erdal Eren in Ankara in der Türkei von einem Kriegsrechtsgericht zum Tode verurteilt. Die Militärrichter kündigten die schnellstmögliche Hinrichtung an.

Sollte nun wie erforderlich das türkische Parlament dieses Todesurteil bestätigen, dann muß Erdal Eren sterben. Unschuldig. Einzig und allein deshalb, weil er ein Antifaschist ist.

Worum geht es? Am 31. Januar 1980 wurde in Ankara der Jugendliche Sinan Sümer auf offener Straße von einem Leibwächter des faschistischen MHP-Abgeordneten Cengiz Gökcek niedergeschossen, als er eine antifaschistische Parole auf eine Mauer malen wollte. Als er erst zwei Stunden später von der Polizei in das Krankenhaus eingeliefert wurde, war er bereits verblutet. Gegen diesen faschistischen Mord protestierten am 2. Februar rund 1000 Demonstranten. Armee-Einheiten gingen gegen die Demonstranten vor und eröffneten das Feuer. Bei einem Schußwechsel wurde ein Soldat getötet.

Anschließend wurden den ganzen Tag lang in diesem Stadtviertel Ankaras Hausdurchsuchungen durchgeführt. Bei diesen Durchsuchungen wurde Erdal Eren verhaftet, in dessen Wohnung eine Pistole gefunden wurde. Noch am gleichen Tag erklärten verantwortliche Stellen, der Mörder des Soldaten sei gefaßt worden und würde umgehend bestraft.

In nur drei Verhandlungstagen verurteilte das Kriegsrechtsgericht Erdal Eren zum Tode, ohne auch nur einen stichhaltigen Beweis zu haben. Selbst die elementarsten Rechtsgrundsätze wurden bei diesem Schnellverfahren mißachtet. Das Verfahren fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Anwälte des Angeklagten wurden nicht zugelassen, ja, ihnen wurde sogar mit Verhaftung gedroht. Die Ankündigung des Gerichts daß das Urteil rasch vollstreckt werde, wurde von Regierungschef Demirel und Generalstabschef Evren unterstrichen, die unter anderem erklärten: "Der Mörder des Soldaten wird bestraft werden, wir werden Rache nehmen, das Blut wird nicht umsonst geflossen sein"!

Alles weist darauf hin, daß dies keine leeren Worte sind. Faschistischer Terror steht in der Türkei schon längst auf der Tagesordnung. Allein in den letzten Wochen wurden Dutzende von Menschen auf offener Straße erschossen. In den Gefängnissen der Türkei wird gefoltert. Aufgrund des seit einem Jahr bestehenden Kriegsrechts kommt es immer wieder zu Massenverhaftungen. Regierungschef Demirel mußte kürzlich selbst zugeben, daß allein in den letzten drei Monaten 866 Menschen getötet, über 39 000 Menschen aus politischen Gründen festgenommen und 14 000 von ihnen inhaftiert worden sind.

Kontakt: Komitee "Rettet das Leben von Erdal Eren", c/o Cafer Cebe, Ellerstr. 20, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/ 12 15 32 ab 18 Uhr

„DER ANWALTS-STAND IST EINE GEGEN-MACHT"
In Sachen Michel Graindorge

BRÜSSEL 20. Mai *Von einem Freund aus Belgien, einstmals Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, kommt ein Bericht über den belgischen Anwalt Graindorge. Der Fall wurde, trotz oder wegen seiner Parallelen zur Hetzjagd auf Croissant, in den westdeutschen Medien bislang fast völlig totgeschwiegen.*

Michel Graindorge: seit über fünfzehn Jahren Rechtsanwalt in Brüssel, im November 1979 angeklagt wegen Beihilfe zur Geiselnahme, Beihilfe zu der Gefangenenbefreiung seines ehemaligen Mandanten Francois Besse (eines 35jährigen Franzosen, dem wegen verschiedener „unpolitischer" Gewaltverbrechen in seinem Lande die Todesstrafe droht), Beschaffung von Waffen und Konstituierung einer kriminellen Vereinigung, verdächtigt der Organisierung des Attentats auf den NATO-General Haig und der „Baader-Nachfolge" in Belgien. Graindorge war mit kräftiger Hilfe von Bundeskriminalamt und Interpol verhaftet und angeklagt worden. In Belgien war er bekannt durch das „Comite pour le soutien des prisonniers" (Komitee zu Unterstützung der Gefangenen), als Vermittler in Gefangenenrevolten und durch Veröffentlichungen über die Haftbedingungen. All dies hatte mit „politischen" Fällen erstmal gar nichts zu tun.

Nach vier Monaten Untersuchungshaft war Graindorge mangels Beweisen freigesprochen worden, vier Mitangeklagte ebenfalls. Jetzt läuft der Prozeß in der Zweiten Instanz.

Graindorge, der Staatsanwalt und „Le Monde"

Michel Graindorge ist ein engagierter Anwalt, der wegen seiner kritischen Haltung zu Justiz, aber mehr noch wegen seiner Verteidigung verschiedener Kollegen in der BRD (u.a. Klaus Croissant), wegen seines Eintretens für die Erleichterung der Haftbedingungen der Baader-Meinhof-Mitglieder und für eine Änderung der allgemeinen Haftbedingungen hier in Belgien seit langem das Establishment gegen sich einnahm. Die Verhaftung und der Prozeß haben in Belgien zwei Lager geschaffen, die sich weniger am formellen Inhalt als mehr an der Stellung und Freiheit einer wirksamen Verteidigung festmachen.

In dem Berufungsprozeß, der am 13. Mai begonnen hat, erklärte der Staatsanwalt (Sitzung vom 20. Mai) in seinem Plädoyer erneut, weshalb er Graindorge auch nach dem Freispruch in erster Instanz als schuldig betrachte. Unter anderem deshalb:

1. das Urteil in erster Instanz läßt weiterhin die Situation um Graindorges Schuld im Ungewissen;
2. das Urteil hat nicht das Vertrauen in das Gesetz und den Respekt der öffentlichen Ordnung wiederhergestellt;
3. Graindorge beeinflußte dank seiner Persönlichkeit diejenigen, die als Zeugen gegen ihn auftraten;
4. Graindorge beträgt sich nicht als würdiger Anwalt, weil er ein Polizeirundschreiben bei sich aufbewahrt;
5. Graindorge, der sich vor dem Telefonabhören in Acht nimmt, wird das Zitat von Robbespierre vorgehalten: Niemals muß Unschuld öffentliche Überwachung fürchten;

6. Graindorge ist ein Intellektueller, der mit seinem Milieu, dem Bürgertum gebrochen hat. Die Gefangenen, denen er geholfen haben soll, haben ebenfalls mit der bürgerlichen Welt gebrochen, also ist eine Zusammenarbeit logisch;
7. Graindorge ist ein Idealist, jemand, der sich vollkommen in eine Welt der ungerechten Justiz hineinlebt, seine imaginäre Welt. Die Belastungszeugin — Francoise Viller, eine zwanzigjährige Frau, die mit Graindorge im „Komitee für die politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland" tätig war — ist dagegen mehr an die Wahrheit gebunden und trotz ihrer Ideale keine Extremistin. (Kein Wunder, da sie Graindorge belastet...)

In einer der nächsten ID-Nummern will ich ausführlich über diesen Fall berichten, weil er für die Advokatur — und nicht nur für sie — in ganz Europa von beispielhafter Bedeutung ist.

Vorab jedoch der Kommentar eines Mannes, dessen Ansehen hier in Brüssel allgemein anerkannt wird, der jedoch gerade wegen seiner kritischen Haltung im Graindorge-Prozeß plötzlich viele Gegner gefunden hat, nur weil er Dinge sagt, die in dem „neuen Trend" heute oft vergessen werden.

In „Le Monde" vom 10. April schreibt Pierre Vermeylen, ehemaliger belgischer Justizminister (Sozialistische Partei) und Anwaltkollege von Graindorge als Bilanz nach Abschluß des Prozesses in erster Instanz:

„...Die Graindorge-Affaire: Der Anwaltstand ist eine Gegenmacht.."

Dieser Titel ist ein Zitat. Der Satz stammt von Anwalt Graindorge. Er wurde durch Staatsanwalt Jaspar als Geständnis dafür herausgegriffen, daß Graindorge beabsichtigt, die Gesellschaft zu destabilisieren, indem er die Justiz destabilisiert. In Wirklichkeit drückt dieser Gedanke Graindorges die demokratische Konzeption unserer Gesellschaft aus, welche auf der von Montesquieu gewollten Gewaltenteilung beruht. Jede Macht, sagte er , versucht ihre Gewalt zu mißbrauchen. Die Macht muß durch Macht aufgehalten werden.
Im Justizbereich die ungeheuer große Macht der Anklagevertretung, der Staatsanwaltschaft, welche die Ordnung wahren soll, durch die Anwaltschaft in Schranken gehalten werden, deren Aufgabe im wesentlichen die Verteidigung der Menschenrechte ist.
Nur in Ländern mit diktatorischer Struktur, in denen es keine Gegen-Macht gibt, würde dieser Graindorge-Satz fehl am Platz sein.
Sein Prozeß Illustriert aufs Beste seine Äusserung.

Michel Graindorge, Anwalt von ausgezeichnetem fachlichen Ruf, ist auch bei der Polizei gut bekannt. Er beschäftigt sich mit dem Komitee zur Unterstützung der Gefangenen und dem Komitee zur Verteidigung von politischen Gefangenen in Deutschland. Er ist einer der Anwälte Klaus Croissants. Aus diesen Gründen wird er scharf überwacht.

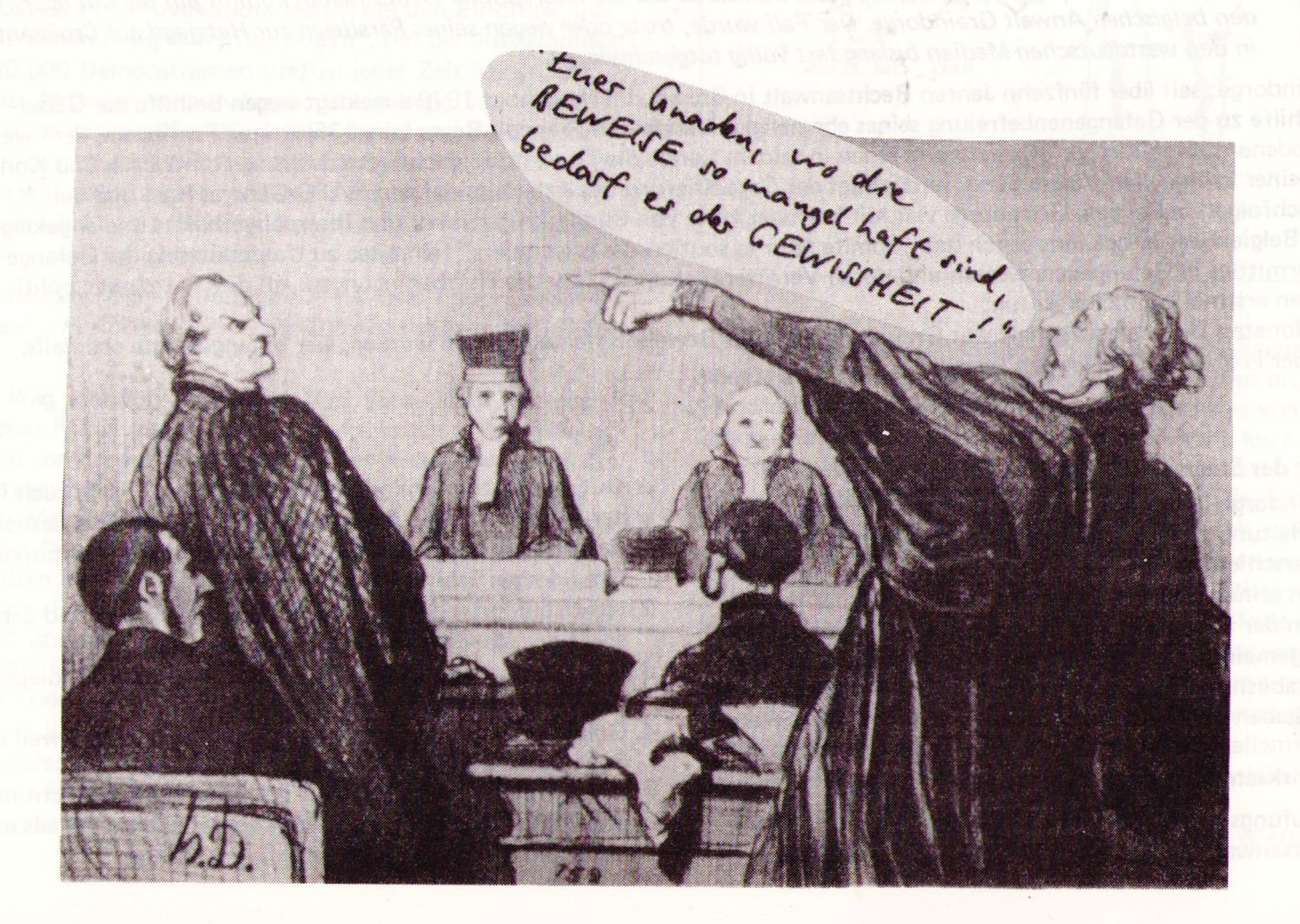
Für die Polizei ist sicher, daß Anwalt Graindorge Komplize bei der Flucht von politischen oder allgemeinen Strafgefangenen ist; er verteidigt die einen wie die anderen. Für die Staatsanwaltschaft ist dies eine Situation zum Einschreiten. Am 19. August beschuldigt Isabel de Andres eine ehemalige Mitarbeiterin des Anwalts im Unterstützungskomitee für die politischen Gefangenen in Westdeutschland (...), Graindorge der Vorbereitung der Flucht seines Mandanten Francois Besse. Ohne Zögern entscheidet die Staatsanwaltschaft, Graindorge zu verhaften und in Isolationshaft zu halten. Mit Trompetengeschmetter kündigt sie der Presse an, daß der Anwalt beschuldigt wird, Komplize bei der Gefangenenbefreiung mit Waffengewalt und Geiselnahme gewesen zu sein, Kriminellen Unterschlupf besorgt zu haben und an einer Vereinigung verbrecherischer Elemente teilgenommen zu haben. Auf die Frage nach der möglichen Strafe für Graindorge kündigt die Staatsanwaltschaft kühl an: lebenslängliche Zwangsarbeit - das kaum je erreichte Maximum für solche Fälle! (...)

Im Gebrauch ihrer Macht geschützt vor jeder Gegen-Macht, da die Ermittlung geheim ist, führt die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Durchsuchungen und sogar neuen Festnahmen durch... Im Gegensatz zum landläufigen Brauch, daß die Presse regelmäßig über den Entwicklungsstand aller wichtigen Affairen informiert wird, hüllt sich die Staatsanwaltschaft in absolutes Schweigen. Sie läßt jedoch den fantastischsten Gerüchten freien Lauf, nach denen Graindorge an einer Fluchthelferorganisation und sogar an Attentaten teilgenommen haben soll.

Vorverurteilung mit „Beweisschwierigkeiten"

Die einzige Sache, die man weiß, ist, daß es einen neuen Anklagepunkt gibt (vom 11. Februar): Graindorge habe seinem Mandanten Vandeputte geholfen, nach seiner Flucht einen Unterschlupf zu finden. Eine andere Mitarbeiterein des Unterstützungskomitees habe am 26. September 1979 so etwas angedeutet. (...)

Die öffentliche Meinung ist beeindruckt, und überall hört man, daß die Staatsanwaltschaft sich nicht ohne Beweise so engagieren würde, daß es sich dort um eine schwerwiegende Sache handelt etc. Mensch muß die öffentliche Verhandlung abwarten, damit die Verteidigung die Angelegenheit ins richtige Licht rücken kann. Aber zum Teil ist es schon zu spät. Das Unglück ist geschehen.
Die Untersuchungshaft für Anwalt Graindorge hat fast vier Monate gedauert, mit den Erniedrigungen, die sie mit sich bringt und der unvermeidlichen Meinungsbildung derer, die sich hinters Licht führen lassen: bei Anwalt Graindorge und seinen Komplizen, da muß wirklich etwas dran sein. In Wirklichkeit zerbröckelt dieses Etwas und löst sich im Lauf der Ermittlungen, die durch die Verhandlung wieder aufgenommen werden, auf.



Zunächst gibt es keine Zeugen: die Mitangeklagten, die nicht vereidigt werden können, kann mensch nicht so nennen. Das ist kein juristischer Trick, sondern Wahrheit. Die interessierenden Personen werden davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ein persönliches Interesse hätten, gewisse Erklärungen abzugeben, um nicht für andere bestraft zu werden, z.B. nicht ausgewiesen zu werden (Isabel de Andres ist Spanierin). Die Anklage erkennt jedenfalls an, daß die Vernehmungen nur wenig Wert haben, behauptet jedoch, daß, wenn auch jedes einzelne Faktum für sich allein keinen Wert habe, so sei doch die Wahrheit ähnlich einem Puzzle. Die auf diese Weise entstandene, intellektuelle Konstruktion von Staatsanwalt Jaspar muß genauer betrachtet werden. Nichts beweist, daß Anwalt Graindorge schuldig ist, aber er sei fähig, die ihm zur Last gelegten Dinge begangen zu haben; alles führt dazu, zu glauben, daß er nicht unschuldig ist. Die Schwerpunkte dieses Gedankenganges beruhen auf seinem Charakter und seiner Stellung.

Sein Charakter: von bemerkenswertem Engagement. Kann mensch sich vorstellen, daß er, der sich mit soviel Aufopferung den Gefangenen widmete, nicht dem Versuch hätte widerstehen können, einem von ihnen seinem Klienten, bei der Flucht zu helfen?

Seine Stellung: er ist der Chef derer, die gestanden haben; es ist unvorstellbar, daß diese ohne sein Zutun gehandelt haben. An wen hätte Vandeputte (Belgier, der wegen Raubs im Knast saß), an seinem Fluchttag in Gefahr, sich mit der Bitte um Hilfe sonst wenden können?

Bezüglich Besse: Anwalt Graindorge habe als einziger mit ihm am Vortag seiner Flucht in Verbindung gestanden. (...) Daß dies noch lange nichts beweist, darüber war man sich in der Verhandlung einig, und das Gericht verwarf das Argument der Staatsanwaltschaft mit einem Lächeln.

Anwalt Graindorge wurde freigesprochen. Das Urteil wurde günstig von der ganzen Presse aufgenommen, welche darin zumindest eine Friedensgeste sah. Die Justiz hatte größtmögliches Licht in dieser Affaire gebracht, die entgegengesetzten Überzeugungen konnten die Waffen beiseitelegen. Leider ließ die Staatsanwaltschaft nicht locker. Sie legte Berufung ein. Sie glaubt immer noch an die Schuld von Anwalt Graindorge. Nun denn. Aber sie sollte sich darüber klar werden, daß der Gegen-Glaube der Gegenmacht nicht absurd ist und daß das Gericht in einem Urteilsspruch diesen anerkannt hat.

Mangels neuer Elemente gibt es hier keine Gewißheit mehr, nämlich jene, die eine Verurteilung erlaubt. Anatole France legt einem der Gegner Dreyfus in seinem Werk „Ile des Pingouins" folgende Worte in den Mund: „Glücklicherweise hatten die Richter eine Gewißheit, denn es gab keine Beweise." Welcher Richter könnte sich im vorliegenden Fall noch auf eine Gewißheit berufen? Indem die Staatsanwaltschaft zögert, den Urteilsspruch des Gerichts anzunehmen, welcher die Leidenschaften beruhigte, hat sie einen bedauernswerten Fehler begangen und die Leidenschaften von neuem entfacht und sich wieder den Kritikerzungen ausgesetzt, deren Argumente nicht unbegründet dastehen. Die Justiz kann nur darunter leiden."

Kontakt: über Johannes Blum (vom Comite Graindorge), 29 b Avenue General Lartigue, B-1200 Bruxelles, Tel. 00322 / 734-3471.

Kommt zum Prozeß am 26. Juni, 9 Uhr in Brüssel, Zweite Kammer des Berufungsgerichts, Palais de Justice (seid eine Stunde vorher da – der Raum wird zu klein sein für die Besucher!). Macht den Leuten vom Comite Graindorge neuen Mut – manche von ihnen glauben schon, in ganz Westeuropa sagt keiner mehr was, sobald das Bundeskriminalamt die Finger im Spiel hat.

US-Polizeikräfte verschärfen Belagerung des Mohawk-Indianerreservats

Von der "Gesellschaft für bedrohte Völker" ging folgende Presseerklärung ein:

Einen Hilferuf erhielt gestern die "Gesellschaft für bedrohte Völker" von den Mohawk-Indianern aus Akwesasne im US-Bundesstaat New York.

Akwesasne ist das einzige Indianerreservat Nordamerikas, das durch eine Landesgrenze, in diesem Fall die kanadische, entlang des St. Lorenz-Stroms geteilt wird. Auf beiden Seiten leben ungefähr 3000 Mohawks. Der Anruf kam von der kanadischen Seite des Reservats, da der US-amerikanische Teil von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten ist und nur über Sprechfunk Kontakt nach außen besteht. Rund 400 Mohawks sind von einem 300 Mann starken Polizeigürtel umgeben. Die privaten Telefongesellschaften mußten auf staatliche Anordnung sämtliche Telefonleitungen unterbrechen. Den Seeweg über den St. Lorenz kontrollieren Einsatzboote.

Die Staatsorgane verlangen die Auslieferung von 23 Indianern, die unter Anklage des Hochverrats stehen. Diese Anklage geht zurück auf einen Zwischenfall im Mai 1979, als weisse Arbeiter im Auftrag einer Staatsfirma auf dem Privatland eines traditionellen Häuptlings eindrangen und Bäume fällten. Dieses Vorgehen wurde von der Staatspolizei gedeckt, worauf die traditionellen Häuptlinge und Clan-Mütter die Indianerpolizei und den offiziellen Stammesrat, beides von der US-Regierung bezahlte Organe, aufforderten, ihr Amt niederzulegen, da jene gegen die Interessen ihres eigenen Volkes arbeiteten.

Dieser Protest war verbunden mit einer gewaltlosen Besetzung der Büros für neun Stunden. Um die Polizei an der Vollstreckung der Haftbefehle zu hindern, verschanzten sich die traditionellen Mohawks auf dem Gelände ihres Häuptlings, wo alles begann. Der Konflikt geht in den dreizehnten Monat. "Es ist dies", sagt Howard Berman, Anwalt der Mohawk, "die längste Belagerung in der Geschichte der Indianer Nordamerikas". (New York Times, 2. Juni 1980)

"Die Welt weiß nicht, daß wir in Carters Amerika ums Überleben kämpfen. Nur Weltöffentlichkeit kann ein Blutbad verhindern", so ein Sprecher der Mohawk zur "Gesellschaft für bedrohte Völker".

Auch der italienische Abgeordnete des Europaparlaments Mario Capanna aus Mailand wurde eingeschaltet. Der Politiker hatte den Fall der Mohawk im März dieses Jahres vor das Europaparlament gebracht.

Claus Biegert
Mitglied des Bundesvorstandes
der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker bittet um Spenden auf das Sonderkonto "Humanitäre Hilfe der Gesellschaft für bedrohte Völker", Postscheckamt Hamburg, Konto 7400, Stichwort "Akwesasne".

Senden Sie bitte Protesttelegramme an Mr. Hugh Carey, Governor, State Capitol Building, Albany, N.Y. 12224, USA.

Protestbriefe senden Sie bitte an die Amerikanische Botschaft, Deichmannsaue, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

Italien

MILITARISMUS UND FUSSBALL

Mailand 30.Mai *Aus einer Sendung des freien Radiosenders Radio Popolare Mailand entnehmen wir einige Passagen zum Fußballskandal in der italienischen Bundesliga:*

Der italienische Fußballbund hat AC Mailand ("Milan") für schuldig erkannt, Fußballspiele manipuliert zu haben. Die Strafe: Milan muß in die zweite Liga absteigen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte spielen die Rot-Schwarzen also in der zweiten Liga.

Leute von Radio Popolare haben Arbeiter aus Mailänder Fabriken, dann demonstriende Fußballfans befragt.

Ein Arbeiter: "Ich habe einen Streik vorgeschlagen, aber die anderen haben gemeint, daß ich verrückt sei." – "Aber du siehst so traurig aus?!.. – "Nein, nein, bin ich überhaupt nicht." – "Aber du fängst doch beinahe zu heulen an." – "Nein." – "Wer, meinst du, ist denn der Schuldige? Der Vorsitzende von Milan?" – "Nein, Ricchi Albertosi (der Torwart von Milan, der eine lebenslängliche Sperre erhalten hat)." – "Nur Albertosi?" – "Ja."

Gespräch im Studio von Radio Popolare mit Mauro,einem heißen Fan von Milan; er soricht im Namen von zwei Milan-Fanclubs, dem "Löwengraben" und den "rot-schwarzen Brigaden", die mit ihrem Namen an andere "Brigaden" erinnern. "Ist Albertosi der Schuldige?" – "Einige von uns rot-schwarzen Brigaden meinen schon, daß er schuldig ist, und sicher sind wir von diesem großen Spieler getäuscht worden. 20 Jahre spielt er jetzt schon Fußball, und diese Geschichte ist für uns jetzt eine bittere Enttäuschung." – "Und jetzt, wo es kein Lokal-Derby (zwischen Inter und Milan) mehr gibt, was werdet ihr tun?" – "Wir warten weiter auf sportliche Gerechtigkeit, denn diese Verurteilung ist einfach ungerecht." – "Aber der Präsident von Milan, Colombo, hat doch einige Dinge zugegeben, nämlich daß er Spieler bestochen hat." – "Sicher, aber man muß auch sehen, daß ein Bruder Colombos vor drei Monaten entführt wurde." (Ausgleichende Gerechtigkeit? – ID). Auf jeden Fall stehen wir weiterhin zu unserem Präsidenten." – "Ihr werdet also der Mannschaft treu bleiben?" – "Klar, wir glauben an Milan, und nichts wird diesen unseren Glauben vernichten können."

Etwa 200 junge Milan-Fans haben gegen die Entscheidung des italienischen Fußballbundes demonstriert. Vor dem Gebäude des Fußballbundes in Mailand ziehen sie mit ihren Fahnen und Stöcken auf. Zehn Minuten lang machen sie eine Straßensperre, dann geht die Demonstration weiter. Von den Parolen her erinnert sie an Umzüge der außerparlamentarischen Linken.

Daneben gibt es aber einige Besonderheiten: unter den Fußballfans sind einige "Faschisten", die die Hand zum Hitlergruß erheben. Unmittelbar neben ihnen andere Demonstranten, die mit dem traditionell linken Gruß, der geballten Faust, der Polizei entgegentreten. "Links" und "rechts" vereint – gegen den Fußballbund. Die jungen "Extremisten" rufen Parolen wie: "Fußballbund, wir rufen es vereint, ihr werdet enden wie Aldo Moro."

Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In diesem Moment naht ein anderer Demonstrationszug; es sind Atomkraftgegner. Die Fußballfans lassen sie vorbeiziehen und legen in ihrem Putz mit der Polizei eine Pause ein.

Interview von Radio Popolare mit einem Fußballfan nach den Auseinandersetzungen: "Wir standen vor dem Gebäude des Fußballbundes, die Bullen kamen und griffen uns sofort an. Drei von uns wurden blutig geschlagen. Wir sind wütend geworden und haben einiges zerdeppert. Jetzt warten wir, bis die Anti-Atom-Demo vorbei ist, dann schlagen wir die Bullen, die Hurensöhne, zurück." – "Ist denn eurer Meinung nach die Polizei gegen Milan eingestellt?" – "Nicht unbedingt, es sind immer die gleichen Arschlöcher, sie provozieren uns und halten ihre Gewehre mit den aufgesteckten Tränengaspatronen direkt gegen uns gerichtet. Das machen wir nicht länger mit. Auch wenn wir nur 20 Steine werfen können und dann abhauen müssen, ist das schon etwas."

Ob Schüler, Studenten oder Arbeitslose ob links oder rechts – der Fußball geht vor. Aber etwas ist neu: seit die Gewalt in sozialen Massenauseinandersetzungen sich nicht mehr ausdrücken kann, wird sie ins Stadion verlagert. In den letzten Jahren kommt es immer mehr zu Schlägereien zwischen Fans italienischer Fußballclubs. Im November letzten Jahres wurde beim Lokalderby in Rom ein Fußballfan erschossen, ein Fan hielt sein Gewehr voll in die "Kurve", in der die gegnerischen Fans saßen, und drückte ab. Militanz, wie sie früher bei Demonstrationen üblich war, wird jetzt übertragen: sie wird zu einem Spiel, das rings um die Spielfelder stattfindet.



BÜRGERINITIATIVE "RETTET DIE ADLER–BRAUEREI" BERICHTET:

Wuppertal,4. Juni

Mit diesem Aufruf hat sich die Bürgerinitiative zur Rettung der ADLER–BRAUEREI an die Mitbürger der Stadt und an die in der Verantwortung stehenden Stadtverordneten gewandt.

WAS STECKT DAHINTER?

Im Osten Wuppertals, d.h. in der Reichsstraße in Barmen, zentral gelegen, stehen die Gebäude der ehemaligen ADLER–Brauerei Gustav Dierichs.

Dort wurde seit Mitte des 19. Jahrhunderts Bier durch das Familienunternehmen Gustav Dierichs gebraut. Ca. 1973 wurde der Betrieb eingestellt, nachdem die Großbrauerei Wicküler das Unternehmen aufgekauft hatte. Warum ist völlig klar, um lästige Konkurrenz auszuschalten.

Gedanken über eine weitere Nutzungsmöglichkeit hat man sich laut Wicküler angeblich gemacht. So sollen im Laufe der vergangenen Jahre mehrere Angebote gemacht worden sein, jedoch "leider" ohne Erfolg.

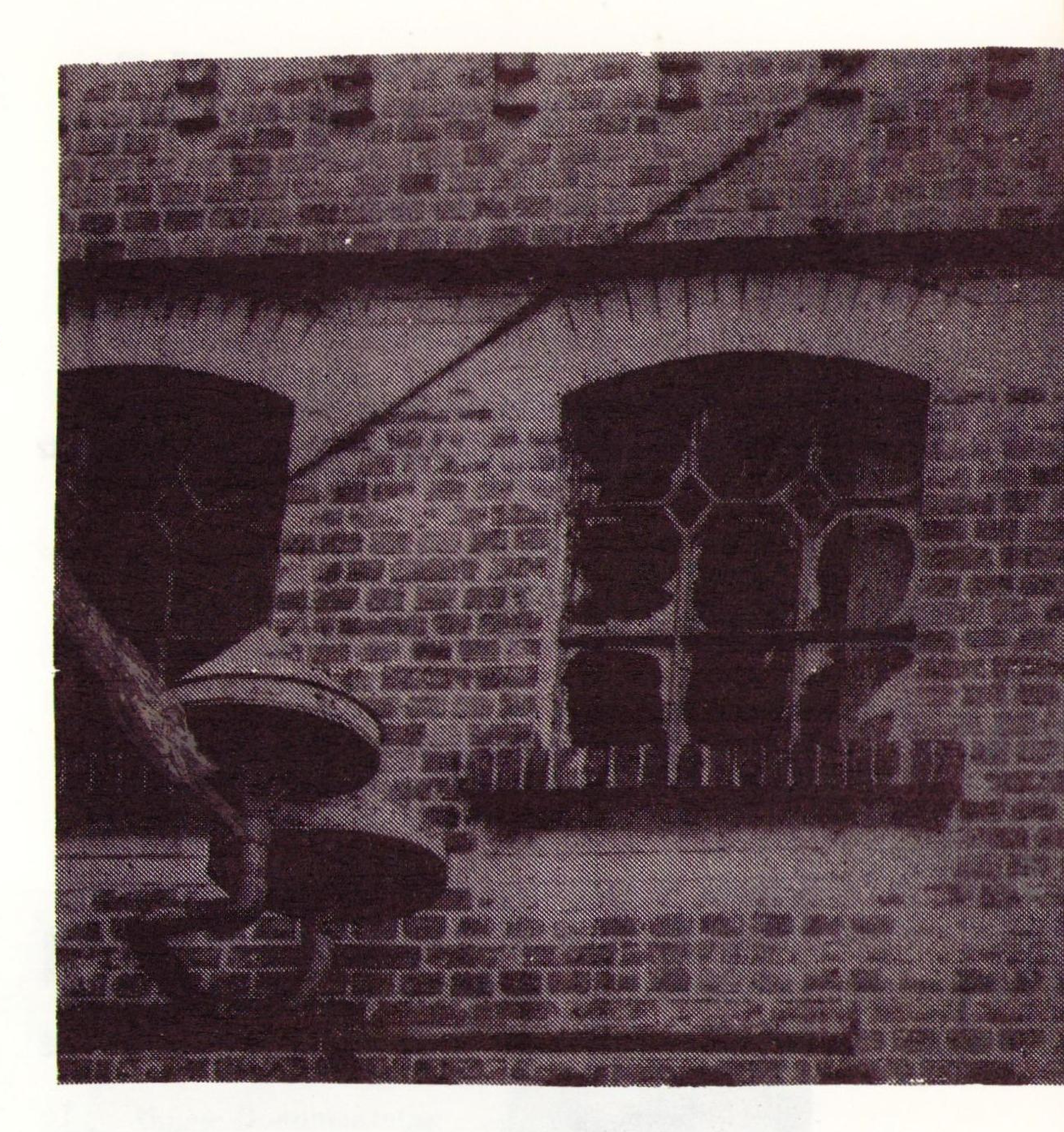
Inzwischen liegt der Firma Wicküler die Abbruchgenehmigung vor. Die sich daraus ergebende Konsequenz, nämlich der Abbruch des denkmalwürdigen Gebäudes hat engagierte Wuppertaler Bürger auf den Plan gerufen.

In den besetzten Gebäuden der ehemaligen Adler-Brauerei, Wuppertal haben die Besetzer heute das Adler-Kulturzentrum eröffnet!

Am 30.5.1980 wurde die ehemalige Adler-Brauerei von über 100 Menschen vor dem Abriß bewahrt. Sie beschlossen, die Adler-Brauerei zu besetzen, um weitere Abbrucharbeiten zu verhindern.

Inzwischen sind die Baugeräte abgezogen worden und wir (ca. 200 Besetzer) haben begonnen, die Räume der ehemaligen Adler-Brauerei zu renovieren. Um zu zeigen, daß wir nicht nur konzeptionslose "Chaoten",sondern vielmehr ernsthafte Interessenten an der Erhaltung des Industriedenkmals Adler-Brauerei und am Aufbau das Adler Kulturzentrums sind, haben wir mit der Kulturarbeit schon jetzt begonnen. So ist neben den für uns wichtigen Einrichtungen wie Toiletten, Küche, Schlafräume, Büros etc., auch bereits eine Spielstube für Kinder, eine Teestube und eine Cafeteria entstanden.

Eine täglich in einer Auflagenstärke von 4000 Stück erscheinende Flugblattzeitung informiert Nachbarn und andere Bürger ständig über den neuesten Stand innerhalb des Brauereigeländes und veröffentlicht die von uns angebotenen Kulturveranstaltungs-Termine, die täglich reichhaltiger werden durch die solidarische Verhaltensweise vieler Musiker, Schauspieler, Sänger und anderen Künstlern,die, ohne Gage zu erhalten, auf dem von uns besetzten Gelände spielen. Bürger und Anwohner unterstützen uns mit Sach- und Geldspenden.



Bisher gab es noch keine Schwierigkeiten mit der Polizei oder den Besitzern. Wir wollen das Gebäude in jedem Fall mit friedlichen Mitteln erhalten, andererseits befürchten wir täglich eine Räumung durch die Polizei, wie sie in Gorleben heute stattfand. Es hat sich dort gezeigt, daß auch bei friedlichem Verhalten der Demonstranten es zu Ausschreitungen seitens der Polizei kommen kann. Wir verurteilen das Vorgehen der Beamten auf das Schärfste und hoffen, daß nicht mit gleichen Mitteln gegen die Adler-Brauerei Besetzer vorgegangen werden wird. *aus: Stadtzeitung - Volksblatt für Wuppertal*

Fabrikbesetzung in Hofheim

Hofheim 18. 6. 80

Seit Samstag, den 7. Juni 1980 halten 150 Jugendliche die Gebäude einer stillgelegten Fabrik in Hofheim/ Taunus besetzt. Sie wollen mit der Besetzung erreichen, daß verschiedenen verhängnisvollen Entwicklungen Einhalt geboten wird.

Es gibt in der Stadt, außer einem völlig überfüllten Jazzkeller keine Möglichkeiten, seine Freizeit unreglementiert und selbstbestimmt zu verbringen.

Nicht nur für die Jugendlichen, sondern für alle Bürger fehlt es an Kommunikatinsstätten/Kulturzentren/Treffpunkten. Während die Stadt bereit ist, binnen Monatsfristen. Eislaufhallen und dergleichen durchzusetzen, hat sie es in 10 Jahren nicht geschafft (gewollt!!), das seit 1970 (!!!!) diskutierte Jugendzentrum einzurichten.

Ein stattdessen beschlossenes "Haus der Jugend" lehnen die Besetzer ab, da es eher volkshochschulähnlichen und vereinsmässigen Charakter hat und seine Benutzung stark reglementiert sein wird.

Die Taunusstadt Hofheim liegt in erreichbarer Entfernung der Ballungszentren Frankfurt und Wiesbaden. Dort ist eine weitere Bebauung aus Kostengründen und Raummangel kaum möglich. Hier sind dagegen noch viele Freiflächen vorhanden die kurz vor ihrer Bebauung, durch kommerzielle Freizeiteinrichtungen (Tenniszentren,Eislaufhalle, Sporthalle -- alles in Länderspieldimensionen) und anderen Bauvorhaben stehen. Gleichzeitig werden in Hofheim umfangreiche Strassenneubauten, Strassenverbreiterungen und -begradigungen durchgeführt, und verkehrsmäßig angeschlossen, damit diese "Freizeiteinrichtungen" mit dem PKW bequem zu erreichen sind. Dabei ist die jetzige Verkehrssituation schon katastrophal.

Als katastrophal ist auch die Freizeitsituation der Hofheimer Jugendlichen zu bezeichnen. Unter Freizeitgestaltung verstehen wir nicht jene oben genannten Sportstätten, deren Benutzung nur von Minderheiten zu bezahlen und die von vornherein auf den Besuch Frankfurter und Wiesbadener Großstädter zugeschnitten ist.

Vor einigen Monaten wurde bekannt, daß auf dem dreifach geschützten Naturschutzgebiet Lorsbachtal (Naturpark Hochtaunus, Landschaftsschutzgebiet, regionaler Grünzug) auf dem Gelände einer ehemaligen Fabrik ein Tennispark

mit Halle , Parkpätzen , Wegen und einer Betonbrücke errichtet werden soll. Die Folgen, Betonversiegelung durch Tennishalle, u.ä.; Veränderung des Kleinklimas, Veränderung und der gewachsenen Landschaft und Zerstörung der klimaregulierenden Funktion des Grünzuges , sind bekannt, Folgen übrigens, die das gesamte Untermaingebiet beträfen. Ebenso verschärfen sich die ungelösten Verkehrsprobleme durch an- und abfahrende Tennisspieler. Dies wurde von der örtlichen Umweltschutzgruppe mittels Flugblättern, Unterschriftenaktionen und Anzeigen publik gemacht, was die schwarze Rathausmehrheit aber nicht hinderte, am Mittwoch, den 11. 6. 80 , trotz massiven Protesten seitens der Naturschutzverbände, Anliegern und 1200 Bürgern den Bau der Tennisanlagen zu beschliessen.

Deshalb besetzten wir am darauffolgenden Samstag, die auf dem Baugelände befindlichen leerstenden Fabrikgebäude. Wir sind derzeitig ca. 50 ständige Besetzer. Nachmittags und am Abend vergrössert sich die Zahl aber auf etwa 1oo -150, da viele Jugendliche merken, wie gut man hier seine Freizeit verbringen kann. Es werden immer mehr.

Inzwischen sind Küche , Schlafstellen, Infostände, Fahrradschuppen und ein Plumpsklo eingerichtet. Wir lassen uns hier häuslich nieder und bereiten uns auf eine längere Besetzung vor. Außerdem läuft in der Stadt eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit mit Plakaten, Flugblättern und Infoständen an.

Mit der Einrichtung eines Teils der Gebäude als Kultur- und Kommunikationszentrum wird gerade begonnen. Die bestehenden 4 Gebäude sind für Aktivitäten aller Art unheimlich gut geeignet. Die nächsten Anlieger wohnen mehrere hundert Meter entfernt und werden vom Lärm nicht gestört. Der Ort kann gut zu Fuß oder mit dem Velo erreicht werden.

Aus diesen Gründen stellen wir folgende Forderungen:

1. Keine weitere Bebauung des Lorsbachtales !

2. Ankauf des Fabrikgeländes durch die Stadt !

3. Nutzung der bestehenden Gebäude als selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum für alle Bürger !

P.S. Für Samstag den 21. Juni ist eine Fahrraddemonstration nebst Musik- und Theatergruppen geplant.

Kontaktadresse:
Matthias Schnabel
Niederhofheimerstraße 26
6238 Hofheim



"KRONE KAPUTT, KOMMUNIKATIONSZENTRUM KAPUTT – DOKUMENTATION FERTIG !"

Hanau, 13. Juni 1980

Vielleicht habt ihr schon von der "Krone" Besetzung in Hanau - Mittelbuchen gehört. Hier jedenfalls nochmal ein Bericht dazu :

Vom 1. 2. bis 22. 3. hatten wir in Mittelbuchen (20 km von Frankfurt) die Krone - eine Kneipe mit großem Veranstaltungssaal - besetzt.

Wir, das sind ca. 100 bis 2oo Leute aus Hanau und Umgebung, hauptsächlich Arbeiter, Lehrlinge und Schüler, sowie einige Arbeitslose und Studenten, zwischen 16 und 40. Mittelbuchen ist ein Dorf vor Hanau.

Die Vorgeschichte

Die "Krone" stand dort seit gut 300 Jahren, und passte mit ihren Fachwerk und Backsteinfassaden gut in den Ortskern. Innendrin war sie ein Treffpunkt und Kommunikationszentrum der Dorfbevölkerung - ein Sozialzentrum für das Vereinsleben und das Dorfleben überhaupt. Zum Teil zerstört, wurde sie nach dem Krieg von den Dorfbewohnern in Selbsthilfe wiederhergestellt.

Seit 1979 wurde sie von einem Kollektiv gepachtet und weiterbetrieben. Das sonst übliche - der Rückzug der "Normalbevölkerung" fand nicht statt. Es liefen Veranstaltungen, von Karnickelausstellungen über Vereins - und Schulfeste, sowie Rockgruppen, bis hin zum Polittheater. Darüber hinaus entwickelte sich die Kneipe zu einem Zentrum für Alte und Junge aus dem Dorf und Umgebung.

Etwas Vergleichbares gab und gibt es im ganzen Kreis nicht, schon gar nicht unterstützt durch Kreis und Stadtverwaltungen.
Die "Krone" wäre schon fast ein Stück "heile Welt" gewesen - aber die politischen Verhältnisse in unserem Land holen uns immer wieder ein.
Auch in Hanau gibt es welche, die das Geld und die Macht und daher auch das "Recht" haben: über M. Woythal (ehemaliger SPD-Landrat) kaufte Axel Rosbach - City Märkte KG (Besitzer von HL, Bon und Pennymärkten - den Supermarktbetonklötzen) die "Krone" um sie abreissen und ein grosses Geschäftszentrum errichten zu lassen. Der SPD-Baudezernent gab die Genehmigung und H. Martin (SPD- Oberbürgerbescheißer) übernahm die politische Vertretung des Projektes und der Zerstörung des Kulturzentrums in der Öffentlichkeit.

Die Besetzung

Die Auseinandersetzungen, bei denen von uns nur " legale Mittel" angewandt wurden, waren erfolglos, wir wollten uns dieses Zentrum jedoch nicht so einfach nehmen lassen und so beschlossen wir, die "1. Kneipenbesetzung in der BRD" zu wagen; am 1. 2. 80 gings los:
Mit ca 100 Leuten gingen wir in die "Krone" und stellten sie allen Interessierten wieder zur Verfügung, nachdem sie am 31. 1. geschlossen worden war. Es sollte aber (wieder) mehr draus werden als nur eine "Kneipe". Es gibt nämlich in der ganzen Umgebung keine Möglichkeit, wo Gegenkultur und politische Aktivitäten von Basisinitiativen ausgelebt und angegangen werden können.

So wohnten dann in der folgenden Zeit ca. 20 - 40 Leute dort, viele übernachteten da auch für ein paar Tage. Fast täglich gab es Veranstaltungen: Polittheater, Musikgruppen Workshops, Filme, Informationsveranstaltungen, u.a. zu Fantasia Prozeß, Rudolf Raabe, zur Folter etc. -wir machten selbst Musik und Feste, und viele Gruppen (u.a. Vereine, die Grünen, Stadtschülerrat).

Das Leben in der "Krone", die Veranstaltungen, die Renovierung und die ganzen damit verbundenen Arbeiten erledigten wir gemeinsam; alle konnten und SOLLTEN sich beteiligen. Wir versuchten unsere Idealvorstellungen vom Zusammenarbeiten und Zusammenleben in die Praxis umzusetzen. Bei Vollversammlungen konnten alle gleichberechtigt mitmachen , wir machten keine Abstimmungen, und versuchten Probleme solange zu besprechen, bis wir die beste Lösung gefunden hatten, ohne Minderheiten zu unterdrükken. "Persönliche Probleme" wurden als Problemen von uns allen begriffen, mit denen wir uns gemeinsam auseinandersetzten.

Unseren Spruch "Liebe, Freiheit, Fantasie" versuchten wir zu unserer Praxis zu machen.

Es gab verdammt viele Schwierigkeiten unter uns, bei unseren Versuchen "neue" Lebens- und Arbeitsformen umzusetzen. Auch wurde immer klarer, daß wir den Abriß nicht verhindern konnten.

Die Räumung

Am 27. 3. 80 war es dann soweit. Wir hatten vorher ausgemacht, nur gewaltfreien Widerstand zu leisten, da wir für anderes zu wenig Leute waren.
Mit einem brutalen Polizeieinsatz wurde der Herrschaft des Kapitals wieder Geltung verschafft; sie holten uns raus und eine Abbruchfirma legte die Arbeit von 2 Monaten innerhalb von 2 Stunden in Schutt und Asche, Das zu sehen war schon ganz schön hart und wir konnten vor Wut nur noch heulen. 25 von uns wurden vorübergehend festgenommen.

Und danach

Aber wir machen weiter und weiter. Noch am selben Tag besetzten wir das Hanauer Rathaus, für ein paar Stunden . Wie aus gutinformierten Kreisen verlautetr, wurden in der nächsten Zeit eine Reihe "original Kronesteine" per "Luftpost" an Supermärkte der gleichen Kette zugestellt, wie auch einer an Stelle der "Krone" entstehen soll. (Und dabei war unser Spruch : Jeder Stein der Abgerissenn wird, von uns zurückgeschmissen - der war doch nur symbolisch gemeint).

Unsere Dokumentation

Ein Ergebnis unserer Arbeit ist eine Dokumentation, die in 6 Wochen von ca. 30 Leuten hergestellt wurde. Wir haben uns dabei bemüht, so zu schreiben, daß auch Leute aus anderen Orten (besonders Besetzer und solche die es werden wollen) was damit anfangen können. Das wichtigste war für uns , unsere Erfahrungen mit Planung und Organisation des "Besetzeralltages" (Z.B. Wachen, Rufdienst, Räumung) weiterzugeben, und darzustellen, wie sehr das Haus auch ein Kommunikationszentrum war, und wie es für uns nun weitergeht.
"Die Krone - Dokumentation einer Besetzung" ist ca. 100 Seiten stark mit vielen Fotos und Zeichnungen und kostet 5,- DM.
BESTELLUNG: 5,- DM und 1,50 DM Porto einzahlen auf KTO. Nr. 144007271 (Stadtsparkasse Hanau)

Ausserdem gibt es über die Besetzung einen 45-minütigen *Videofilm,* den eine Gruppe von uns gedreht hat.

DIE HÄUSER KÖNNEN SIE UNS NOCH NEHMEN,
ABER NICHT UNSERE ERFAHRUNGEN MIT PLANUNG UND ORGANISATION VON HAUSBESETZUNGEN UND MIT DEM VERSUCH NEUE LEBENS-UND ARBEITSBEDINGUNGEN ZU VERWIRKLICHEN.
ERST RECHT NICHT, UNSEREN MUT WEITERZUMACHEN!

KONTAKTADRESSE:

Wir treffen uns jetzt im KOZ Hanau.
Alle Interessierten an dokumentarischem Material, am Film und Erfahrungsaustausch, können dort hinkommen- oder schreiben:

KOZ - Hanau
Friedrich Ebert Anlage 4

6450 Hanau



MIT UNS IST KEIN STAAT ZU MACHEN — MIT UNS IST DIESE STADT NICHT ZU MACHEN

Frankfurt, 18. Juni 1980

Am Freitag, den 3.6.80 haben wir die Siesmayerstraße 4 besetzt, weil wir es für wichtig halten, hier in Frankfurt ein politisches Zentrum zu schaffen, und wir der Wohnraumzerstörung entgegentreten wollen.

Die Siesmayerstr. 4 steht seit 1974 leer und ist schon seit Jahren Spekulationsobjekt. Das Haus wurde in der Absicht gekauft, Wohnraum zu zerstören, um stattdessen ein elfgeschossiges Bürohochhaus zu errichten. Der Häuserkampf in den Jahren 72 - 74 der sich an Wohn- und Stadtzerstörungspolitik entzündete, kam den Spekulanten gerade noch in die Quere. Außerdem wurde das Haus kurze Zeit später unter Denkmalsschutz gestellt.

Der Zeitpunkt für die Besetzung wurde bewußt zum 16/17. Juni gewählt, da uns der Rummel von RgR (Rock gegen Rechts) -- dessen Antifaschismus ausschließlich auf Neonazis abfährt — zu wenig erscheint. Unser antifaschistischer Widerstand hört nicht bei den Neonazis auf, sondern beginnt bei der Repression, die wir tagtäglich erfahren, wie z.b. Wohnraumzerstörung, AKWs, Umweltscheiße, Knast.

Für uns war die Hausbesetzung ein praktischer und exemplarischer Schritt zur Zurückgewinnung unserer Handlungsfähigkeit, die neben der Schaffung eines Zentrums auch das Ziel hat, unsere Lebensformen, wie z.b. Wohngemeinschaften zu verwirklichen.

Bis jetzt ist noch keine Räumung abzusehen, da die Eigentümer sich noch nicht zur Besetzung verhalten haben und unser Polizeiapparat eine Konfrontation mit den „Massen" von Rock gegen Rechts nicht provozieren wollte und 'Freiburger Verhältnisse' (laut Einsatzleiter) vermieden werden sollte.
In den letzten Tagen fanden im Haus Diskussionsgruppen statt, z.b. welche Gruppen sich im Zentrum einbringen sollen, wie das Zusammenleben organisiert werden soll — Instandbesetzung und ähnliches.

Wir verlangen von den Hausbesitzern, bzw. der Stadt die Gelder uns zur Verfügung zu stellen, die zur Wiederbewohnbarmachung des Hauses notwendig sind.
Wir verlangen Nutzungsverträge für alle leerstehenden Häuser an Wohnungssuchende (es gibt allein in Frankfurt ca. 40 000 registrierte Wohnungssuchende).

Da wir einen großen Garten haben, finden verschiedene Feste und Veranstaltungen statt. Kommt vorbei und informiert euch. Ab nächster Woche ist die Teestube täglich geöffnet.

Spenden zur Instandbesetzung:

Stadtsparkasse Ffm 10 50 16398 (Horst Schütze)

Bernd und Bertha Setzer

Letzte Meldung: Noch in der lay-out-nacht wurde nach einem Scheinangriff gegen drei Uhr morgens nach einem zweiten Überfall die Siesmeyer 4 gegen sechs Uhr geräumt und alle Bewohner verhaftet.

Anmerkung der Redaktion:
Als die Hausbesetzer die Siesmayer besetzten, machten sie im Keller des Hauses eine brisante Entdeckung: Eine schon vor Jahren ausgezogene Firma hatte im Keller eine Giftmülldeponie eingerichtet, in dem sie dort hochgiftige chemische Substanzen ablagerte, und diese bei ihrem Auszug "vergaß". Weder die Verantwortlichen der Firma, gegen die inzwischen Anzeige erstattet wurde, noch die Hausbesitzer kümmerten sich darum.

Erst die Hausbesetzer veranlaßten die Feuerwehr, die giftigen Fässer, die in Verbindung mit Wasser hochgiftige Dämpfe entwickeln können, abzutransportieren.

Die Zweckentfremdung von Wohnraum durch Spekulanten hat hier einen neuen, perversen Höhepunkt gefunden. Es wäre interessant zu wissen, ob nicht in anderen Häusern, die leerstehen weitere Deponien — vielleicht sogar ein "Entsorgungspark" für radioaktive Abfälle zu finden sind. Dies nachzuprüfen, dürfte bei 40 000 Wohnungssuchenden in Frankfurt nicht allzu schwierig sein...

Don Camillo/ID

RUHM,MACHT,LIEBE –

EIN EROTISCHES KLIMA

Frankfurt 17.Juni 80 Einen Sachschaden von über 100.000 DM richteten während der Rock-gegen-Rechts-Kundgebung in Frankfurt „ politisch orientierungslose" (Frankfurter Rundschau v. 18.6.),„Politrocker",Punkies und andere an.

Sie zogen, teilweise behelmt und mit Stangen und Schlagstöcken ausgerüstet, durch die Innenstadt, demolierten Fensterscheiben von Banken und Geschäften und räumten einige aus. Sogar vor Dr. Müllers Sex-shop an der Hauptwache machten sie nicht halt. Anscheinend hatte die „Elite", von Ruhm, Macht und Liebe gepackt, der Verführung nicht mehr standhalten können.

Nun gut, wenn es nur dazu dient, ein erotisches Klima zu schaffen...

Don Camillo/ID







Fotos S. 15–17: Don Camillo/ID

UND NOCH EIN HAUS BESETZT

(ich werd noch wahnsinnig- d. setzer)

Frankfurt, 18. 6. 80

Die Jugendinitiative Ginnheim hat am 4. Juni 80 das Haus Ginnheimer Landstraße 174 besetzt.

Sie nahmen die Gelegenheit wahr, um die Öffentlichkeit hiermit auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, und um den Erhalt diese schönen und völlig intakten Hauses zu sichern.

Die Jugendinitiative Ginnheim besteht seit 1973 und versucht seit 5 Jahren geeignete Räumlichkeiten für eine positive Jugendarbeit zu finden. Sie hat zur Zeit einen Raum im Bürgerhaus Ginnheim, den sie nur Mittwochs und Donnerstags betreten dürfen. An anderen Tagen sind sie gezwungen sich in Kneipen und auf der Straße zu treffen, da kein weiterer Treffpunkt für Jugendliche in Ginnheim vorhanden ist. Die Initiativen der Jugendlichen scheitern oft daran, daß eine Kontinuität der Veranstaltungen durch die Mittwochs- und Donnerstag streffs nicht gewährleistet ist.

Uns wurde von der Ginnheimer Bevölkerung Unterstützung entgegengebracht. Haustrauen bekunden ihr Mitgefühl, indem sie uns morgens mit Brötchen, Butter und Marmelade versorgen, andere halfen uns aufopfernd bei der Herrichtung des Hauses.

Bis jetzt sind die für uns so wichtigen Hilfen vom städtischen Institutionen in deren Bürokratie und im auf Wählerfang angelegten Parteienkampf steckengeblieben. Dennoch konnten wir die drohende Katastrophe in Form einer polizeilichen Räumung verhindern.Diesen Erfolg führen wir auf unsere betont friedlichen Aktionen zurück, was wir hier noch einmal betonen möchten.

Die Besetzung war für uns ein Weg, um der Öffentlichkeit und den Behörden zu zeigen, in welcherMisere sich die Jugendlichen in Ginnheim befinden. Nicht zuletzt klagen wir die Herren Preisler und Herskovits an, an dem Verfall alterer, aber noch schöner und intakter fördernd mitzuwirken, um sie anschließend abreissen zu lassen und gewaltige Turmbauten an deren Stelle zu errichten.

Letzte Flecke der Idylle werden mit Hilfe von Bürokraten in das überhandnehmende Grau dieser Stadt umgewandelt.

Wir, die Jugeninitiative Ginnheim, bemühen uns schon seit Jahren um die Errichtung eines Jugendhauses in Ginnheim. Immer wieder wurden wir vertröstet und beruhigt mit der Aussage:"Zeigt uns geeignete Räumlichkeiten, Wir werden das dann schon machen". Wir fanden durch das Haus nun geeignete Räumlichkeitenund haben es den Parteien und Behörden gezeigt, ——bis jetzt ohne Erfolg.

Unterstützt uns in der Erhaltung des Jugendhauses Ginnheimer Landstrasse 174, in dem ihr Briefe an **Herrn Drageser, Dezernent für Jugend und Soziales, Berliner Straße 33, 6000 Frankfurt 1**, und an die Zeitungen sendet, wir wären euch dankbar wenn Ihr uns eine Kopie Eurer Schreiben zusenden würdet.

Vergesst bitte nich die Dringlichkeit unseres Anliegens, weil uns durch den zivilgerechtlichen Entscheid eine Räumung bevorsteht.

Ihr könnt uns ausserdem durch Spenden auf das Konto 139 oo 95 18 bei der Stadtsparkasse Ffm und mit Sachspenden jeglicher Art helfen.

Kontakt:
Jugendinitiative Ginnheim
Ginnheimer Landstrasse 174
6000 Frankfurt 1

Prozeß gegen Brigitte Heinrich:

CHRONIQUE SCANDALEUSE, III. AKT DEUTSCHE BOTSCHAFT IN TEHERAN BEFÜRCHTET BESETZUNG

Frankfurt, Karlsruhe, Juni 80

1. Illegaler Waffentransport (fünf Tretminen über die grüne Grenze bei Rafz von der Schweiz in die BRD) und 2. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (Weitergabe der Minen an die ‚RAF-Nachfolgeorganisation 4.2.') sind die Anklagepunkte gegen Brigitte Heinrich. Der Prozeß, in dem Beweise für diese Vorwürfe vorgelegt werden sollen, geht mittlerweile in den neunten Monat: absoluter Weltrekord bei der Suche nach der Wahrheit in Prozessen mit ähnlichen Anklagepunkten.

Gründliche ID-Leser werden sich erinnern (siehe ID Nr. 305, 306, 308, 309, 310, 324, 325):

Die ‚Beweiserhebung' zum ersten Anklagepunkt gipfelte in der Verhaftung von Peter Egloff. Er war der einzige Tatzeuge, der bereit war, zum Tathergang auszusagen, und er wurde trotz Zusage ‚freien Geleits' verhaftet, weil seine für Brigitte Heinrich entlastende Aussage laut Staatsanwalt eine Falschaussage gewesen sei.

Die zum zweiten Punkt gehörten Zeugen entlasteten Brigitte ebenfalls.

Seit unserem letzten Bericht im ID Nr. 326, Ende März, schleppte sich der Prozeß zu neuen Höhepunkten:

1. Urs Städeli, der neben Egloff und von Arb an dem Waffentransport beteiligt gewesen sein soll und der als einziger von den dreien laut Vernehmungsprotokollen von 1975 Brigitte Heinrich als Täterin belastet hatte, hat nun in der Schweiz als Zeuge ausgesagt: „Ich fühlte mich einfach mit der Verhaftung meiner schwangeren Frau unter Druck gesetzt Es fielen auch Bemerkungen, wenn ich nicht aussagen würde, meine Frau in Haft bleiben würde."

Er habe damals „ein bißchen Durcheinander" gemacht und „die Sachen verwechselt." Es wurde deutlich, daß es ihm damals darum ging, daß seine Frau freigelassen werde, die hochschwanger war und daß er, nachdem er sich einmal bereit erklärt hatte, auszusagen, die Sache möglichst schnell hinter sich bringen wollte. Konkret zu dem Komplex der Beschuldigung gegen Brigitte Heinrich konnte er sich an nichts erinnern, auch nicht daran, daß ihm ein Bild von Brigitte vorgelegt worden sein soll, auf dem er sie identifiziert habe.

2. Nach Veröffentlichung der Machenschaften des Verfassungsschutzes gegen Brigitte im STERN vom 19.3.80 wurde die dort zitierte Akte nun im Prozeß durch das Bundesamt für Verfassungsschutz vorgelegt. Sie ergab nichts neues — außer, daß daraus ersichtlich ist, daß Brigitte Heinrich auch abgehört wurde.

In einer Zusatzerklärung versichert der Präsident des V-Amtes, Meier, daß über den Brigitte vorgeworfenen Waffentransport bei seinem Amt keine Erkenntnisse vorliegen.

3. Staatsanwalt Ens hat nach acht Monaten ein ‚Protokoll' einer Einvernahme Peter Egloffs ‚entdeckt', in dem dieser auf Seite 5 dieses Papiers zu einer Landkarte erklärt haben soll: „Diese Eintragungen dienten mir vor allem der Auskunftgabe in Bezug auf den illegalen Grenzübertritt im Raume Rafz. Weitere Einzeichnungen betreffen unsere Transportwege zu Fuß oder per Fahrzeug und ein weiteres Signet an einer Walddecke auf deutschem Boden gibt einen Treffpunkt an, wo wir uns seinerzeit mit Brigitte Heinrich bei der Übernahme von Sprengmitteln zusammengefunden hatten."

Nur, ein Mangel dieses ‚Protokolls' ist, daß diese Seite 5 wie die anderen Seiten des mittleren Teils des 14seitigen Papiers im Gegensatz zu den ersten und letzten Seiten von Egloff nicht unterschrieben sind. Und einige sprachliche Veränderungen gegenüber dem restlichen Text deuten daraufhin, daß sich da noch jemand anders an der Abfassung der Aussage beteiligt haben muß. Redet Egloff in den anderen Teilen von „ich/wir haben" das oder das gemacht, so fährt im Anschluß an die oben zitierte Stelle die Erklärung urplötzlich mit einem „man wollte" fort, was auf der folgenden Seite sich wiederholt, dann aber nicht mehr auftaucht. Wie sich das aktive „ich" in „man" verwandelt, so redet er von „der Übernahme der Sprengmittel" (die Sprache der Anklageschrift gegen Brigitte) und nicht davon, was er dort gemacht haben soll, nämlich eine ‚Übergabe'. Und gehört das Wort „Signet" zum Wortschatz eines Schweizer Waldarbeiters? Die Bemerkung des ‚Protokollanten' auf S.6, auf die nachfolgenden Kartenblätter (zu denen Egloff die jeweiligen Erläuterungen abgab, d.V.) „wird in Zukunft nur noch im Telegrammstil eingegangen", könnte daraufhindeuten, daß für nachträgliche Erläuterungen Platz gespart werden mußte, um am Ende des Protokolls nicht mit dem authentischen unterschriebenen Schluß zu kollidieren.

4. Wird die Anhörung des persischen Zeugen Theherani zu einer außenpolitischen Affäre der Bundesrepublik?

Die Verteidigung beantragte, Theherani dafür zu hören, daß er mit Brigitte in die Schweiz gereist war, „um die Möglichkeit öffentlichkeitswirksamer Aktionen gegen den Schah" während seines Aufenthalts in der Schweiz zu erkunden, und nicht um irgendwelche Waffentransporte durchzuführen. Die deutsche Botschaft teilte am 29.4.80 noch mit, daß Theherani nach Rücksprache „zwar nicht zur Zeugenaussage in die Bundesrepublik reisen könne, jedoch bereit sei, Zeugenaussage in der hiesigen Botschaft zu machen. Also „könnte Botschaft Vernehmung durchführen, wenn ausführlicher Fragenkatalog... übermittelt würde."

Aber in einem Telex vom 20.5.80 — nach einem Monat ‚Denk'pause? — kommen der Botschaft dann Bedenken — und was für welche:

„Vorgeschlagenes Verfahren begegnet hier durchgreifenden Bedenken.

1. Durch regelmäßige Alarmtäne der Botschaftsbesetzer geschürte Spionagehysterie macht gemeinsame Einreise größerer Personengruppen verdächtig....

2. Würde Reisezweck bei Grenzkontrolle dissimuliert, könnte dies als beabsichtigter Eingriff in iranische Souveränität ausgelegt und zur Gefährdung beteiligter wie Botschaft führen. Völkerrechtliche Gegenargumente wären faktisch ohne Gewicht.

3. Gesteigertes Sicherheitsrisiko für Verfahrenbeteiligte wegen Querverbindung iranischer Linksextremisten (über Libyen) zu heimischer Terrorszene.

4. Möglichkeit einer durch Nacherzählung Khanababas (Theherani) entfachten Pressekampagne.

Da wegen Ausholung sicheren Geleits mit Anreise ausländischer Zeugen zu derartigen Strafverfahren nicht mehr zu rechnen, bleibt nur Möglichkeit nach para 15 Konsulargesetz..."

Und ein weiteres Telex vom 27.5. gipfelt in der Befürchtung, der deutschen Botschaft in Teheran könnte „in assoziationsbahn ‚spionagezentrale' " dasselbe passieren wie der amerikanischen, wenn dort der Zeuge vernommen würde:
„ – **mit der Bitte um Weisung** –

1. Bedenken gegen Teilnahme Verfahrensbeteiligter an Konsularvernehmung Khanababas werden nach Klarstellung gerichtlichen Ersuchens nicht nur in vollem Umfange aufrechterhalten, sondern nach erneuter Prüfung aufgrund Bezugs – der darüberhinaus auch auf die Opportunität einer konsularischen Vernehmung des Zeugen in Teheran als solcher bezogen.

Jede Beteiligung Khanababas an einem deutschen Terroristenprozeß via Botschaft Teheran würde diesem Gelegenheit geben, als trojanisches Pferd beliebiger inneniranischer Agitation , ‚Verhör" in den Räumen der Botschaft Publik zu machen, falsche Behauptungen über Gang der Untersuchung zu verbreiten und dadurch Botschaft in Assoziationsbahn „Spionagezentrale" etc. bringen, mit Folgen, für die es an einem Präzedenzfall nicht mangelt. Gewähr für Ausbleiben dieser Eventualität nicht gegeben, da radikal marksistische Prägung Khanababas bekannt und innenpolitische Ambitionen von ihm eingeräumt wurden.

2. Botschaft sieht sich aufgrund dieser Überlegungen außerstande, zwischen Strafverfolgungsinteresse in dem Justizverfahren und Schutz der Vertretung, der Sicherheit und des Lebens ihrer Bediensteten sowie Erhaltung ihrer Arbeitsmöglichkeit überhaupt im Rahmen Para 3 Abs. roem 2 kg Abwägung selbst vorzunehmen und prekäre Entscheidung zu tragen.

Botschaft erbittet daher ausdrückliche Weisung des auswärtigen Amtes, wenn Vernehmung bei derzeitiger innenpolitischer Konstellation unter Zurückstellung personalfürsorglicher und übergreifender außenpolitischer Bedenken hier durchgeführt werden soll. Ritzel"

5. Bleibt nur noch ein Teil der persönlichen Erklärung von Brigitte Heinrich vom letzten Verhandlungstag (28.5.) zu dokumentieren.

„Ja, und so geht dieser Prozeß jetzt in den neunten Monat. Man könnte meinen, das sei ein Mamut-Prozeß. Der erste Schmücker-Prozeß mit 6 Angeklagten dauerte nur 4 1/2 Monate – und daging es um Mord. Der Astrid-Proll-Prozeß dauerte auch 4 1/2 Monate – verhandelt wurde über 2fachen Mordversuch und 2 Banküberfälle. In Frankfurt wurde jetzt ein Prozeß um Transport und Aufbewahrung von 18 Koffern Waffen, Munition und Sprengstoff nach 3 Wochen rechtskräftig abgeschlossen. Sie könnten zwr einwenden, ich hätte ja gestehen können, dann wäre man eher fertig gewesen. Ich sehe aber nicht ein, daß ich ein falsches Geständnis machen soll, nur um mir diesen Prozeß vom Halse zu schaffen, einen Prozeß, wo ich langsam bei dem Wort die Gänsefüßchen schon mitdenke. Bei diesem Prozeß habe ich wesentlich mehr Zeit auf der Autobahn zugebracht als im Gerichtssaal. Während der letzten 4 1/2 Monate (vom 16.Januar bis gestern) wurden hier 7 1/4 Stunden verhandelt. Für diese 7 1/4 Stunden fanden 16 Verhandlungstage statt. Für diese 7 1/4 Stunden habe ich 4.800 km im Auto gesessen. Alaska wäre höher gewesen. Rechtsanwalt Heldmann mußte für jeden dieser Mini-Termine 1.200 km fahren. – Er bekommt als Pflichtverteidiger meiner Wahl die Fahrtkosten aber nicht erstattet, lediglich den Weg Darmstadt-Karlsruhe. D.h., er legt für jeden Termin hier drauf, ohne einen Pfennig verdient zu haben. Die Begründung: Heldmann habe seine Kanzlei während des Prozesses von Darmstadt nach Bremen verlegt. Es ist dem Gericht aber bekannt, daß diese Kanzlei schon vor Prozeßbeginn verlegt werden sollte und nur wegen dieses Prozesses bis Ende Dezember in Darmstadt blieb. Niemand konnte damit rechnen, daß der Prozeß länger als 3 Monate dauern würde.

Der letzte Verhandlungstag hat ganze 7 Minuten gedauert, für diese 7 Minuten haben meine Anwälte und ich 1.650 Autokilometer zurückgelegt.

7 Verhandlungstage fanden bis jetzt im Ausland statt, das waren 5 Reisen in die Schweiz und 2 nach Italien (Rom und Mailand). WIR, die Verteidigung, können nichts dazu, wenn Schweizer Beamte für MEINEN Prozeß nicht dienstlich in die BRD reisen dürfen (es gab ja Prozesse, ich weiß von einem, wo einer Dienstreise nichts im Wege stand). Wir haben es AUCH nicht zu vertreten, wenn ausländische Zeugen der Zusicherung freien Geleits nicht mehr trauen. Dieser Prozeß ist so für die Verteidigung und mich finanziell nicht mehr länger tragbar. Die 7 Auslandsreisen unternahm jeweils das gesamte Richtergremium, obwohl ein Richter genügt hätte. Zur Vernehmung nach Lübeck fuhr aber nur ein Richter. Jeder kann verstehen, daß eine Reise in den Süden – zudem eine Dienstreise – eine feine Sache ist; wenn aber zugleich dem Pflichtverteidiger meiner Wahl nicht mal die Fahrtkosten zu den Prozeßterminen erstattet werden, dann habe ICH den Eindruck, daß hier nicht nur SEHR EINSEITIG mit Geldern der Staatskasse umgegangen wird, sondern daß hier ein höchst elegantes Mittel gefunden wurde, die Verteidigung vom Prozeß fernzuhalten.

Betrachte ich mir das zusammen mit der Dehnung dieses Verfahrens zu einem quasi Mammut-Prozeß von Verhandlungstagen, die im Durchschnitt 27 Minuten dauern, dann kommt mir der Verdacht, daß Erwägungen, die Staatskasse müsse letztendlich mit den Kosten belastet werden, Erwägungen also, daß hier auch ein Freispruch rauskommen könnte, überhaupt keinen Raum haben – und daß, nachdem die bisherige Beweisaufnahme mit einiger Deutlichkeit gezeigt haben dürfte, daß das Gericht mit dieser ANKLAGE auf dem falschen Dampfer ist.

Prozeßkonto: Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse 1822, Kto.Nr. 336 812 43.
Kontakt: ASTA der UNI Frankfurt, Tel. 0611/77 75 75

I. Runde – Neues vom Richter Somoskeoy:
PROZESS GEGEN NKISHI WA MBULA

KÖLN 16. Juni *Am 22. Mai begann der Prozeß gegen Nkishi wa Mbula (s. auch ID 334). Die Anklage lautet: Mordversuch. Er soll am 23. August 1978 eine „Bombe" in der Toilette des Warschau-Paris-Expreß sowie im Wien-Oostende-Expreß deponiert haben. Mittlerweile sind 3 Verhandlungstage vorbei. Was heißt „Verhandlungstage"? Richter Somoskoey verhandelt nicht, Somoskoey bestimmt die Spielregeln in diesem makabren Theater. Leute vom Unterstützungsbüro für Nkishi schreiben über die ersten drei Verhandlungstage:*

Die von den Verteidigern von Nkishi am 1. Tag gestellte Besetzungsrüge, ein Antrag, der Somoskeoy und den übrigen Richtern ihre Zuständigkeit für dieses Verfahren aberkennt, wird nicht entschieden mit der Begründung, daß der Angeklagte ja in der Revisionsinstanz Verfahrensfehler geltend machen könnte.

Außerdem scheine der Antrag nicht begründet zu sein. Der daraufhin folgende Befangenheitsantrag von Nkishi wird am 2. Tag abgelehnt mit der Begründung, daß die vorgetragenen Gründe sich nicht auf Tatsachen, sondern sich auf von der Verteidigung und vom Angeklagten inszenierte Beschimpfungen in Presseartikeln (wie ID, Stadtrevue, Stern etc.) stützen. Nkishi hatte Artikel zitiert, die über die Verfahren gegen Beate Klarsfeld, Baha Targün und den Türkenprozeß berichteten, alles Verfahren, in denen Somoskeoy den Vorsitz hatte.

Somoskeoy, als Zusatz zur Ablehnung: „Immer der gleiche alte Käse. Die sollen sich doch mal was Neues einfallenlassen." Dann läßt Somoskeoy Dokumente verlesen (Stadtrevue, ID) die beweisen sollen, daß die Schreibhilfe der Verteidigung, die für das Unterstützungsbüro ihr Konto zur Verfügung gestellt hatte „ein-

geschleust ist, zur Propaganda und Bekämpfung des Prozesses."
Eine Erklärung der Anwalte dazu wird nicht akzeptiert.

"Sie können hier so viel erklären wie sie wollen. Sie haben sie nicht am Gängelband. Sie sitzen nicht ständig auf Ihren Verteidigungsunterlagen." Weiter führt er aus, daß es ja bekannt sei, daß in Verfahren mit „gesellschaftlich motivierten Tätern", die Inbalte der Verhandlungen nach außen getragen werden und zum Kampf gegen die deutschen Gerichte überhaupt benutzt werden. Er, Somoskeoy, wolle sich das noch überlegen bis zum nächsten Verhandlungstag, ob die Schreibhilfe für die Verteidigung weiter schreiben dürfe oder nicht.

Dann kam Nkishis Einlassung. Er erzählte, wie die Situation in Zaire aussieht. Daß das Mobutu-Regime nur deshalb noch bestehen kann, weil es ständig durch Geld, Waffen und Diplomatie vom Westen unterstützt wird. Das es in Zaire große Hungersnöte gibt und daß, wenn das Volk sich regt und aufbegehrt, westliche Söldnertruppen ins Land geholt werden, die fürchterliche Massaker an der Bevölkerung begehen.
Er erklärte, wie er mit anderen zusammen hier in der BRD versucht hat, durch Briefprotestaktionen auf die Zustände in seiner Heimat aufmerksam zu machen, wie Medien und Politiker darauf reagiert bzw. nicht reagiert haben.

Das sie sich dann, weil diese Art von Öffentlichkeitsarbeit keinen Erfolg hatte, überlegt haben, was sie noch tun könnten. So ist er mit einem anderen Zairer auf die Idee gekommen, Knallkörper zu bauen, die wie echte Bomben aussehen sollten, die dann mit Flugblättern versehen in Zügen in die Länder gesandt werden sollten, die das größte Interesse an der Erhaltung des Systems in Zaire haben, Belgien und Frankreich. Diese Knallkörper wurden dann mit Zündschnüren versehen, die angesteckt und dann sofort wieder ausgetreten werden sollten. Nikishi betonte ausdrücklich dabei, daß er ausgeschlossen hätte, das dabei jemand zu Schaden käme, da er eine Aktion, bei der Menschen gefährdet werden könnten, mit seiner Politik vom gewaltfreien Widerstand nicht vereinbaren könnte.

Diese „Bomben" sollten beim Grenzübergang durch die Zöllner entdeckt werden. Durch die Entdeckung würde dann, wie Nkishi meinte, soviel Wirbel entstehen, das dadurch die Presse gezwungen würde, nicht nur über das „Bombenattentat" zu berichten, sondern auch darüber, weshalb diese Aktion gemacht worden ist.
Daß dann doch in Köln ein Sprengkörper hochgegangen ist, kann er sich nicht erklären. Nach dem Plan, den er und der andere sich gemacht hatten, hätte das nicht passieren können.



Abschließend stellt er noch folgende Forderungen auf:
„Ich fordere im Namen aller Ermordeten und ihrer Hinterbliebenen:

1. die Schaffung eines Wiedergutmachungsfonds für alle Hinterbliebenen
2. die Einstellung jeglicher Unterstützung des korrupten und menschenfeindlichen Regimes in Zaire
3. den Rückzug aller ausländischer Söldner und Truppen sowie ähnlicher Institutionen in Zaire
4. die Einstellung jeglicher Invasion und Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Zaire und
5. die Freilassung aller zairischen politischen Gefangenen.

Nach der Erklärung von Nkishi war erstmal Schluß.
Am nächsten Verhandlungstag, dem 3.6.1980, verkündete Somoskeoy den Beschluß, daß die Schreibhilfe der Verteidigung nicht mehr mitschreiben dürfe, da es nicht auszuschließen sei, daß von ihr Informationen über den Prozeß an die Öffentlichkeit gelangen könnten, die dann dazu benützt würden, diesen Prozeß zu bekämpfen. Die Frage ist nur die, gehts eigentlich noch öffentlicher als öffentlich. Bei einer öffentlichen Verhandlung kann jeder mitschreiben und Informationen darüber weitergeben.

Somoskeoy versucht auch hier wieder die Verteidigung zu behindern und zu beschneiden. Er hatte sie schon öfters angeschossen, u.a. mit der Bemerkung, daß „sie zu eng mit dem Angeklagten zusammenarbeite". Sie (die Verteidigung) solle sich ihrer Stellung als Pflichtverteidiger bewußt werden. Die beiden sind Vertrauensanwälte und als Pflichtverteidiger beigeordnet worden.

Somoskeoy versucht damit indirekt den Anwälten zu unterstellen, daß sie die Öffentlichkeit gegen diesen Prozeß aufhetzen würden, um sich dadurch Gründe für weitere Befangenheitsanträge zu liefern. „Das solche Anträge zu erwarten sind, weiß man ja." Nach einer Pause verkündete Somoskeoy dann, daß das Gericht zu der Überzeugung gekommen sei, daß es die Erklärung bzw. Einlassung von Nkishi nicht zur Kenntnis nehmen könnte. Die Einlassung habe Nkishi von einem vorgefertigten Manuskript abgelesen und das sei nicht zulässig („nach Augenschein des Gerichts ist sein Finger von Zeile zu Zeile gegangen"). Er hätte nur an einigen Stellen frei geredet und diese Stellen seien „nach Prüfung durch das Gericht identisch mit dem Manuskript."

Danach unterbrach er die Sitzung mit dem Angebot, daß sich ja der Angeklagte bis zum nächsten Mal überlegen kann, ob er sich nun einlassen will oder nicht. Er dürfe sich dazu auch ruhig Notizen machen wie "Mobutu", Zaire, "Shaba", "Leopold" usw., aber nicht ablesen.

Die nächsten Prozeßtermine: 19. 23., 25., 27. Juni; 1. und 3. Juli, dann Prozeßpause bis Anfang August.

Kontakt: Unterstützungsbüro Nkishi wa Mbula (Zaire), c/o Tageszeitung, Alsenstr. 30, 4630 Bochum 1

"Mobutu, der starke Mann, mit Sonnenbrille nach seinem ersten Staatsstreich 1960. Der Vorwurf, schuld an Lumumbas Tod zu sein, verfolgt ihn weiterhin."
Sunday Times Magazine, 27. Februar 1972



Die „Verhaftung" in Amsterdam



" ... DASS MAN DAS SYSTEM AN DEM PUNKT ANGREIFEN MUSS, WO ES SEINE LEGITIMATION HERHOLT"

Düsseldorf, 13. Juni 80

Am 12. Juni fand im Prozeß gegen Gert Schneider und Christof Wackernagel, beide Gefangene aus der RAF, die Zeugenvernehmung von Angelika Speitel, ebenfalls RAF-Gefangene, statt. Außerdem verlasen Gert und Christof eine Erklärung zur Sache, zur Politik der RAF.
Zur Vorgeschichte:
Am 10.11.77 wurden Gert und Christof in Amsterdam in einer

Verhaftungssituation in Dortmund heran: wäre es ihr auf Tötung angekommen, so hätte sie den Polizisten die Granaten wohl eher vor die Füße gedonnert anstatt sie ihnen zu übergeben. Christof stellte dazu fest, der Staat projiziere seine eigenen Methoden auf die RAF.

Bevor Angelika entlassen wird, brabbelt der Richter, daß sie unvereidigt bliebe nach Paragraph Soundso. Es bestehe gegen sie der Verdacht der Beteiligung am vorliegenden Fall. Christof grinst: Straftatbestand Telefonieren.

Während Angelika abgeführt wird, ruft ihr eine Frau aus dem Zuschauerraum Grüße zu. Sofort stemmen ihre zwei Begleiterinnen sie hoch und stürzen mit ihr raus. Damit Angelika bloß kein Wort hört, daß sie Freunde hat draußen und Genossinnen ...

Nun folgte die Erklärung von Christof und Gert. Christof schickte voraus, daß sie nur für sich sprechen können, da es im Moment wegen der Haftbedingungen keine kollektiven Strukturen unter den Gefangenen gibt, daß die drei Teile der Erklärung noch nicht mal von ihnen beiden zusammen geschrieben werden konnten.
Ich versuche im folgenden, aus der über hundert Seiten umfassenden Erklärung die Thesen wiederzugeben (nach meiner eigenen Niederschrift, M.), in denen Guerilla-Politik aktuell bestimmt wird, und zum Streit zwischen Guerilla und der Linken allgemein Stellung bezogen wird.

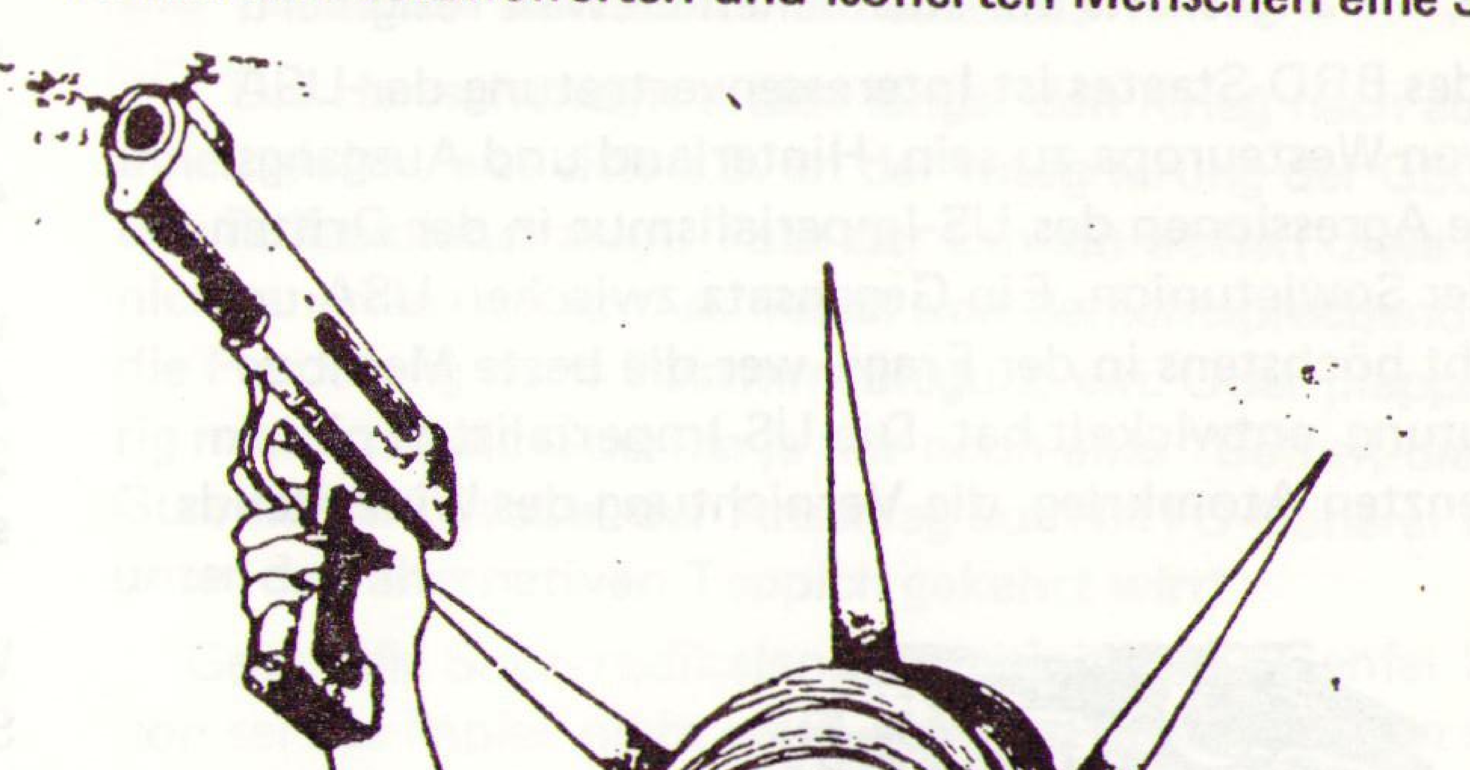
I ZUR FRAGE DER GEWALT
RAF-Politik im Knast?

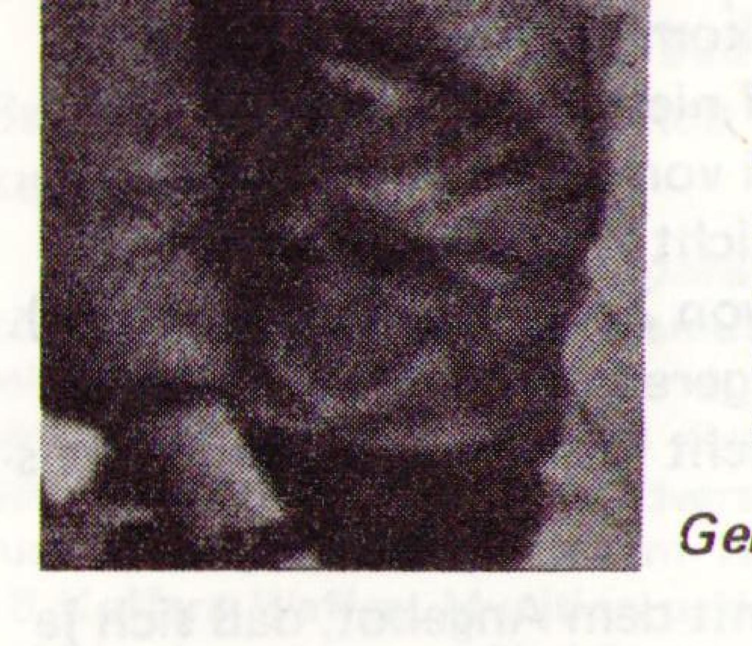
"Sprache der Guerilla ist die Aktion. Den Gefangenen aus der Guerilla ist die Aktion verwehrt, sie haben die Aufgabe, eine theoretische Arbeit zu leisten. Darum geht es in ihrer Erklärung, nicht um irgendwelche "Geständnisse". Auch geht es ihnen nicht um endgültige Wahrheiten, die es nicht gibt. Die Diskussion hört nie auf. Im Knast allerdings wird Diskussion

(was eher 'ne Erfindung von Herrn Faßbinder ist/M) sei "Mord und Totschlag", sie habe "keine gesellschaftspolitischen Ziele" mehr. Daß die RAF für eine kommunistische Gesellschaft kämpft, sich selbst als den kleinen Motor versteht, der den großen in Gang setzt, davon ist keine Rede. Auch die RAF als Fünfte Kolonne der Dritten Welt zu bezeichnen ist Quatsch, sondern sie begreift den Imperialismus als einheitliches System, dem ein einheitlicher und weltweiter Kampf entgegengesetzt werden muß".

Ziele der Herrschenden – Ziele der RAF

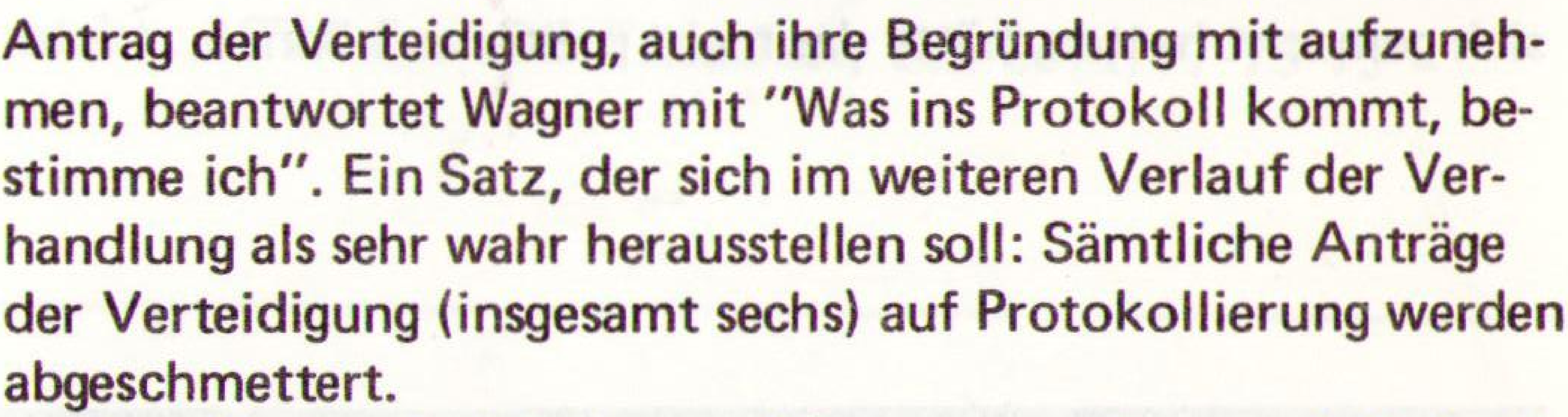
Ziel der Herrschenden, hier der SPD-Clique, ist die Verfügungsgewalt über den Menschen. Z.B. über die Frauen, denen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper verweigert wird, damit sich in den 90iger Jahren die Kasernen nicht leeren. Daher jammern sie auch über die sogenannte Staatsverdrossenheit, die nur bedeutet, daß die Verschleierungsmechanismen teilweise nicht mehr funktionieren. Die Herrschenden versuchen, jede ursprünglich antistaatliche Praxis zu usurpieren. Zuerst schaffen sie ein System der Vereinzelung und Konkurrenz, ob am Arbeitsplatz oder im Wohngebiet. Dann bieten sie den z.T. verzweifelten und isolierten Menschen eine Schein-





Telefonzelle von Spezialeinheiten holländischer und Bundeskriminalamts-Polizisten umzingelt und sofort das Feuer gegen sie eröffnet. Insgesamt wurden 36 Schüsse auf die beiden abgefeuert. Christof und Gert wehrten sich, Angklage lautet auf Mordversuch (siehe auch ID Nr. 333). Der größere Zusammenhang der Anklage ist die angebliche Beteiligung der beiden an der Entführung Schleyers 1977.*

Gert



Christof

Wessen Mordversuch? Angelika Speitels Aussage

Der Gerichtssaal bzw. -bunker in der Tannenstraße war gerammelt voll und heiß. Man mußte fast befürchten, daß Richter Wagner eine Herzattacke erleiden könnte wie kürzlich sein Kollege im Keppel-Prozeß.
Stattdessen ließ er Angelika Speitel vorführen und wollte mit den Angaben zur Person beginnen. Sie fiel ihm ins Wort: "Sie sind jetzt mal ruhig, ich will erst meine Unterlagen haben". Eine kleine Schikane am Rande, man hatte ihr die Unterlagen verweigert, die sie zur Aussage brauchte. Der Richter ließ einen Grünen los, (dies ist wahrscheinlich keine Angabe über Parteizugehörigkeit, ID) um die Mappe zu holen. Zwar dürfen Prozeßunterlagen von Polizisten nicht angerührt werden, aber wer wollte sich an so'ner Lappalie stören. Außerdem versicherte der Richter, daß es dem Polizeibeamten streng untersagt sei, Einsicht zu nehmen. Na also ...

Als Angelika dann auf die Fragen zur Person nicht, wie sich's gehört, mit ja und nein antwortete, sondern: "Das wissen Sie doch selbst", drohte ihr der Richter mit Rausschmiß.

Angelika erklärte sich bereit, auf Fragen der Verteidigung zu antworten. Fragen des Richters ließ sie rechts liegen. Der Bundesanwaltschaft (BAW), die gegen sie ein faschistisches Urteil gefällt habe, in dem ihr "Selbstsucht und gnadenlose Gesinnung" bescheinigt wird, habe sie nichts zu sagen. Der Richter läßt eifrig ihre Weigerung ins Protokoll aufnehmen. Den Antrag der Verteidigung, auch ihre Begründung mit aufzunehmen, beantwortet Wagner mit "Was ins Protokoll kommt, bestimme ich". Ein Satz, der sich im weiteren Verlauf der Verhandlung als sehr wahr herausstellen soll: Sämtliche Anträge der Verteidigung (insgesamt sechs) auf Protokollierung werden abgeschmettert.

Angelika beschrieb dann auf Fragen von Gert und Christof, wie sie am anderen Ende der Telefonleitung die "Verhaftung" mitbekommen hat: Ihr Dreiergespräch wurde plötzlich unterbrochen durch eine Geräuschfolge, die sie zunächst nicht als Schüsse erkannte. Erst beim zweiten Angriff der Polizei identifizierte sie das Geräusch als monotone Schußfolge. Dann hörte sie einen explosionsartigen Knall (das war die Handgranate, mit der sich Gert und Christof jetzt wehrten), eine Weile Stille, dann setzten wieder die Schüsse ein. In der darauf folgenden Stille näherten sich Schritte der Telefonzelle und sie hängte ein, vor Augen das Bild eines Massakers.

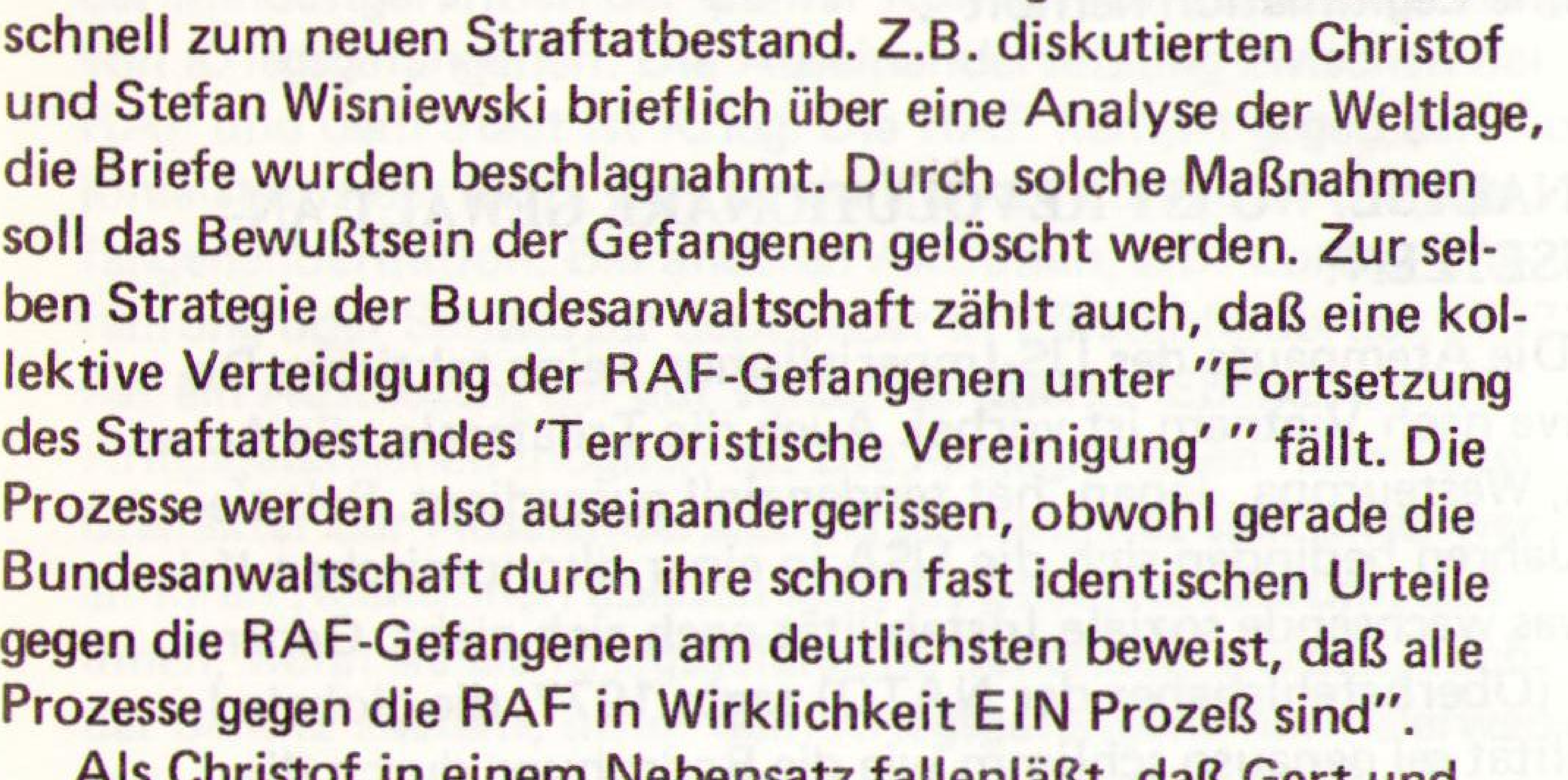
Angelika hat kein "Hände hoch" gehört, was die Polizisten vorher gerufen haben wollen, sondern das Gespräch wurde von Schüssen unterbrochen. Der Antrag, diesen Satz ins Protokoll aufzunehmen, wird, was wir schon ahnten, abgelehnt.

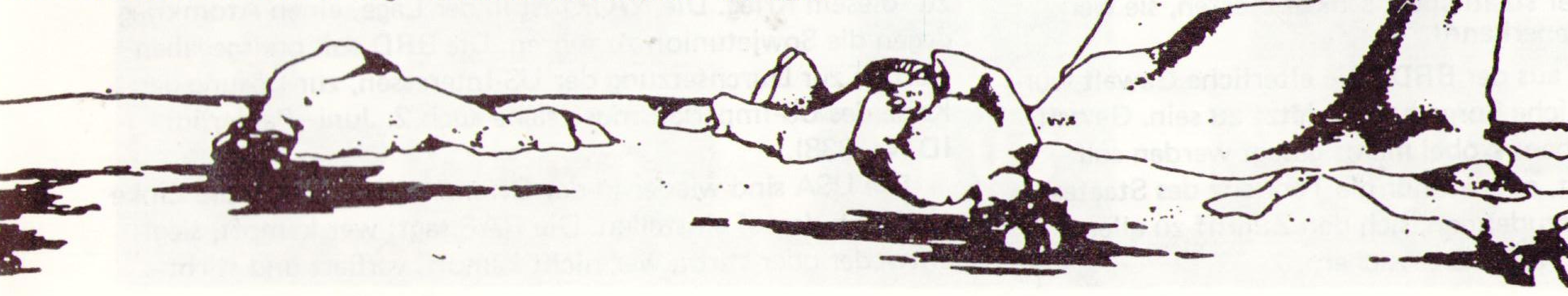
Dann sagte Angelika was zu dem Anklagepunkt "Mordversuch". Es gehe niemals darum, Polizisten umzulegen, sondern sie kampfunfähig zu machen, um sich einer drohenden Festnahme zu entziehen. Mit dem Antrag auf Protokollierung wird verfahren wie oben geschildert. Als Beispiel zog sie ihre eigene schnell zum neuen Straftatbestand. Z.B. diskutierten Christof und Stefan Wisniewski brieflich über eine Analyse der Weltlage, die Briefe wurden beschlagnahmt. Durch solche Maßnahmen soll das Bewußtsein der Gefangenen gelöscht werden. Zur selben Strategie der Bundesanwaltschaft zählt auch, daß eine kollektive Verteidigung der RAF-Gefangenen unter "Fortsetzung des Straftatbestandes 'Terroristische Vereinigung' " fällt. Die Prozesse werden also auseinandergerissen, obwohl gerade die Bundesanwaltschaft durch ihre schon fast identischen Urteile gegen die RAF-Gefangenen am deutlichsten beweist, daß alle Prozesse gegen die RAF in Wirklichkeit EIN Prozeß sind".

Als Christof in einem Nebensatz fallenläßt, daß Gert und er nicht dem Gericht erklären, was Sache ist, schnappt der Richter ein, besteht auf "Einlassungen zur Sache", und zwar ans Gericht adressiert. Christof unterbricht ihn: er glaube kaum, das Gericht von der Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes überzeugen zu können. Der Richter plärrt: "Herr Wackernagel, solange ich rede, haben Sie Pause!" Das beeindruckt Christof nicht sonderlich und er fährt fort. Gleich der nächste Satz beinhaltete eine Aufforderung an das Gericht, zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen. Dr. Wagner war's zufrieden und plumpste in Schlafstellung zurück.

Rolle der Medien

"In der Presse werden die Ziele der RAF verfälscht und verdreht, um den Widerspruch zwischen Staat und Revolution zuzukleistern. Zweck der sog. "Dritten Generation" der RAF





Kollektivität an durch irgendwelche systemimmanenten Freizeitangebote. Im Mikrobereich arbeiten sie mit Suggestion von Alternativen, damit sie im Makrobereich ihre Interessen ungestört durchsetzen können. Diese Alternativen sind so die Fundamente, auf denen sie ihre Kriege führen können.

"Die USA und die NATO verfügen heute über ein atomares Overkill-Potential. Von ihnen geht die Bedrohung der Menschheit aus. Zur Beseitigung dieser Bedrohung, der imperialistischen Strukturen, ist Ziel der RAF zunächst die Umdrehung der Klassenverhältnisse . Zweck der RAF-Politik ist, den revolutionären Prozeß einzuleiten. Endziel das Ende der Macht des Menschen über den Menschen, Produktion nach Bedürfnissen und Fähigkeiten, Selbstbestimmung, die klassenlose Gesellschaft.

Wenn Oberbulle Herold von der "raschen Auslöschung" der Guerilla spricht und das im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer "Revolutionierung Westeuropas", zeigt das, daß die andere Seite längst begriffen hat, um was es der Guerilla geht. Deswegen unternehmen sie auch alle Anstrengungen, um die RAF zu denunzieren und zu isolieren vom Kampf der übrigen Linken. Erreicht werden soll, daß die Linke eine bewaffnete Politik erst gar nicht erwägt, besser sie ablehnt. Ziel ist eine Linke, die angesichts der staatlichen Gewalt resigniert.

Zweck des BRD-Staates ist Interessenvertretung der USA innerhalb von Westeuropa zu sein, Hinterland und Ausgangsbasis für die Agressionen des US-Imperialismus in der Dritten Welt und der Sowjetunion. Ein Gegensatz zwischen USA und BRD besteht höchstens in der Frage, wer die beste Methode zur Ausbeutung entwickelt hat. Die US-Imperialisten planen einen begrenzten Atomkrieg, die Vernichtung des Widerstands usw.".



„Wenn ihr Schiß habt vor der Freiheit, geht zurück in eurem Stinkstall und laßt euch verwursten."

Widerstand ist Pflicht

"Das Elend des Imperialismus ist bekannt. Worum es geht, ist der Widerstand. Marcuse sagte, die erste positive Position ist die Negation des Bestehenden.

Der Staat hat das Gewaltmonopol inne, nur er soll Gewalt ausüben dürfen. Das zeigt sich z.B. daran, wie Befreiungsbewegungen denunziert werden, solange sie sich in der Opposition befinden; sobald sie aber die Macht erobert haben, wandelt sich ihre Gewalt zu einer staatlichen, sanktionierten, sie werden jetzt diplomatisch anerkannt.

Ein anderes Beispiel aus der BRD: Die elterliche Gewalt wurde eingeschränkt, elterliche Sorge hat das jetzt zu sein. Gewalt darf nur der Staat ausüben. Wobei nichts gesagt werden soll für die elterliche Gewalt, es zeigt nur die Tendenz des Staates das Gewaltmonopol auszudehnen, sich den Zugriff zu allen Bereichen menschlichen Lebens zu sichern.



Oder das Meyer-Zitat (Justizminister von Berlin) zur Guerillabekämpfung: "Hauptsache, sie schmeißen keine Bomben mehr". Das zeigt, solange sich der Widerstand in legalen Bahnen bewegt, das Gewaltmonopol des Staates nicht ankratzt, solange ist dieser Widerstand einzubinden, somit die Sicherheit der Herrschenden gewährleistet. So schafft legale Opposition eine Legitimation, die illegale "auszulöschen".

Die Rechtsverhältnisse in der BRD sind auf Gewalt gegründet. Gewalt durchdringt jeden Lebensbereich, ob manipulativ via TV oder knallhart via Flugzeugträger im Indischen Ozean oder Räumung besetzter Bohrstellen.

Gibt es eine Pflicht zur Anwendung revolutionärer Gegengewalt? Solange die Rechtsordnung auf Gewalt basiert und auf Androhung von Gewalt, um bestehen zu können. Solange 235 000 US-Soldaten, 7000 Atombomben hier stationiert sind, die unser Leben bedrohen.

Revolutionäre Moral fragt, ob das Leben an sich der höchste Wert ist oder menschenwürdiges Leben. Und kommt zu dem Schluß, daß man das System an dem Punkt angreifen muß, wo es seine Legitimation herholt".

II ANALYSE. WO IST REVOLUTIONÄRE GEWALT ANZUSETZEN?

"Die Atempause des US-Imperialismus, seine taktische Defensive nach Vietnam ist vorbei. Auch die Trilaterale, die Achse USA, Westeuropa, Japan, hat tendenziell ausgedient. Seit sieben Jahren bedinden sich die USA in einer ökonomischen Krise, was wachsende soziale Instabilität nach sich zieht. General Haig (Oberbefehlshaber der NATO) sagte 1977, die globale Instabilität sei genauso schlimm wie die Bedrohung durch die Sowjetunion. Wobei er mit globaler Instabilität sowohl den Konflikt zwischen Ländern der Dritten Welt und Industrienationen meint als auch die Instabilität im eigenen Lager. Ziel des US-Imperialismus ist eine "geordnete Anpassung" aller verfügbarer Territorien an die Interessen der Multis. D.h., um Märkte zu halten oder zu erobern, billig Rohstoffe klauen zu können, nehmen sie auch das Sterben ganzer Völker in Kauf (siehe auch Ost-Timor, ID Nr. 335/6). Hiroshima war kein Einzelfall.

Die Kriegshysterie, die von den Medien momentan verbreitet wird, ist Ergebnis der Tatsache, daß die USA den Krieg planen. Kissinger sprach davon, den Atomkrieg auf Westeuropa zu begrenzen, d.h. die USA hält ihr eigenes Territorium raus. Die Rolle der BRD wird hier mal wieder ganz klar, ihr Kolonialstatus gegenüber den USA: Die Nachrüstungsbeschlüsse der NATO, für die Schmidt sich jetzt stark macht, sind Wegbereiter zu diesem Krieg. Die NATO ist in der Lage, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen. Die BRD soll preisgegeben werden zur Durchsetzung der US-Interessen, zur Lösung der Krise des US-Imperialismus (siehe auch 2. Juni–Papier im ID Nr. 338).

Die USA sind wieder in der Offensive (Iran!) und die Linke muß sich darauf einstellen. Die RAF sagt: wer kämpft, siegt entweder oder stirbt, wer nicht kämpft, verliert und stirbt .

Da der Krieg in den Metropolen geplant ist, die atomare Vernichtung der BRD geplant ist, ist ein antiimperialistischer Widerstand in den Metropolen notwendig. Ein Widerstand, der gleichzeitig global ist, d.h. sich begreift als Teil der antiimperialistischen Kämpfe in der ganzen Welt. Gert las das Gedicht von Brecht vor, in dem es heißt: Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten, nicht mehr auffindbar nach dem dritten. Damit sollen keine apokalyptischen Visionen verbreitet, sondern die Unumgänglichkeit des bewaffneten Widerstandes aufgezeigt werden. Wie anders als bewaffnet kann man die Imperialisten an ihrer Vernichtungsstrategie hindern?





III ZUR GENFER KONVENTION

Christof verwies auf die Diskussion um Zusammenlegung oder "Normal"vollzug, unter anderem zwischen Karlheinz Dellwo und Norbert Kröcher ("Knofo") im ID (Nr. 298, 309, 312). "Wir wollen keine ANERKENNUNG als Kriegsgefangene, da dieser Tatbestand durch die Reaktion der Herrschenden (Morde, Haftbedingungen) de facto schon längst anerkannt wird. Sondern wir fordern dementsprechend ANWENDUNG der Mindestgarantien der Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem Staat ist Krieg. Die RAF kämpft gegen den Kolonialstatus der BRD. Das ist ein Kennzeichen der Kriegsgefangenendefinition. Bei anderen Aktionen, z.B. Lorenz-Entführung oder Schwarzer September in Fürstenfeldbruck (1972) lief ein Austausch, der auf völkerrechtlicher Ebene nur mit Kriegsgefangenen möglich ist. Die Angegriffenen haben den Charakter der Auseiandersetzung getickt, was sich unschwer an ihren Reaktionen ablesen läßt. Es geht jetzt darum, daß ihnen, wenn sie als Kriegsgefangene behandelt werden, auch der Schutz zusteht, unter dem Kriegsgefangene normalerweise stehen".

Das Verhältnis der Linken zur Realität

"Die Herrschenden setzen längst den Krieg nach außen und innen gleich, was sich z.B. an der Integrierung der GSG 9 in den Polizeidienst zeigt. Teile der Linken wollen diese Realität nicht anerkennen und schießen sich dementsprechend gegen die Forderung nach Zusammenlegung ein. Oder plappern eifrig nach, daß die Guerilla ja nur noch eine "Befreit-die-Guerilla-Guerilla" sei. Wobei der Anschlag auf NATO-General Haig z.B. unter den alternativen Teppich gekehrt wird.

Gegen die Superradikalen, die meinen, die Genfer Konvention sei das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben sei, sagte Christof, man könne mit diesem Papier sehr wohl die Widersprüche nutzen, daß es Ergebnis der Kämpfe ist und dem einzelnen bewaffneten Kämpfer allerdings einen Mindestschutz bietet, den er / sie braucht. 250 holländische Anwälte erreichten z.B. mit Hilfe dieses Papiers die Rettung von südafrikanischen Kämpfern.

Zum Normalvollzug: Den wird es nie geben für politische Gefangene. Die Voraussetzung für ihren Normalvollzug ist Abschwören. (S. dazu Rolf Heißlers Anwalt im ID Nr. 325 und Günther Sonnenberg im ID 329). Die Leute draußen, die für die Integration in den Normalvollzug sind, sollen sich mal überlegen, wo sie sich da einreihen mit ihrem angeblichen Engagement. Tatsächliche Unterstützung und Solidarität kriegen die



Gefangenen rein durch Aktionen wie die dpa-Besetzung, die Bremen-Demo, die Amerikahausbesetzungen ... also antiimperialistische Praxis draußen".

Anschließend an diese Erklärung übergab Rechtsanwalt Zimmermenn dem Richter den Bericht von Amnesty International über die Haftbedingungen von politischen Gefangenen in der BRD, worin ai explizit Zusammenlegung fordert zur Erhaltung der Gesundheit und Identität der Gefangenen. Der Richter steckte ihn mit beleidigter Miene ein.

Nach dem Motto: Die Täter haben wir, die Tat wird sich finden

Am nächsten Tag wartete er dafür mit einer Überraschung auf: Das Gericht wolle einen rechtlichen Hinweis geben. Das bedeutet, sie lassen was raus von ihrer Strategie: "Die Angeklagten werden darauf hingewiesen, daß sie auch wegen versuchter Tötung zum Zweck einer ERMÖGLICHUNG einer anderen Straftat verurteilt werden können" (Hervorhebung durch das Gericht). Bisher hieß es "versuchte Tötung, um andere Straftagen zu verdecken". Das Gericht will sich also alle Türen offenhalten, um auf jeden Fall sein Urteil raushauen zu können. Ebenso ist es zu verstehen, wenn Richter Wagner weiter ausführt, er wolle die Erklärung zum ideologischen Hintergrund NICHT als Beweismittel verwenden, sondern "nach Verlesung der Urteile gegen Folkerts, Kuby, Speitel und Sonnenberg die in den Urteilen getroffenen Feststellungen als Beweismittel zu erheben". Im Klartext: Vorverurteilung.

Christof und Gert reagierten darauf mit einem Befangenheitsantrag gegen das gesamte Gericht. Außerdem beantragte Christof, als Zeugen Karl Herold zu laden, zum Beweis, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF den Charakter von Krieg hat.

Nächster Prozeßtermin: 14.7., Tannenstraße, Düsseldorf, 9 Uhr.
Kontaktadresse: Gert Schneider oder Christof Wackernagel über den 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf, Cecilienallee 3, 4 Düsseldorf 30.
Anwälte: Ernst Ronte, Auf der Körnerwiese 10, 6 Ffm
R. Zimmermann, K. Schumacher Platz 9, Bochum



"ES GIBT NUR EIN GERECHTES VERFAHREN..."

Düsseldorf, 10. Juni

Diesen Bericht zu einem 129 a-Verfahren wegen Parolensprühen schickte uns die Prozeßgruppe Düsseldorf. Soweit wir wissen, ist es das einzige Verfahren bisher, in dem die Anklage wegen "Kriminelle Vereinigung" lediglich auf Parolensprühen gestützt wurde. Die Prozeßgruppe sieht in den Versuchen des Justizapparates, die Haft des Angeklagten Jürgen Heises mit allen möglichen Methoden auszudehnen, den Anfang einer "Internierung" (ähnlich der Sicherheitsverwahrung) in der Bundesrepublik, also der Verhängung von Knast ohne formalrechtliches Verfahren.

Unter diesem Titel ist eine Dokumentation erschienen, die sich am Beispiel des '129 a-Parolen-Prozesses' mit der Internierung linker Opposition auseinandersetzt.

Im August 1979 waren in diesem Verfahren vor dem 6. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf zwei Angeklagte freigesprochen und der dritte zu zehn Monaten Knast ohne Bewährung wegen "maßgeblicher Vorbereitung" der Parolenaktion und Beleidigung eines OLG-Richters verurteilt worden. Die Parolen waren zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen im August 1977 gesprüht worden und wurden als "Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129 a) gewertet.

Während 25 (!) Verhandlungstagen unter schärfsten Sicherheitsbedingungen im Sondergerichtsgebäude in der Polizeikaserne Tannenstraße war die dürftige Indizienanklage in sich zusammengebrochen. Wenn das Staatsschutzgericht dennoch mit der Krücke "maßgebliche Vorbereitung" gegen Jürgen Heiser 10 Monate Knast durchsetzte, so sind die Gründe ausschließlich in der "Beseitigung unerwünschter Personen des öffentlichen Lebens" zu sehen — wie der britische General Kitson mal die Funktion der Justiz als Waffe gegen innerstaatliche Opposition beschrieben hat.

Im Vorwort steht dazu:
"Mit der vorliegenden Dokumentation wollen wir eine Antwort auf die oft gestellte Frage geben, warum für eine Parolensprühaktion so ein Riesenprozeß gemacht wurde und warum es für das gerichtlich festgestellte NICHT-Sprühen so ein Terrorurteil gab. Die Dokumentation erscheint aber vor allem aus aktuellem Anlaß, auch wenn der Prozeß schon bald ein Jahr zurückliegt.

Zum einen werden sich in den nächsten Wochen Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof mit der von der Verteidigung eingelegten Revision befassen und eine politische Entscheidung fällen. Wenn nach der in solchen Staatsschutzverfahren gängigen Praxis Prozeß und Urteil abgesegnet werden, bedeutet das für Jürgen die Vollstreckung der zehnmonatigen Internierungshaft, zu der er am 17. August 1979 verurteilt wurde. Wir wollen deshalb an diesen Prozeß erinnern und verhindern, daß ein Genosse klammheimlich im Knast verschwindet. Gleichzeitig ist dies natürlich eine Erinnerung an die Tatsache, daß diese Tribunale in der BRD und Westeuropa weiterhin und härter denn je stattfinden. (...)

Der zweite aktuelle Anlaß für die Dokumentation ist das verbiesterte Weiterwühlen der Internierungsstrategen nach neuen "Straftatsbeständen", mit denen der Staatsschutz vielleicht auf eine Ausdehnung von Jürgens zehnmonatiger Haft hinarbeitet. Die Herren Splittgerber (Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft) und Sienert (Terrorismus-Abteilung beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen) machen sich seit kurzem daran, unter einem fast drei Jahre alten Aktenzeichen eines § 129 a-Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen "Zeugen" zu laden.



Demo in Stuttgart



Das Ermittlungsverfahren kam zustande, als am 31.8.77 bei der Hausdurchsuchung in Jürgens Wohnung wegen der Parolenaktion ein Spickzettel gefunden wurde, der zum Arbeitsmaterial für eine Tonbildschau über die von der BRD erzwungene Auslieferung von Rolf Pohle aus Griechenland gehörte. Nachdem Rolf Pohles Auslieferung in erster Instanz von der griechischen Justiz abgelehnt und er faktisch als politischer Gefangener anerkannt wurde, drohte Bundeskanzler Schmidt der griechischen Regierung mit wirtschaftlichen Repressalien. Die griechische Justiz mußte sich beugen und der Auslieferung zustimmen.

Neben anderen Wirtschaftsmagnaten sollte in der Tonbildschau auch an der Person "Dr. Hans Günther Sohl, Vorstandsv orsitzender der Aug. Thyssen Hütte" (= Inhalt des Zettels) der Hintergrund dieser wirtschaftlichen Erpressung aufgehellt werden. Der Zettel war nichts anderes als eine Notiz für die Anfertigung eines Dia-Untertitels und war nur einer von vielen.

Im Beschlagnahme-Beschluß des Bundesrichters Kuhn vom 13.12.77 liest sich das anders:

"Der Notizzettel unterliegt der Beschlagnahme, weil er als Beweismittel für dieses Verfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung in Betracht kommt. Der Zettel kann als Hinweis auf eine geplante Entführung des Industriellen Dr. Hans-Günther Sohl aufgefaßt werden".

Allerdings machen sich Splittgerber und Sienert bei ihren momentanen "Zeugenbefragungen" nicht die Mühe, den Zettel und so die in der Wohnung eines permanent Obervierten angeblich geplante Sohl-Entführung als Begründung für die Schnüffeleien anzuführen.

Nachdem seit drei Jahren die Akten in diesem Verfahren geheimgehalten werden — Begründung der Bundesanwaltschaft (BAW): "Akteneinsicht kann ich Ihnen zur Zeit nicht gewähren, da hierdurch der Untersuchungszweck gefährdet würde" (Mitteilung vom 8.3.79) - belästigt Splittgerber nun im April 1980 seine Umwelt mit dem "Verdacht der Mitgliedschaft des Jürgen Heiser in einer 'revolutionären Zelle' ".

Auf Antrag von Jürgens Verteidiger hat der Generalbundesanwalt den Akteninhalt, der den Zeugenbefragungen zugrunde liegt, Ende Mai folgendermaßen zusammengefaßt:

"In Beantwortung Ihres vorgenannten Schreibens teile ich Ihnen mit, daß dem Angeklagten Heiser in diesem Verfahren vorgeworfen wird, Mitglied einer terroristischen Vereinigung (RAF, Revolutionäre Zellen) im Raum Rhein/Ruhr zu sein oder eine derartige terroristische Vereinigung zu unterstützen.

Der Beschuldigte steht insbesondere im Verdacht, Vorbereitungen für eine Aktion zur Befreiung der Angeklagten im Stockholm-Prozeß in Düsseldorf, u.a. durch Abklärung des Transportweges der Angeklagten vom Gerichtsgebäude zur Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, getroffen zu haben. Desweiteren besteht der Verdacht, daß der Beschuldigte sich von ... (Name) aus der Schweiz Waffen zum Zwecke eines Banküberfalls verschafft hat oder dies zumindest versucht hat, um mit der zu erwartenden Beute die RAF zu unterstützen. Ein Vorwurf eines Vergehens nach §§ 88 a, 189 Strafgesetzbuch wird gegen ihren Mandanten hingegen nicht erhoben".

Wer wäre bei diesen interessanten Vermutungen nicht an den Schwachsinn erinnert, der sich im Prozeß gegen Brigitte Heinrich in den letzten acht Monaten in übelriechende Luft aufgelöst hat !? Jürgen ist seit einigen Jahren eng mit Genossinn-en befreundet, die in der Schweiz Knastarbeit machen. Was können die schon anderes machen, als pausenlos Knarren hin und her zu schleppen ... ? !

Die Beliebigkeit der Anschuldigungen (RAF oder RZ/Mitgliedschaft oder Unterstützung?) ergibt sich aus der Beliebigkeit, mit der die Bundesanwaltschaft solche "Ermittlungs"-Verfahren einsetzt — oder nicht. Hätte Jürgen sich im Prozeß von der Parolenaktion und seiner eigenen politischen Geschichte distanziert, lauthals gerufen "Genossen, schmeißt die Sprühdosen weg!" und den angebotenen Dialog mit dem Staat aufgenommen, würde die Bundesanwaltschaft für dieses Ermittlungsverfahren keinen Finger mehr krumm machen. So hat er aber in Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß weder solche Prozesse noch Knast eine Lossagung von seiner Arbeit in der antimilitaristischen Bewegung nach 1968 und der Organisierung von Schutz für die Gefangenen in der Roten Hilfe und in der Unterstützerbewegung für das Russell-Tribunal erreichen werden. Denn genau wegen dieser Arbeit waren in den vergangenen neun Jahren mehrere Ermittlungsverfahren gegen ihn gelaufen — die allesamt früher oder später eingestellt werden mußten. Ein Ermittlungsverfahren wegen "BETEILIGUNG an der Schleyer-Entführung" einschließlich Hausdurchsuchung wurde z.B. deshalb eingeleitet, weil eine kurze Notiz aus der Häftlingsüberwachung als "Beweis" dafür gewertet wurde. Anläßlich eines Besuches bei Karl-Heinz Dellwo im Juli 77 im Essener Knast wurde von den Überwachungsbullen notiert:

"Dellwo ist über die Arbeit 'draußen' unzufrieden und gibt Heiser die Anleitung , daß man in Sachen Hungerstreik noch einiges machen können (Veranstaltungen, Veröffentlichungen usw.)."

Wegen dieser "Anleitungen" hieß es im Telex des Generalbundesanwalts bezüglich der Hausdurchsuchungen wegen "Beteiligung" bei acht Leuten aus mehreren Städten: "Aufgrund der nachstehenden Gesprächsinhalte bei Häftlingsbesuchen hat der Generalbundesanwalts wegen Gefahr im Verzuge die Durchsuchung angeordnet".

Auf diese Art und Weise werden auch die Vorwürfe in "neuen" Ermittlungsverfahren zustande gekommen sein. Sicher ist nur, daß der Kronzeuge Hans-Joachim Dellwo durch seine nachgeplapperten "Aussagen" über Leute im Rhein/Ruhr-Gebiet sich Dinge in den Mund legen ließ, die die BKA-Konstruktionen in Andeutungen bekräftigen sollen. Dies ist einem Vernehmungsprotokoll von BKA, Abteilung TE, vom Januar 79 zu entnehmen.

Interessant daran ist, daß dieses "Protokoll" aber erst als Fotokopie Ende Juli 1979 von der Bundesanwaltschaft an das LKA Düsseldorf geschickt wurde, als der Parolenprozeß wegen der zusammenbrechenden Indizienklage zu platzen drohte und eine Verurteilung nicht mehr sicher war. Seitdem wurde es einbezogen in die Ermittlungen gegen einige Dutzend als "Mitglieder oder Unterstützer der Revolutionären Zellen" Verdächtigte im Rhein/Ruhr-Gebiet, u.a. auch Rudi Raabe und sein ganzes ehemaliges soziales Umfeld. Von BKA Abt. TE, AG (Arbeitsgruppe?) Gesamtermittlungsverfahren 'Revolutionäre Zellen" ist speziell eine Lichtbildmappe angelegt, in der 42 (!) dieser "Verdächtigen" (keiner von ihnen wird gesucht!) ohne ihr Wissen mit ihren diversen Konterfeis abgebildet sind.

Die solcherart gesammelten "Erkenntnisse" werden vom BKA je nach Bedarf eingesetzt. Nachdem Elisabeth van Dyck durch Schüsse in den Rücken kurzer Prozeß gemacht worden war, hatte das BKA plötzlich "Aussagen" von Volker Speitel zur Hand, mit denen Karl-Heinz Adzersen als "Medikamenten-Lieferant für die Schleyer-Entführer" unter großen Schlagzeilen festgenommen wurde, um von der öffentlichen Diskussion um den Todesschuß abzulenken und einen weiteren Fahndungserfolg zu präsentieren. "Zufälligerweise" hätte Karl-Heinz sowieso bald sechs Monate Haft anzutreten gehabt; er wurde auch nach Ablauf dieser sechs Monate wieder freigelassen. Von "Schleyer-Entführung" keine Rede mehr.

Ähnliches könnte nun auch bei Bedarf mittels des "neuen" Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen laufen kurz bevor der Bundesgerichtshof endgültig über die Revision entscheidet. Es gibt aber auch eine zweite Möglichkeit. Im Urteil gegen Jürgen hieß es ausdrücklich: "Auch wenn der Angeklagte bisher nicht bestraft worden ist, ist mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit, seine Überzeugungstäterschaft, die Umstände der Einzeltaten, sein Verhalten nach der Tat, insbesondere seine Erklärungen im Prozeß, seine Lebensverhältnisse und die Wirkungen, die eine Strafaussetzung für ihn hätten, nicht zu erwarten, daß er künftig auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird".

Nachdem die Bundesanwaltschaft vor kurzem beantragt hat, die Revision als "unbegründet zu verwerfen" — Begründung: "Die vom Oberlandesgericht aus der Zusammenschau aller Beweisanzeichen gezogenen Schlußfolgerungen sind möglich, das genügt" — kann es nun sein, daß dem Staatsschutz zehn Monate Knast nicht reichen und wenigstens noch eine Prise Untersuchungshaft nachgeschoben werden soll, wenn die zehn Monate Jürgen nicht zum "Abschwören wie Galilei" bewegen oder sich die allgemeine politische Situation verändert, daß es zunehmend zur Internierung linker Opposition kommen wird. Die bei der Demonstration gegen die NATO in Bremen Festgenommenen wurden erst mal noch freigelassen; gegen die 13 Besetzer/innen des Westberliner Amerika-Hauses erging sofort Haftbefehl, um die weitere Entwicklung einer wiederbelebten antiimperialistischen Bewegung in der BRD zu stoppen.

Wir fordern deshalb:

Aufhebung des Internierungsurteils und sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen,
Freilassung der Amerika-Haus Besetzer,
Kampf der Internierungshaft!

Prozeßgruppe Düsseldorf

Die Dokumentation ist im linken Buchhandel erhältlich oder für Einzelbesteller gegen DM 5,- in Briefmarken über die Prozeßgruppe zu beziehen; davon sind DM 2,- Solidaritätsbeitrag für die juristische Verteidigung. Aus dem Inhalt: Prozeßbericht und Erklärungen / zum Hungerstreik nach dem 8.8.77 / Presseerklärung des Internationalen Verteidigungs-Komitees (IVK) / Drei Beiträge zur Veranstaltung nach dem Urteil / Dokumente zum § 129 a Verfahren gegen das Info-Blatt "Antiamerikanismus — ein Verbrechen"? / Aktuelles zum Kampf gegen die Trakte, u.a. Erklärung der Hamburger Amerika-Haus Besetzer / Über Solidarität und Widerstand

Kontakt: Prozeßgruppe c/o BIBABUZE-Buchladen, Konkordiastraße 81, 4000 Düsseldorf-Bilk

„...DASS DIE ENTWICKLUNG EINER ANTIIMPERIALISTISCHEI POLITIK ZUR EXISTENTIELLEN FRAGE GEWORDEN IST!"

Westberlin/ Frankfurt 3. Juni

Am 17. Mai besetzten 14 Leute in Westberlin das Dach des Amerikahauses. Was dort ablief, ist bekannt: Drei Hundertschaften von Bullen zwangen die 14 schließlich vom Dach runter; beantwortet und begleitet wurde dieses Vorgehen von stundenlangen Straßenkämpfen zwischen etwa 200 Genossen/innen und den genannten Herren. Der Forderung der Besetzer nach Verlesung einer Erklärung zur Lage der politischen Gefangenen im Rundfunk und nach freiem Geleit wurde nicht entsprochen. Jetzt droht ihnen ein Verfahren nach § 129 a = terroristische Vereinigung.

Am 2. Juni unterstützen in Frankfurt zwölf Leute die Aktion der Berliner, indem sie das Amerikahaus stürmten und Parolen an die Wand sprühten: „Solidarität mit der RAF", „Krieg dem imperialistischen Krieg", „Freilassung der Berliner Genossen". Sie konnten entkommen, ohne von den Ordnungskräften näher inspiziert zu werden.

Wir bringen Auszüge aus den Erklärungen, zunächst der Berliner:

Wir haben heute das Dach des AMERIKAHAUSES in Berlin besetzt, weil die Schlächter der Menschheit, an der Spitze die USA, ein paar Straßen weiter ihr Vernichtungspotential zur Show stellen. Um damit — wie in der letzten Woche auch am Tempelhöfer Damm und in Bremen — das Denken, Fühlen und Hoffen der Menschen so zu konditionieren, daß solche Demonstrationen militärischer Macht und Bereitschaft zum Waffeneinsatz bejaht, zumindest aber als „kleineres Übel" zur Verhinderung eines Atomkrieges hingenommen werden.

Wenn den Leuten hier täglich die Schrekkensvision eines möglichen „3. Weltkrieges" eingehämmert wird, dann hat das vor allem genau diese Funktion: Die Assoziation, die hier jeder bei dem Gedanken an einen möglichen 3. Weltkrieg bekommt, des „Knöpfchen Drükkens" ist — die das Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein freisetzt und somit jeglichen Widerstand gegen die REAL stattfindenden imperialistischen Kriege abwürgen und ersticken soll und darüberhinaus eine Identifizierung mit militärischen Aktionen unterhalb der Schwelle eines Atomkrieges bewirken soll.....

Mit dem Verlust des Iran als Rohstoff-Lieferant und strategisches Subzentrum hat der US-Imperialismus nicht nur ein weiteres Land verloren, sondern ist eine Schwelle errichtet, über die hinaus jeder mögliche weitere Verlust eines

der von ihm kontrollierten Öl-Lieferstaaten im nahen Osten eine wichtige Grundlage seiner Herrschaft in den Metropolen selbst und in der 3. Welt entscheidend treffen würde.

In dieser Situation ist es für den US-Imperialismus existentiell notwendig, alle Kräfte des imperialistischen Blocks unter seiner Führung noch enger zusammenzufassen, um in der Lage zu sein, gemeinsam und koordiniert revolutionäre Entwicklungen in der 3. Welt mit von seinen – vor allem europäischen Basen aus geführten Blitzkriegs-Aktionen niederzuhalten und zu vernichten.

Der militärische Überfall des US-Imperialismus auf den Iran, mit dem die Befreiung der Gefangenen im Spionagenest in Teheran versucht werden sollte, ist nicht nur ein Beispiel für die wachsende Aggressivität des US-Imperialismus, sondern ist auch Beispiel für die Funktion der BRD in dem unter der Führung der USA sich im konterrevolutionären Krieg vereinheitlichenden imperialistischen Block:

Die Intervention wurde vom US-Stützpunkt RAMSTEIN in der BRD, dem headquarter der US-Luftwaffe in West-Europa, gestartet.

So wie schon während des US-Krieges in Vietnam, des Jom-Kippur-Krieges und der Intervention in Shaba die BRD logistisches Zentrum der USA war.

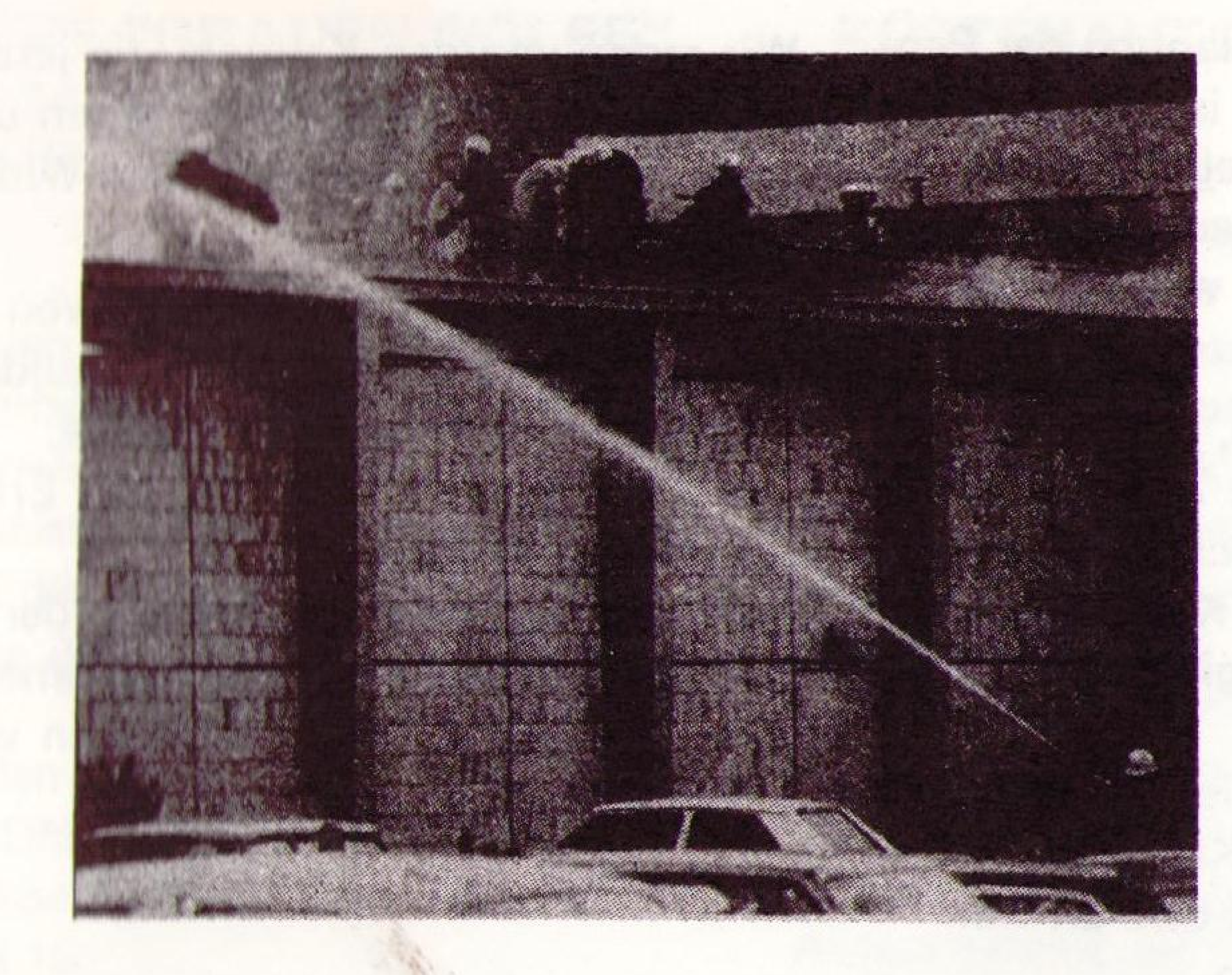
Die Notwendigkeit, schnell und koordiniert in Kriegsgebieten zu intervenieren und die Tendenz, daß durch die weitere Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Befreiung und dem Imperialismus solche Interventionen immer häufiger notwendig werden, hat bei der zentralen Bedeutung der BRD als STARTPLATZ des Blitzkrieges die positive Einstimmung der Bevölkerung auf diese Ausrottungsfeldzüge zur Voraussetzung – soll nach Schmidts Devise „wir sind alle Amerikaner", jede von den Imperialisten gestartete Counter-Aktion von vornherein von den Menschen hier als für sie selbst lebensnotwendig begriffen werden.

Genau darum geht es den Schweinen, wenn sie von „Feldzügen zur geistigen Mobilisierung des Westens" sprechen: der politischen wie militärischen Voraussetzung und Vorstufe zur allgemeinen Mobilmachung GEGEN DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN BEFREIUNGSKAMPF!

Und weil jetzt jeder begreifen kann, daß der US-Imperialismus und seine verbündeten erbarmungslos ernst machen, muß sich die Linke entscheiden:

ENTWEDER SIE ERFÜLLT IHREN HISTORISCHEN AUFTRAG JETZT ODER SIE VERRÄT IHN –

Wie das jetzt schon einige tun, wenn sie diejenigen zu ihren Feinden erklären, die in Bremen mit ihren Mitteln und Möglichkeiten dieser faschistischen Jubelveranstaltung Widerstand entgegensetzen! Indem einige diesen Widerstand denunzieren, tun sie das im Chor mit den Schweinen – und das in einer Situation, in der die Schweine hier in den Metropolen versuchen, die antiimperialistische Guerilla sowie antiimperialistischen Widerstand überhaupt zu liquidieren!



Räumung des Dachs in Berlin

Ihre Abwehrreaktion resultiert aus der Angst, der Krieg könne in den imperialistischen Bastionen eskalieren, von denen er in die 3. Welt ausgeht: HIER! Sie haben anscheinend noch immer nicht begriffen, daß KRIEG schon seit Jahren Realität ist –

Und der Krieg findet auch in West-Berlin statt!

Damit meinen wir z.B. die Aufstandsbekämpfungs-Übungen der US-Army in Berlin, die auch auf die legale Linke zielen. Die US-Army praktiziert in letzter Zeit verstärkt Manöver zur Aufstandsbekämpfung, weil sie wissen, daß sich der Widerstand gegen die USA und ihr Subzentrum BRD immer stärker entwickelt. Der konstruierte „innere Feind" sind „bewaffnete terroristische Gruppen, die sich in einem U-Bahnhof verschanzt haben" und Hausbesetzer, die nicht widerstandslos besetzte Häuser räumen wollen. Die US-Army probt ebenfalls die Zerschlagung von Demonstrationen. Der Einsatzbefehl für die US-Truppen lautet: „gegen JEDEN Feind vorzugehen" oder „Komplexe von feindlichen Elementen zu säubern". Diese feindlichen Elemente sind die Kämpfer aus der Guerilla und jeder, der sich nicht widerstandslos in die staatliche Ordnung pressen läßt, jeder, der Widerstand gegen dieses System selbst und seine Funktion innerhalb der US-Außenpolitik entwickelt, die US-Army probt hier nicht den Krieg gegen „einmarschierende Sowjet-Truppen", sondern sie proben den Krieg gegen UNS, gegen die revolutionäre Linke! Was die US-Army in den U-Bahnschächten, in den Abrißhäusern im Wedding und in Kreuzberg probt, sind Übungen, die sie auf eine Eskalierung der Kriegssituation vorbereiten soll. – Da Einheiten des BGS, der Bundeswehr in Westberlin nicht eingesetzt werden dürfen, übernimmt deren Funktion die US-Army in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei und dem Staatsschutz. (Diese enge Zusammenarbeit zeigt sich schon baulich: das Westberliner Polizeipräsidium ist in einem Seitenflügel der US-Air-Base am Tempelhofer Damm untergebracht, wo sich ebenfalls die Abteilung Staatsschutz und die zentrale der CIA in Berlin befindet.)

Die Frankfurter Erklärung deckt sich inhaltlich größtenteils mit der Berliner; Auszüge daraus:

Jetzt geht es den USA konkret darum, auch die politische Integration durchzusetzen und zu stabilisieren, um das militärische Potential auch einsetzen zu können.

Das bedeutet u.a. die Konditionierung der Bevölkerung in den Metropolen für den Krieg nach innen und nach außen.

Diese Funktion sollten u.a. haben
– die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen
die Alliiertenmilitärparade in Berlin
– und auch das ‚Volksfest' in der Air-Base in Frankfurt, wo sich die Yanks zum ersten Mal seit dem Vietnamkrieg wieder trauten zu feiern, weil sie es brauchen. – Ein paar Wochen vorher sind von der Air-Base die Hercules-Flugzeuge in den Iran gestartet.

Sie brauchen die eingestimmte Bevölkerung.

Um wie Schmidt sagt, die Konflikte begrenzt halten zu können, um die Sicherheit zu haben, daß Europa ihnen als Ausgangsbasis für sogenannte ‚begrenzte Kriege' gegen die Völker in der 3. Welt und – bei einer weiteren Eskalation – Kriegsschauplatz sicher ist. Eskalation heißt für die USA: Atomkrieg gegen die Sowjetunion, und den führen sie dann von Europa, hauptsächlich von der BRD aus (3/4 des Nato-Vernichtungspotentials ist in der BRD stationiert und gelagert, 80 % der im Ausland stationierten US-Truppen sind in der BRD). Und die Gefahr der atomaren Vernichtung gibt es nicht erst dann, wenn die Sowjetunion ‚zurück-

schlägt', denn die Kriegsplanung der Pentagon- und Natostrategen ist so, daß sie die BRD mit den hier gelagerten Atomwaffen in die Luft sprengen, als tote Grenze. (Apel: „die USA wird an der Elbe verteidigt")

Mit der Kriegspropaganda, die sie betreiben, schüren sie selbst die Angst der Menschen vor dem ‚Knopfdruck', um sie zu lähmen: aber mit diesem Knopfdruck würde der Krieg nicht beginnen. sondern er wäre beendet.
Das Starren auf den ‚totalen Krieg' soll ihre jetzt stattfindenden Kriege als ‚kleineres Übel' hinstellen und als hinnehmbar erscheinen lassen.

Wir reden von den Kriegen, die jetzt laufen und vom Krieg, den sie gegen uns, gegen den antiimperialistischen Widerstand hier führen:
— von der offenen Vernichtung von bewaffnetem Widerstand durch Liquidationsfahndung und Vernichtungstrakte.
— von der totalen Kontrolle und Erfassung der Bevölkerung,
— und auch von der Verhaftung der 13 Amerikahausbesetzer in Berlin, denen sie jetzt ein 129a-Verfahren anhängen wollen,

Es ist jetzt Sache von uns allen, ihnen zu zeigen, daß die militante Demo in Bremen, die Kirchenturmbesetzung ein paar Tage später in Hamburg und die Amerikahausbesetzung in Berlin und unsere Aktion nur der Anfang sind, der Anfang vom Ende unseres Erstarrtseins und unserer Ohnmacht seit '77, wo wir erfahren haben, was Krieg hier im Innern der Metropole ist. Der Anfang unseres Kampfes für Befreiung, für ein selbstbestimmtes Leben, zusammen mit der Guerilla und den Gefangenen aus der Guerilla, ihnen zu zeigen, daß wir aus unseren Fehlern lernen, es nur besser machen und nicht mehr anfangen, „alles grundsätzlich neu zu überlegen".

Der fünfte Gewaltfreie Marsch, aus mehreren Länder Europas soll am 4. August losgehen: gegen alle Militärbündnisse, für einseitige Abrüstung und soziale Verteidigung. Die Vorbereitungen sind auf vollen Touren.
Kontakt:
Nationale Koordination
'Marsch 8o'
Wolfgang Weber-Zucht,
Steinbruchweg 15
3500 Kassel Bettenhausen

Telefon o561/51 59 53

Lübeck, 6. Juni

Gewässer, Nie dermoore und Bruchwälder werden dem Bau einer vierspurigen Schnellstraße und dem Ausbau des Skandinavienkais in Travemünde zum Opfer fallen.
Dagegen sind Demonstrationen geplant:
28. Juni in Lübeck
und am 5 Juli in Travemünde.

Kontakt: Landschaftspflegeverein
Dummersdorfer Ufer e.V.
Blücherstraße 34
2400 Lübeck
TEL: O451 / 79 17 47

Dokumentation: 33 Tage Besetzung auf 1004.

Lüneburg, Juni 80

Fotos, Briefe, Aufstellung von Aktionen in der BRD, Berichte — als Sonderheft von "Gorleben aktuell"

Stück 3,- DM + Porto / 30 - 100 Stück 2,40 DM + Porto, ab 100 Stück 2,10 DM + Porto auf Sonderkonto Nr. G 354 – 126 - 209 [illegible]cha. Hamburg; Günter Garbers Lüneburg.

Kontakt und Herausgeber:
WAA Gruppe Lüneburg + BUU Ha mburg, Günter Garbers
Lüner Straße 1 b,
2120 Lüneburg

Theater im Zelt, auf der Quäkerwiese im Frankfurter Gallusviertel spielen vom 27. Juni bis 9. Juli.
Die Leute vom alten Theater am Turm in Frankfurt , die noch keinen Raum haben, laden alle ins Zelt ein.
Am 27. Juni gehts los, mit Brechts Brotladen, am Sonntag gibts ein Fest mit echter Schlicksupp (?) und Feuerschlukkern (!), um 19.30 spielt das Teatro Siciliano (vom GALLUS–ZENTRUM)
"Wird nicht bezahlt? " nach der Farce "Bezahlt wird nicht" von Dario Fo.
Am Sonntag den 29. Juli wieder Brotladen - um 15.30 und abends um 19.30

"Wer die Wahl hat, hat die Qual" mit den ex-Tat'lern Lutz Köhler und Stefan Viering
Am 3o. Juni kommt das Klappmaul - Theater mit "Ich auch" für Kinder ab 3.
Am 1. Juli, 10 Uhr Spielt die Schlicksupp den Brotladen extra für Schüler (auf Anfragen können auch weitere Schülervorstellungen des Brotladens organisiert werden), und um 19.30 bläst das "sogenannte Linksradikale Blasorchester".
Am 2. Juli spielt die Theaterwehr Brandheide aus Gorleben " Uli Richter ist nicht Uli Richter" das Märchen vom verliebten Polizisten (ermässigte Gruppenkarten für ebensolche).
Am 3. Juli spielen um 1o Uhr die Eschborner Schüler "Doof bleibt Doof", ein Stück vom Grips;- Theater und um 19.30 spielt wieder die Theaterwehr Brandheide.
Die Frankfurter Gruppe " TANZ & so weiter" schwebt am 4. Juli um 19.30 ein.
Das Mannheimer Kinder- und Jugendtheater "Schnawwel" bringt das alte TaT - Stück "Was heißt hier Liebe? " am 5. Juli ab 15.30. Um 19.30 kommt der Brotladen nochmal. Der Sonntag beginnt mit einem Liedermacher-Frühschoppen, um 15.30 zaubert Meister Bora und um 19.30 gibts wieder was , nämlich "Was heißt hier Liebe" von Schnawwel.

Kontakt: Andreas Wellano
Wolfsgangstr. 59
6ooo Frankfurt 1
Tel.: O611/ 59 72 180

"NUR MUT"

Anschlag auf amerikanisches Offizierskasino

Osterholz-Scharmbeck
3. Juni 1980

Im amerikanischen Offizierskasino ist möglicherweise etwas passiert. Jedenfalls ist das einer Kommandomeldung zu entnehmen:

"Am Mittwoch, dem 14.5.80, haben wir in Osterholz-Scharmbeck das Offiziers-Casino der in Garlstedt stationierten amerikanischen Nato-Einheit mit einer Bombe versehen. An diesem Tag fand in Emden wieder eine öffentliche Vereidigung von Bundeswehr — Soldaten statt. (...)

Der Kampf geht weiter — NUR MUT !

RZ"

AUCH BAYERN IST SCHWERMETALLVERSEUCHT

Nürnberg,31.5.80

Das ist der Titel einer Broschüre, die die Arbeitsgruppe Umweltsch(m)utz der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen jetzt herausgegeben hat.

Nach dem Bleiskandal von Goslar haben sich die Meldungen über Schwermetallverseuchungen gehäuft. Goslar ist überall, also auch in Bayern; z.B. in München, wo die Fa. Bärlocher das giftige Cadmium in die Luft und ins Abwasser gibt. Aber auch im Raum Nürnberg/Erlangen gibt es einige brisante Fälle.

Die Broschüre enthält auch eine Kritik am neuen Bonner Chemikaliengesetz und an der Umwelt"schutz"politik "made in Bavaria".

Sie ist zu beziehen über: Angelika Beck, Herpersdorferstr. 23, 8500 Nürnberg 50
und kostet 2,- DM

APPELL GEGEN KRIEGS-GEFAHR

as Komitee für Grundrechte und Demo- atie und eine Gruppe von Erstunter- ichnern, darunter Heinrich Albertz, Ka- la Bloch, Ingeborg Drewitz, Helga Ein- le, Helmut Gollwitzer, Arno Klönne, kob Moneta, Wolf-Dieter Narr, Oskar egt, Eva-Maria Quistrop, Horst-Eberhard chter, Jürgen Seifert, Bischof Kurt harf, Ursula Schmiederer, Klaus Traube id Günter Wallraff, haben zur Unter- hriftensammlung für einen Appell ge- n Kriegsgefahr aufgerufen.

In dem Appell wird u.a. gefordert, die Jachrüstung" mit Atomraketen dürfe cht zugelassen werden und Abrüstungs- olitik dürfe sich nicht auf Atomwaffen schränken, sondern müsse auch die konventionellen" Waffen und den Rü- ungsexport einbeziehen.

Angesichts verschiedener Friedensakti- täten begründet das Komitee seine neue itiative damit, daß trotz einer scheinba- n Beruhigung die weltpolitische Lage och hochexplosiv sei. Keine Aktivität irfe derzeit zuviel sein, um immer er- eut Druck auf die Mächtigen auszuüben, e sich anmaßten, über Krieg und Frie- n zu entscheiden.

Der Appell und die Unterschriften- mmlung zielen bereits auf den 1. eptember, den Jahrestag des deutschen berfalls auf Polen und damit des Be- nns des Zweiten Weltkriegs. Zum 1. eptember 1980 werden in zahlreichen indern vielfältige Antikriegsveranstal- ngen stattfinden.

Wer Exemplare des Appells zum Un- rschreiben bzw. zur Unterschriften- mmlung haben möchte, erhält diese beim **omitee für Grundrechte und Demokra- , 6121 Sensbachtal, Tel. 06068/2608.**

FRIEDENSBEWEGUNG NACH AFGHANISTAN

e Selbstorganisation der Zivildienstlei- nden Hannover hat eine Broschüre mit m Titel: "Friedensbewegung nach ghanistan" zusammengestellt. Preis: DM in Briefmarken, zu bestellen bei: **rich Bachmann, Friedrich-Heeren-Str.1, Hannover 1**

"SIND SIE WEHRBEREIT, MADAME?"

ie Zeitschrift "Graswurzel Revolution" it eine Sondernummer zum Thema Frauen und Militär" herausgegeben: 5 Seiten, 2,50 DM.

estellungen bei: Graswurzel-Vertrieb, o Willi Derenbach, Tiergartenstr. 34,) Siegen I

STOPPT DIE "GRAUEN WÖLFE" DOKUMENTATION DES TERRORS DER "GRAUEN WÖLFE" IN WEST-BERLIN

Informationen zur Organisationsstruktur, Zusammenarbeit mit der CDU und NPD, Chronologie ihres Auftretens, türkische Faschisten gegen Frauen, Widerstand gegen die "Grauen Wölfe".
3. erweiterte Auflage, 80 Seiten, DinA 4, 4,- DM.
Gibts in allen linken Buchläden oder gegen 4,50 DM in Briefmarken beim Regenbogen Buchvertrieb, Seelingstr, 47, 1000 Berlin 19.

GEFANGENENZEITUNG AUS DEM PREUNGESHEIMER FRAUENKNAST

"Durchblick" heißt die neue Gefangenenzeitung aus dem Preungesheimer Frauenknast. Was die gefangenen Frauen damit wollen, ist: Öffentlichkeit schaffen im Knast und draußen und Kontakte nach draußen bekommen. Den 'Durchblick' könnt ihr bestellen bei:
Wolfgang Försch, Eschersheimer Landstr. 26, 6 Ffm 1. Legt 3,- DM in Briefmarken bei.

"IM GEISTE DER DEMOKRATIE"

Schulverhöre, Plakettenverbote, Verfassungsschutz-Einsatz — alles Schlagwörter bayerischer Schulpolitik. Um aufzuzeigen, wie weit es an bayerischen Schulen schon gekommen ist, und was uns mit einem Kanzler Strauß — beispielhaft bildungspolitisch — droht, haben wir eine Dokumentation "Im Geiste der Demokratie" gemacht. 36 S. umfassende Darstellung sind für 2 DM in Briefmarken (incl. Porto) zu bestellen bei
Landestreffen schleswig-holsteinischer Schülerzeitungen, c/o Björn Stehn, Rübekamp 3, 208 Pinneberg.

SEXUALITÄT, HERRSCHAFT UND EMANZIPATION

Zur aktuellen Bedeutung Wilhelm Reichs für die Emanzipationsbewegung; mit Roger Dadoun ("Cent Fleurs pour Wilhelm Reich") und Gerard Ponthieu (Zeitschrift "Sexpol").
Veranstaltung der WILHELM-REICH-INITIATIVE BERLIN, Freitag, 27.6., 18.00 Uhr im Audi Max der TU Berlin.
Kontakt: Heiko Lassek, Tel. 030/6182294

KÜSTENAUTOBAHN – WOZU?

Elmshorn, 14.6.80
Planung, politische Diskussion und mögliche Auswirkungen der Küstenautobahn (A 22) sind Thema einer neuen Broschüre: "Küstenautobahn — Wozu?".
Einen Schwerpunkt des Hefts bildet der Zusammenhang des Autobahnprojekts mit der industriellen Erschließung und Umweltzerstörung im Unterelberaum. Sehr detailliert (Fotos, Karten) werden außerdem den Einwohnern der Gebiete um Stade, Elmshorn und Barmstedt die mögliche zukünftige Betroffenheit vor Augen geführt. 44 Seiten, Preis: 4,- DM.
erhältlich: D.Witthinrich, Flamweg 7, 2200 Elmshorn.

28./29.Juni LA HAGUE

Für den 28./29. Juni hat die französische Nationale Koordination gegen Atomenergie (CNAN) zu einer internationalen Großkundgebung in La Hague aufgerufen.

Da die Anlage statt der urspürnglich 800 t nur noch 200t/Jahr aufarbeiten kann, will die Betreiberfirma Cogema in Einklang mit der französischen Regierung ein Zweitwerk errichten. Das Zweitwerk, das um die 10 Milliarden Francs kosten soll, wird notwendig, damit Frankreich die internationalen Wiederaufbereitungsverträge erfüllen kann, die es mit Japan, der BRD, Schweden, der Schweiz, den Niederlanden und anderen Ländern abgeschlossen hat.

Die friedlich geplante Großdemo steht unter den Hauptforderungen:

- Nein zum Ausbau von La Hague
- Nein zum zivilen wie militärischen Plutonium
- Nein zum Schnellen Brüter
- Nein zum Europa der Repression

Während der Kundgebung sollen mehrere Veranstaltungen mit Wissenschaftlern und Betroffenen, mit Filmen und Rock-, Folk- und Jazzkonzerten stattfinden. Internationale Schweinereien erfordern internationale Solidarität. Also auf nach La Hague.

Die Redaktion der Taz bittet darum, ihr alle Aktivitäten der BI's zu La Hague, insbesondere Abfahrtszeiten und Kontaktadressen mitzuteilen, damit diese in der Taz bekanntgegeben werden können.

Adresse: TAZ Frankfurt, z. Hd. von Burckhard, Hamburger Allee 45, Tel: 0611/706669, 6 Frankfurt 90

Wiederverkäufer/Buchläden: schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen der 59.997.000 Noch-Nicht-ID-Leser !!!!!!!!!

Postvertriebsstück Nr. 339 bez. bis ID Nr. Nummer des Abos Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 C
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Elbe

Lüchow, Wallstr.
5841) *815. Telex
berg, Marschtor-
Druck u. Verlag:
. Gesellschafter
Zeitungsverlages.

INHALTSVERZEICHNIS

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO. KEIN ID IM KASTEN!

„Schlachten bei Gorleben“

Gestern haben Staatsbeamte im Auftrag der Landesregierung und des Kreises sich nicht wehrende Frauen und Männer brutal zusammengeschlagen.
Die Antwort auf Lieder, Fahnen und Holzhütten, kurz auf friedlichen gewaltfreien Protest, waren: Kampfhubschrauber, Panzerwagen, Wasserwerfer, Hundestaffeln, Reiterstaffeln, Knüppeleinsatz.
Das ist die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ der Herren Albrecht, Möcklinghoff, Wandhoff und Poggendorf.
Das kann kein demokratischer Staat mehr sein.
So ist das, was ich mir unter einem Polizeistaat vorstelle.
So macht man aus Hausfrauen, Bauern, Studenten und Arbeitern, aus friedlichen Demonstranten Terroristen.
H. KOCH, Schmarsau

Rebecca
und die anderen
Wir danken Euch für Euren Mut.
Wir waren
in Gedanken bei Euch.
Hans und Rose Fenselau, Vietze